



Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
Personalamt

VERWALTUNGSSTATION

IM
JURISTISCHEN REFERENDARIAT
DER
FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

EIN WEGWEISER ZU IHRER BESSEREN ORIENTIERUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Möglichkeiten der Verwaltungsausbildung in Hamburg (S. 3)
2. Verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium an der *Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer* (S. 4)
3. Zusammenstellung der Hamburger Ausbildungsstellen für den Verwaltungsbereich (S. 5)
4. Verzeichnis der Ausbildungsstellen mit Anschriften, Ausbildungsleitungen und Telefonnummern (S. 6 ff.)
5. Präsentation der Ausbildungsbereiche (S. 15 ff.)
(Hinweis: einige Ausbildungsbereiche haben zwar auf eine nähere Beschreibung verzichtet, bilden aber dennoch aus; siehe Nr. 4)

Wir sind Ihre Ansprechpartner im Personalamt:

→ *Beratung und allgemeine Fragen zu Über- bzw. Zuweisungen (Verwaltungs-/Wahlstation und Pflichtarbeitsgemeinschaft „Verwaltung“)*

Antonie Esche
040 428 31-1524
antonie.esche@personalamt.hamburg.de

oder
Lena Frenzel
040 428 31-2426
lena.frenzel@personalamt.hamburg.de

→ *Ergänzungsstudium und Broschüre:*

Christian Finck (DUV Speyer)
040 428 31-1482
christian.finck@personalamt.hamburg.de

Antonie Esche (Eintragungen in die Broschüre)
Kontaktdaten s. oben

Für Ihre Verwaltungsstation wünschen wir Ihnen viel Erfolg und auch Spaß!

Möglichkeiten der Verwaltungsausbildung in Hamburg für juristische Referendarinnen und Referendare bei einer Verwaltungsbehörde als Verwaltungsstation, Wahlstation I und/oder Wahlstation II (§§ 41 HmbJAG ff.)

Die dreimonatige Pflichtstation bei einer Verwaltungsbehörde (§ 41 Abs. 1 Ziff.3 HmbJAG: Verwaltungsstation) ist in einer inländischen öffentlich-rechtlichen Einrichtung abzuleisten (Behörden, Ämter, Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts).¹

Die Ausbildung an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (dreimonatiges Ergänzungsstudium, Einzelheiten unter <http://www.uni-speyer.de>, siehe S. 4), die Ausbildung bei einem Verwaltungsgericht (VG Hamburg für die Organisation Tel. 428 43-7500) wie auch die Ausbildung bei einer überstaatlichen, zwischenstaatlichen oder ausländischen Ausbildungsstelle ist nicht im Bereich der Verwaltungsstation, sondern im Rahmen der Wahlstation I, ggf. auch im Rahmen der Wahlstation II möglich (§ 42 HmbJAG). Wir möchten darauf hinweisen, dass in der Personalstelle für den juristischen Vorbereitungsdienst des HOLG eine Sammlung von Auslandsberichten bereitgehalten wird, die Vorgängerinnen und Vorgänger von Ihnen erstellt haben, und die wichtige Anregungen für Sie enthält. Bitte setzen Sie sich bei Interesse mit Ihrer zuständigen Sachbearbeiterin bzw. Ihrem Sachbearbeiter in Verbindung.

Sofern die Ausbildung an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer im Rahmen der Wahlstation I nicht ermöglicht werden kann, besteht hierfür die Möglichkeit der Anrechnung auf die Anwaltsstation (siehe auch gesondertes Speyer-Merkblatt S. 4).²

Die Verwaltungsstation kann durch die Wahlstation I und/oder durch die Wahlstation II vertieft werden.

Die Verwaltungsstation darf nicht unmittelbar vor der Wahlstation II liegen (§ 43 Abs. 2 HmbJAG).

Die Verwaltungspflichtarbeitsgemeinschaft beginnt - im Regelfall in der ersten Monatshälfte - mit einer zweitägigen Blockveranstaltung, die dann begleitend an einem Nachmittag pro Woche fortgesetzt wird (ca. 6-7 Einzelveranstaltungen). Sie findet - soweit möglich - parallel zur Verwaltungsstation statt. Soweit die Verwaltungsstation bei einer anderen inländischen öffentlich-rechtlichen Einrichtung **außerhalb** Hamburgs abgeleistet wird, wird die Arbeitsgemeinschaft im Anschluss in Hamburg **nachgeholt**. Die Arbeitsgemeinschaft im Ausnahmefall vor die Verwaltungsstation vorzuziehen, ist nur möglich, wenn freie Plätze zur Verfügung stehen und dies rechtzeitig im Personalamt beantragt wird (mind. drei Monate vor dem gewünschten Stationsbeginn). Die Verteilung erfolgt über eine Warteliste. Ein Platz kann **nicht** garantiert werden.

Grundvoraussetzungen für die Anerkennung als Verwaltungsstation:

1. Behörde, Amt, Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts
2. juristische Ausbildungsleitung (Zeugniserstellung durch eine/-n Volljurist/-in)
3. juristischer Einsatzbereich (juristische Tätigkeiten)

¹ Die Form Ihrer Bewerbung (schriftliche Bewerbungsmappe, Telefonanruf etc.) klären Sie bitte mit der Ausbildungsstelle Ihrer Wahl direkt.

² Die Anmeldung für und die Teilnahme am Ergänzungsstudium an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (s. S. 4) hebt die Verpflichtung zur Teilnahme an der Verwaltungspflichtarbeitsgemeinschaft in Hamburg auf, da während des „Speyer-Semesters“ eine inhaltsgleiche Arbeitsgemeinschaft („Landesübung“) absolviert wird.

Verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium für juristische Referendarinnen und Referendare an der **Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer** (Uni-Speyer)

I. **Teilnahmemöglichkeiten**

- während der Wahlstation I (§ 42 Abs. 1 HmbJAG)
- während der Rechtsanwaltsstation (Pflichtstation, § 41 Abs. 1 Ziff. 4 HmbJAG), sofern eine Teilnahme im Rahmen der Wahlstation I nicht ermöglicht werden kann (§ 41 Abs. 3 HmbJAG)
- ggf. auch während der Wahlstation II (§ 42 Abs. 2 HmbJAG)

II. **Dauer und zeitliche Lage**

Das Ergänzungsstudium dauert drei Monate; es kann im Sommersemester (1. Mai - 31. Juli) oder im Wintersemester (1. November - 31. Januar) absolviert werden.

III. **Inhaltliche Ausgestaltung**

Ausbildungsangebote in den Rechts- und Verwaltungswissenschaften sowie Nachbardisziplinen, z. B. Soziologie und Wirtschaftswissenschaften in Form von Vorlesungen, Seminaren, Kolloquien und projektbezogenen Arbeitsgemeinschaften,

Teilnahmemöglichkeiten an staats- und verwaltungsrechtlichen Übungen für Referendarinnen und Referendare,

Vermittlung von praxisbezogenen Einblicken in verwaltungsrelevante Problemfelder wie z. B. Verwaltung und Umwelt, Planung und Entscheidung, Organisation und Personal, Arbeit und soziale Sicherung,

Vermittlung von Praxiskontakten durch das Lehrpersonal im Rahmen von Veranstaltungen, z. B. Vorstellung von Arbeitsergebnissen in einem Bundesministerium,

Gelegenheit zum Erlernen und Einüben praktischer Fähigkeiten, z. B. Konferenz- und Verhandlungstechnik.

IV. **Anmeldung zur Teilnahme**

Formlose schriftliche oder elektronische (E-Mail) Anmeldung bei Herrn Christian Finck (Personalamt), die telefonisch weitere Informationen gibt und zu einem vorbereitenden „Speyer-Treff“ (im März für das Sommersemester, im September für das Wintersemester) einlädt, ist auf jeden Fall erforderlich. Wir benötigen: Ihren Namen, Adresse, mögl. Mobiltelefonnummer, Geburtsdatum und Ihre E-Mail-Adresse.

V. **Zusätzliche finanzielle Zuwendungen**

Das Hanseatische Oberlandesgericht zahlt zusätzlich zur Unterhaltsbeihilfe einen einmaligen Betrag in Höhe von 150,00 Euro.

VI. **Landesübung**

Während des „Speyer-Semesters“ absolvieren Sie eine Landesübung (vergleichbar mit der Verwaltungs-AG). Die Teilnahme ist verpflichtend. Zwei Termine der Landesübung finden regelmäßig **vor** Semesterbeginn in Hamburg statt.

„Speyer-Botschafter“:

Aktuell von der DUV-Speyer für das Bundesland Hamburg ernannte „Botschafter“ (Werbung für diese Station, Informationen, Tipps aus erster Hand etc.):

Frau Afia Asafu-Adjei (E-Mail: afia.adjei@gmx.net)

Übersicht über die **näher** beschriebenen Hamburger Ausbildungsstellen für den Verwaltungsbereich

Seite:

	Verfassungsbereich
15	Bürgerschaftskanzlei
16	CDU – Bürgerschaftsfraktion
17	SPD – Bürgerschaftsfraktion
18	FDP
19	Die GRÜNEN - Bürgerschaftsfraktion
20	Die LINKE - Bürgerschaftsfraktion
	Besondere Behörden
21	Rechnungshof der FHH
22	Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
	Senatsämter
23	Senatskanzlei
25	Personalamt
	Fachbehörden
27	Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
33	Behörde für Schule und Berufsbildung
34	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
38	Behörde für Kultur und Medien
40	Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde)
53	Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft
55	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
57	Behörde für Wirtschaft und Innovation
64	Behörde für Inneres und Sport
68	Finanzbehörde
71	Finanzbehörde - Steuerverwaltung -
	Bezirksämter
74	Bezirksamt Hamburg-Mitte
75	Bezirksamt Altona
77	Bezirksamt Eimsbüttel
78	Bezirksamt Hamburg-Nord
79	Bezirksamt Wandsbek
80	Bezirksamt Bergedorf
81	Bezirksamt Harburg

Seite:

	Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts
82	Hamburg Port Authority
83	Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg
84	Ärztammer Hamburg
85	Berufsgenossenschaften
89	Hamburger Stadtentwässerung
90	Medienanstalt Hamburg/Schl.-Holstein
91	Hamburgische Architektenkammer
92	Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB)
94	Handelskammer Hamburg
95	Handwerkskammer Hamburg
97	Hanseatische Rechtsanwaltskammer
98	Kirchen und Religionsgesellschaften
100	Krankenkassen
103	Norddeutscher Rundfunk
108	Stadtreinigung Hamburg
109	Steuerberaterkammer Hamburg
110	Universitätsklinikum HH-Eppendorf
	Bundesbehörden
112	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
	Hochschulen
114	Universität Hamburg
115	Hochschule für Musik und Theater
116	HafenCity Universität Hamburg
117	Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg
118	Bucerius Law School
119	Akademie der Polizei Hamburg – Fachhochschule

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
1 Bürgerschaftskanzlei Schmiedestraße 2 20095 Hamburg	Herr Dr. Jörn Rathje	428 31-1317
2 CDU - Bürgerschaftsfraktion Schmiedestraße 2 20095 Hamburg	Frau Viviane Kühne	428 31-1374
3 SPD - Bürgerschaftsfraktion Rathausstraße 7 20095 Hamburg	Frau Andrea Awiszus Frau Tricola Schmidt	428 31-1388 -1399
4 FDP - Bürgerschaftsfraktion Rathausmarkt 1 20095 Hamburg	Frau Anna von Treuenfels-Frowein	040 300399713
5 Die GRÜNEN - Bürgerschaftsfraktion Burchardstraße 21 20095 Hamburg	Frau Lena Zagst Frau Katharina Vogel	428 31-4554
6 DIE LINKE. – Bürgerschaftsfraktion Rathausmarkt 1 20095 Hamburg	Herr Moritz Assall	428 31-2330
7 Rechnungshof der FHH (RH) Gänsemarkt 36 20354 Hamburg	Frau Dr. Julia Friedland	428 23-1844
8 Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Ludwig-Erhard-Straße 22 20459 Hamburg	Herr Rolf Nentwig	428 54-4043
9 Senatskanzlei Hermannstraße 15 20095 Hamburg	Herr Wolfgang Grätz	428 31-2500
10 Personalamt Steckelhörn 12 20457 Hamburg	Frau Lynn Hammerich	428 31-1536
	<u>Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste: Justizariat</u> Frau Dr. Cathleen Severin	428 05-1424
11 Behörde für Justiz und Verbraucher- schutz Drehbahn 36 20354 Hamburg	<u>Zentralamt:</u> Frau Barbara Frey	428 43-1612

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon	
Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Billstraße 80 20539 Hamburg	<u>Amt für Justizvollzug und Recht:</u> <i>Justizvollzug</i> Frau Brigitte Günzel	428 43-4329	
	<i>Abteilung Strafrecht:</i> Frau Julia Fischer	428 43-1218	
	<i>Zivilrecht, Öff. Recht und Rechtsprüfung:</i> Herr Jakob Nicolai	428 43-3559	
	<i>Stiftungsangel. und Justitariat:</i> Frau Johanna Geuß	428 43-5272	
	<u>Amt für Verbraucherschutz:</u> <i>Amt für Arbeitsschutz - Ministerialangelegenheiten:</i> Frau Ursula Höfer	428 37-3949	
	<i>Amt für Arbeitsschutz - Rechtsangelegenheiten:</i> Frau Frederike Köhler	428 37-3558	
	<i>Pharmaziewesen + Medizinprodukte</i> Frau Jessica Reimers	428 37-2660	
	Herr Andreas Gleim	428 63-4303	
	Herr Dr. Steffen Jänicke	428 63-3445	
	Herr Dr. Claas Schüddekopf	428 24-210	
12 Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburger Straße 31 22083 Hamburg	<u>Amt Medien:</u> Frau Melanie Hönig-d'Orville	428 31-1671	
	13 Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke Hamburger Straße 37 22083 Hamburg	<u>Amt für Zentrale Dienste:</u> Frau Susanne Nicolaus	428 63-3015
		<u>Amt für Soziales:</u> Herr Michael Klahn	428 63-2802
14 Behörde für Kultur und Medien Hohe Bleichen 22 20354 Hamburg	<u>Amt für Familie:</u> Herr Immo Schulz	428 63-2910	
	Herr Florian Rodenberg	428 63-3923	
	15 Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) Hamburger Straße 47 22083 Hamburg		

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon	
	<u>Amt für Arbeit und Integration:</u> Frau Dr. Barbara Schurig	428 63-5048	
	<u>Landesbetrieb Erziehung und Beratung:</u> Frau Sybille Engler	428 15-3072	
	<u>Amt für Gesundheit:</u> <i>Drogen und Sucht:</i> Frau Maryam von Drachenfels	428 37-2078	
	<i>Prävention, Gesundheitsförderung und ÖGD:</i> Frau Annegret Wittmann-John	428 37-2231	
	<i>Versorgungsplanung:</i> Frau Dr. Alexy	428 37-2133	
16	Behörde Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft Neuenfelder Straße 19 21109 Hamburg	<u>Amt für zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen:</u> Ausbildungsleitung Frau Dr. Nadine Bräuninger	428 40-3010
17	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Neuenfelder Straße 19 21109 Hamburg	<u>Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen:</u> Ausbildungsleitung Frau Dr. Friederike Mechel	428 40-3013
18	Behörde für Wirtschaft und Innovation Alter Steinweg 4 20459 Hamburg	<u>Ausbildungsleitung:</u> Herr Eike Klebe	428 41-1807
	<u>Referendarsbetreuung:</u> Frau Antje Fahrenkrog	428 41-3065	
19	Behörde für Inneres und Sport Johanniswall 4 20095 Hamburg	<u>Amt für Innere Verwaltung und Planung:</u> <i>Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten, Landeswahlamt</i> Frau Dr. Maike Steenbock	428 39-4820
	<i>Grundsatzangelegenheiten der Straßenverkehrs-Ordnung, der Verkehrssicherheit und –Überwachung:</i> Herr Matthias Dummer	428 39-2866	
	<i>Abteilung für Öffentliche Sicherheit, Brand- und Bevölkerungsschutz:</i> Frau Cornelia Schroeder-Piller	428 39-3768	

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
	<u>Amt für Migration:</u> Herr Dr. Johannes Richter Amsinckstraße 34 20097 Hamburg	428 39-2290
	<u>Polizei/Justizariat:</u> Herr Ralf Ackermann Bruno-Georges-Platz 1 22297 Hamburg	428 6-69300
20	Finanzbehörde Gänsemarkt 36 20354 Hamburg	<u>Allgemeine Abteilung:</u> Frau Ulrike Günther 428 23-1388
	<u>Steuerverwaltung (Amt 5):</u> Frau Anne Bolzmann	428 23-2363
21	Bezirksamt Hamburg-Mitte Caffamacherreihe 1 - 3 20355 Hamburg	Herr Dr. Michael Schiwiek 428 54-3324
22	Bezirksamt Altona Platz der Republik 1 22765 Hamburg	<u>Rechtsamt:</u> Herr Björn Farries 428 11-2176
	<u>Fachamt für Beratungen, Erlaubnisse und Anmeldungen nach dem Prostituiertenschutzgesetz:</u> Frau Christine Faßhauer Derzeit keine Ausbildungskapazitäten, Interessierte können sich aber melden.	428 11-1466
23	Bezirksamt Eimsbüttel Grindelberg 62-66 20139 Hamburg	Frau Gundi Waßmann 428 01-3783
24	Bezirksamt Hamburg-Nord Kümmellstraße 7 20249 Hamburg	Frau Patricia Kaiser 428 04-2376
25	Bezirksamt Wandsbek Schloßstraße 8g 22041 Hamburg	Frau Katja Manhart 428 81-2090
26	Bezirksamt Bergedorf Wentorfer Straße 38 21029 Hamburg	Herr Holger Henning 428 91-3043
27	Bezirksamt Harburg Knoopstraße 35 21073 Hamburg	Herr Mathias Koch 428 71-3561
28	Hamburg Port Authority (HPA) Neuer Wandrahm 4 20457 Hamburg	Herr Hendrik Doobe Frau Stephanie Wegener 428 47-5051 428 47-2919

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
29 Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg (BÖAG Börsen AG) Kleine Johannisstraße 2-4 20457 Hamburg	Herr Dr. Thomas Ledermann	361302-0
30 Ärztekammer Hamburg Weidestr. 122 b 22083 Hamburg	Frau Gabriela Luth	20 22 99 150
31 Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft Brandstwiete 1 20457 Hamburg	<u>Dienststelle Schiffssicherheit</u> Frau Sara Vatankehah	36137-200
Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Ottenser Hauptstraße 54 22765 Hamburg	<u>Post-Logistik Telekommunikation</u> Herr Stefan Höppner Herr Konrad Kraft	3980-151 3980-1186
32 Verwaltungs-Berufsgenossenschaft Massaquoipassage 1 22305 Hamburg	Herr Rüdiger Siem	5146-2159
33 Berufsgenossenschaft der Straßen-, U-Bahnen und Eisenbahnen Fontenay 1 a 20354 Hamburg	Frau Köllmann	44 118-118
34 Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege Schäferkampsallee 24 20357 Hamburg	Frau Nina Voigt Frau Susanne Ritz	4125-3335 4125-3312
35 Hamburger Stadtentwässerung (HSE) Billhorner Deich 2 20539 Hamburg	Frau Sabine Sornkhom Keine Ausbildungsmöglichkeit bis 30.06.2022. Interessenten können sich gerne melden.	7888-86137
36 Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH) Rathausallee 72-76 22846 Norderstedt	Herr Dr. Wolfgang Bauchrowitz	36 90 05-14
37 Hamburgische Architektenkammer Grindelhof 40 20146 Hamburg	Frau Sinah Marx	44 18 41-0
38 Hamburgische Investitions- und Förderbank Besenbinderhof 31 20097 Hamburg	Frau Dorothee Heider	24 846-241

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
39 Handelskammer Hamburg Adolphsplatz 1 20457 Hamburg	Herr Oliver Laue	36 138-342
40 Handwerkskammer Hamburg Holstenwall 12 20355 Hamburg	Frau Kerstin Kolb	35 905-397
41 Hanseatische Rechtsanwaltskammer Valentinskamp 88 20355 Hamburg	Herr Dr. Henning Löwe	35 74 41-13
42 Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland <u>Kirchenkreis Hamburg-Ost</u> Danziger Straße 15-17 20099 Hamburg	Frau Brigitte Horstmann-Vach	51 90 00-222
43 Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg- West/Südholstein (KöR) Kirchenkreisverwaltung – Abteilung Recht, Aufsicht und Gremien	Ass. iur. Kerstin Timmlau Andreas Gogolin	558 220-303 -320
44 Erzbistum Hamburg Erzbischöfliches Generalvikariat Rechtsabteilung - Sekretariat Am Mariendom 4 20099 Hamburg	Herr Schmiemann	248 77-231/-241
45 Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle (ÖRA) Dammthorstraße 14 20354 Hamburg	Frau Friederike Klose	428 43-3070
46 Techniker Krankenkasse (TK) Bramfelder Straße 140 22305 Hamburg	<u>Fachzentrum Widersprüche:</u> Herr Frank Schlüter Herr Sven Tännemann	69 09-23 44
47 AOK Hamburg Pappelallee 22-26 22089 Hamburg	Frau Dr. Butenschön	2023-1209
48 Deutsche Angestellten- Krankenkasse (DAK) Nagelsweg 27 - 31 20097 Hamburg	Herr Dr. Martin Schiffner Frau Heide Jünke Frau Stefanie Niemax Frau Dr. Katrin Hansen	64855-2126 -2182 25331091163 64855-2181
49 BKK Mobil Oil Hühnerposten 2 20097 Hamburg	Herr von Barby	30 02-2863

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
50	BARMER Zentrum für Krankenhaus und Reha Hammerbrookstraße 92 20097 Hamburg	Herr Thorsten Gramm 0800 333 004-620 115
51	Norddeutscher Rundfunk (NDR) Rothenbaumchaussee 132 20149 Hamburg	<u>Justitiariat:</u> Herr Klaus Siekmann 41 56-2234 <u>Personalwirtschaft:</u> Frau Yvonne Genth -2787 <u>Revision:</u> Frau Sternsdorff -2071/2070 <u>Lizenz- und Rechtemanagement</u> Herr Immo Hofer Hugh-Greene-Weg 1 22529 Hamburg -5836
52	Stadtreinigung Hamburg (SRH) Bullerdeich 19 20537 Hamburg	<u>Justiziariat:</u> Frau Laura Fliether 25 76 1022
53	Steuerberaterkammer Hamburg Kurze Mühren 3 20095 Hamburg	Herr Philipp Seifert 44 80 43-0
54	Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) Martinistraße 52 20246 Hamburg	<u>Rechtsabteilung:</u> Herr Ron Schumacher Frau Dr. Holke-Leonie Doench 7410-55395
55	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Bernhard-Nocht-Straße 78 20359 Hamburg	Frau Maiken Selke Herr Dr. Dennis-N. Warman Frau Sophia Katharina Menne Frau Dr. Susanne Heitmüller 3190-2111 -7452 -7510 -7417
56	Eisenbahnbundesamt Schanzenstraße 80 20357 Hamburg	Frau Cornelia Pätzold 239 08 100
57	Universität Hamburg Alsterterrasse 1 20354 Hamburg	Frau Vanja-Christin Meyer 428 38-8903
58	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) Stiftstraße 69 20099 Hamburg	<u>Studierendenzentrum:</u> Frau Ann Kristin Spreen 428 75-9042

Ausbildungsbereiche	Ausbildungsleitungen	Telefon
59 Hochschule für Musik und Theater Harvestehuder Weg 12 20148 Hamburg	Frau Dr. Bilinc Ercan-Catanzaro	428 48-2587
60 Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH) Schlossmühlendamm 30-32 21073 Hamburg	Herr Hans-Joachim Moldenhauer	428 78-3296
61 HafenCity Universität Hamburg (HCU) Lohseplatz 1a 20457 Hamburg	<u>Justizariat:</u> Frau Dr. Stephanie Weitendorf	428 27-5207
62 Helmut-Schmidt-Universität/Univer- sität der Bundeswehr Hamburg Holstenhofweg 85 22043 Hamburg	<u>Rechtsabteilung:</u> Herr Dr. Torsten Breder	65 41-3530
63 Bucerius Law School Hochschule für Rechtswissenschaft Jungiusstraße 6 20355 Hamburg	Frau Alexandra Malcha	307 06-102
64 Akademie der Polizei Hamburg – Fachhochschulbereich (Behörde für Inneres und Sport)	ORR Prof. Eike Richter	428 6-24410

Gliederung

Verfassungsbereich	Nr.	1 - 6	Seiten	15 - 20
Besondere Behörden	Nr.	7 - 8	Seiten	21 - 22
Senatsämter	Nr.	9 - 10	Seiten	23 - 26
Fachbehörden	Nr.	11 - 20	Seiten	27 - 73
Bezirksämter	Nr.	21 - 27	Seiten	74 - 81
Körperschaften und An- stalten des öffentlichen Rechts	Nr.	28 - 54	Seiten	82 - 111
Bundesbehörden	Nr.	55	Seiten	112 - 113
Hochschulen	Nr.	57 - 64	Seiten	114 - 119

1

Ausbildungsstelle: **Bürgerschaftskanzlei**

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Jörn Rathje

Telefon, E-Mail, Fax: 428 31-1317
joern.rathje@bk.hamburg.de
42731-2274

Ausbildungskapazität: eine/n Referendar/in zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: Insbes. Verfassungsrecht, Parlamentsrecht (Geschäftsordnungs- und Abgeordnetenrecht), Petitionsrecht, Ausländerrecht, Europarecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Stabsbereich „Justitiariat“ und dem
- Referat „Eingabendienst, Härtefallkommission“

Ausbildungsinhalte:

- Bearbeitung von Petitionen und Grundsatzfragen des Petitionsrechts,
- Juristische Bearbeitung parlamentarischer Fragen,
- Befassung mit europarechtlichen Fragestellungen, insbes. Subsidiaritätsprüfungen
- Teilnahme an Sitzungen der Bürgerschaft und von Ausschüssen,
- Mündliche Vorträge in der Juristenrunde

Ausbildungsstelle: **CDU Bürgerschaftsfraktion Hamburg**

Ausbildungsleitung: Frau Viviane Kühne

Telefon, E-Mail, Fax: 428 31-1374

viviane.kuehne@cdu-hamburg.de

42731-2270

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/in

Rechtsgebiete: Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt im Bereich des öffentlichen Rechts, wobei es bei der Bearbeitung der sich ergebenden Fragestellungen regelmäßig zu Überschneidungen mit anderen Rechtsgebieten kommt.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Rechtsreferendaren wird durch die Einbindung in die wissenschaftliche Betreuung von Abgeordneten und Ausschüssen der Bürgerschaft die Möglichkeit geboten, insbesondere Einblick in die Ressorts

- Justiz
- Inneres
- Verfassung

zu erlangen.

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung zeichnet sich durch eine große Vielfalt und enge Zusammenarbeit mit den Fachreferenten aus. Die Rechtsanwendung ist hierbei nur ein Teil der Arbeit. Im Vordergrund steht die Rechtsgestaltung durch die aktive Vorbereitung und Begleitung von Initiativen der Bürgerschaft u.a. zur Änderung des Landesrechts oder des Bundesrechts im Wege von Bundesratsinitiativen.

In diesem Rahmen haben Referendare die Möglichkeit, an öffentlichen und internen Sitzungen teilzunehmen.

Zu betreuen sind überdies parlamentarische Anfragen von Abgeordneten.

Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Pressearbeit. Die Tagespresse ist aufmerksam zu verfolgen; gegebenenfalls sind Pressemitteilungen zu aktuellen politischen Geschehnissen zu entwerfen. Es besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an Pressekonferenzen

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.cdu-hamburg.de.

Für Fragen stehen wir Ihnen auch telefonisch gern zur Verfügung.

Ausbildungsstelle: **Sozialdemokratische Fraktion der Hmb. Bürgerschaft (SPD)**

Ausbildungsleitung: Frau Tricola Schmidt / Frau Andrea Awiszus

Telefon, E-Mail, Fax: 428 31-1388 / -1399
andrea.awiszus@SPD-Fraktion.hamburg.de
tricola.schmidt@SPD-Fraktion.hamburg.de
428 31-2385

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/in

Rechtsgebiete: v.a. Landesrecht (s. u.)

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Im wissenschaftlichen Arbeitsstab der SPD-Fraktion (derzeit neun Referentinnen und Referenten, darunter zwei Juristinnen, die vor allem die Felder der Innen- und Rechtspolitik betreuen).

Ausbildungsinhalte:

Die Fraktionsreferenten arbeiten an einem Schnittpunkt von Recht und Politik. Dabei hat unsere juristische Arbeit sämtliche Rechtsgebiete abzudecken; Schwerpunkt ist das öffentliche (Landes-) Recht, hier neben Verfassungsangelegenheiten vor allem das hamburgische Beamten-, Polizei- und Schulrecht. Häufig sind zudem Fragen des Ausländer- und des Strafprozessrechts zu klären.

Unsere Tätigkeit ist geprägt

- durch die inhaltliche Vorbereitung parlamentarischer Initiativen (Recherchen und Entwürfe für Kleine und Große Anfragen und Anträge incl. Gesetzentwürfe der SPD-Fraktion) sowie die Begutachtung von Vorlagen Dritter,
- außerdem von der Teilnahme an Sitzungen der Bürgerschaft und ihrer Fachausschüsse, der Fraktion und der fraktionsinternen Arbeitskreise (im „Teilzeit-Parlament“ meist am Nachmittag oder Abend) sowie an Pressekonferenzen.

Da die konkreten Ausbildungsinhalte bei einer Parlamentsfraktion für den schriftlichen Teil des Assessorexamens von eher geringer Relevanz sind, bietet sich eine Station in unserem Arbeitsstab eher in einer Wahlstation als Vorbereitung auf die mündliche Prüfung als in der Verwaltungsstation an.

Allgemeine Informationen über die Fraktionsarbeit finden sich unter www.spd-fraktion-hamburg.de

Ausbildungsstelle: **FDP in der Hamburgischen Bürgerschaft**

Ausbildungsleitung: Anna von Treuenfels-Frowein

Telefon, E-Mail, Fax: 040 30 03 99 713

mitarbeiter@fdp.vontreuenfels.de

Fax: 427 31-2278

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/in

Rechtsgebiete: Öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten:

Referendare haben die Möglichkeit die Verwaltungsstation oder eine Wahlstation im Juristischen Vorbereitungsdienst in unserer Fraktion zu absolvieren.

Mit einer Vielzahl von Anträgen für die Bürgerschaft und Anfragen an den Senat nehmen wir unsere Rolle im Parlament aktiv wahr. Kreative Ideen und Impulse für diese Arbeit werden bei uns immer gerne gesehen.

Als Referendarin oder Referendar bieten wir Ihnen neben einem netten Team so die Gelegenheit, die Schnittstelle Jura – Politik praxisnah kennenzulernen und an aktuellen, landespolitischen Themen mitzuarbeiten. Bei uns werden Sie eine vielseitige Station erleben, in der Sie Einblicke in die verschiedenen politischen und organisatorischen Aufgaben der Fraktionsarbeit erhalten, wie etwa auch die Vorbereitungen zu und die Teilnahme an Plenar-, Fraktions-, Ausschuss- und Enquetekommissionssitzungen.

Durch die Einblicke in die Fraktionsarbeit, können Sie so als Referendar/in Erfahrungen in politischer Arbeit für ihre spätere Tätigkeiten in Politik, Stadtverwaltung oder Wirtschaft sammeln.

Sie werden bei uns u.a. durch Volljuristen/innen ausgebildet und haben die Gelegenheit, aktiv die Hamburger Politik mitzugestalten. Gerne nehmen wir Rücksicht auf evtl. anstehende Examensvorbereitungen.

Wenn wir Ihr Interesse an einer Referendarstation bei der FDP- Bürgerschaftsfraktion geweckt haben, freuen wir uns in einem ersten Schritt über ein persönliches Telefonat oder Sie senden uns gleich Ihre Unterlagen zu.

Ausbildungsstelle: **Fraktion der GRÜNEN in der Bürgerschaft Hamburg**

Ausbildungsleitung: Lena Zagst, Katharina Vogel

Telefon, E-Mail, Fax: katharina.vogel@gruene-fraktion-hamburg.de

Ausbildungskapazität: 1 Referendarin bzw. 1 Referendar (m/w/d) zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: insb. Landesrecht (Bereiche Justizpolitik, Landesverfassungsrecht)

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- im Ressort der Sprecherin für Justizpolitik
- Einblicke in die Arbeit anderer Ressorts nach individueller Absprache möglich
- Enge Zusammenarbeit mit den Fraktionsreferentinnen und Fraktionsreferenten

Ausbildungsinhalte:

- Einbindung in den parlamentarischen Alltag
 - Erarbeiten parlamentarischer Initiativen (Anfragen, Anträge)
 - Teilnahme an Sitzungen der Fraktion, der Bürgerschaft und der Fachausschüsse
 - Beantwortung von Anfragen Dritter
- Die Referendarinnen und Referendare (m/w/d) sollen gemeinsam mit der Ausbildungsleitung ein eigenes Projekt entwickeln, das sie während der Station umsetzen. Die Art des Projektes kann unterschiedlicher Natur sein und richtet sich nach den jeweiligen Interessen der Referendarinnen und Referendaren (m/w/d) (Öffentlichkeitsarbeit, parlamentarische Arbeit, Veranstaltungskonzepte).

Eine Station bei uns ermöglicht Referendarinnen und Referendaren (m/w/d) den Blick über den juristischen Tellerrand. Die rechtlichen Fragen werden auch immer um die Prüfung einer politischen Komponente ergänzt. So ergibt sich ein breites und spannendes, wenn auch nicht unbedingt examensrelevantes, Aufgabenfeld für Referendarinnen und Referendaren (m/w/d) in der Verwaltungs- oder Wahlstation.

Ausbildungsstelle: **DIE LINKE – Bürgerschaftsfraktion**
Ausbildungsleitung: Moritz Assall
Telefon, E-Mail, Fax: Tel: 040 / 42831-2330
Mail: moritz.assall@linksfraktion-hamburg.de
Fax: 040 / 42731-2277
Ausbildungskapazität: max. 2 Referendar*innen zur gleichen Zeit
Rechtsgebiete: Insb. Parlamentsrecht, Verwaltungsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten:

- Justizariat

Ausbildungsinhalte:

- Einführung in die Arbeitsweise einer Fraktion
- Teilnahme an Fraktionssitzungen und -besprechungen
- Bearbeitung von Expertisen zu fraktionsrelevanten Rechtsfragen
- Begleitung von Bürgerschaftssitzungen und –ausschüssen
- Bearbeitung von parlamentarischen Anfragen, Anträgen, Gesetzesvorlagen etc.

Besondere Behörden

7

Ausbildungsstelle: **Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg (RH)**

Ausbildungsleitung: Frau Dr. Julia Friedland
(Abtlg. -2b-)

Telefon, E-Mail, Fax: 428 23-1844
julia.friedland@rh.hamburg.de
428 23-1538 (Geschäftsstelle)

Ausbildungskapazität: 2-3 Referendare

Rechtsgebiete: öffentliches Recht; Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Mitwirken an Prüfungen in der Verwaltung der FHH
- Erstellen von Rechtsgutachten

Ausbildungsinhalte:

Einführung in die Aufgaben des RH als oberste Rechnungsprüfungsbehörde der FHH und Beratung von Bürgerschaft und Senat der FHH; Teilnahme an Prüfungen.

Der Rechnungshof ist oberste Rechnungsprüfungsbehörde der FHH. Seine Kompetenzen sind in der Verfassung der FHH begründet (Art. 71 HV) und im Gesetz über den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg sowie insbesondere in der Landeshaushaltsordnung (u.a. §§ 81 ff. LHO) näher ausgeführt. Dem Rechnungshof obliegt die Überwachung der gesamten Haushalts- und Wirtschaftsführung Hamburgs als Land und als Kommune. Sein mindestens sechs Mitglieder umfassendes Kollegialorgan genießt richterliche Unabhängigkeit. Der Rechnungshof prüft durch ihm zugehörige Prüferinnen und Prüfer die ordnungsgemäße Haushalts- und Wirtschaftsführung aller Einrichtungen der FHH und, soweit insbesondere finanzielle Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten gewährt werden, auch Einrichtungen außerhalb der Verwaltung. Er stellt seine Ergebnisse zur Erteilung der Entlastung des Senats in einem jährlichen Bericht an die Bürgerschaft und damit für die Öffentlichkeit zusammen und berichtet der Bürgerschaft auf einzelne Ersuchen auf Basis von Prüfungserfahrungen. Der Rechnungshof agiert im Spannungsfeld zwischen Bürgerschaft und Senat mit seinen Behörden. Seine Aufgaben und seine Rolle bringen es mit sich, dass das Verfahren der Beteiligung des Rechnungshofs einerseits und die Prüfungsverfahren selbst andererseits weder mit Verwaltungsverfahren im eigentlichen Sinne noch mit Abläufen zwischen parlamentarischen Gremien identisch sind. Sie weisen Elemente von beidem auf und sind insoweit „einzigartig“. Eine Ausbildungsstation am Rechnungshof vermittelt in nur eingeschränktem Maße Basiskenntnisse im Verwaltungsrecht bzw. in der allgemeinen Verwaltungspraxis. Referendare werden zuvörderst eingebunden in anhängige Prüfungsverfahren. Der Schwerpunkt liegt in der Anwendung von Haushaltsrecht und dieses weiter ausführenden und ergänzenden Vorschriften, z. B. im Vergaberecht, im Steuerverfahren oder im Personalwesen. Die Rechtsfragen, die im Rahmen einzelner Prüfungsverfahren zu bewerten sind, erfordern Bereitschaft zu gründlicher, selbstständiger und rascher Einarbeitung auch in Spezialthemen. Der Rechnungshof bietet angesichts seiner umfassenden Prüfungskompetenz Zugang zu jedem Rechtsgebiet, das von den jeweiligen Fachbehörden der FHH bearbeitet wird. Eigene Personalverwaltung und länderübergreifende Kontakte, z. B. Arbeitskreise und Präsidentenkonferenz, geben im Übrigen Gelegenheit, auch verwaltungstypische Verfahren kennen zu lernen.

- Ausbildungsstelle: **Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (HmbBfDI)**
- Ansprechpartner: Herr Rolf Nentwig
- Ausbildungsleitung: Die Ausbildungsleitung erfolgt durch die jeweilige Referatsleitung
- Telefon, E-Mail, Fax: Herr Rolf Nentwig: 428 54-4043
Geschäftsstelle: 428 54-4040
E-Mail: Rolf.Nentwig@datenschutz.hamburg.de
oder mailbox@datenschutz.hamburg.de
Fax: 4 279 - 11811
- Ausbildungskapazität: zwei Referendare/Innen
- Rechtsgebiete: Alle Bereiche des Datenschutzrechts einschließlich des Telemediensrechts; allg. IT-Recht; Informationsfreiheitsrecht; allg. Verwaltungsrecht; Ordnungswidrigkeitenrecht; Europarecht

Referendarinnen und Referendare sollten sich bei ihrer Bewerbung für eines der folgenden vier Referate entscheiden oder mehrere Präferenzen angeben:

- Demokratie, Inneres, Grundversorgung, Informationsfreiheit (Frau Barbara Görnandt)
- Medien, Soziale Netzwerke, ePrivacy (Herr Thomas Schröder)
- Wirtschaft, Arbeit, Kultur (Herr Dr. Jens Ambrock)
- Justitiariat (Herr Dr. Christoph Schnabel, LL.M.)

Ausbildungsinhalte:

Der HmbBfDI kontrolliert die Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten und die Einhaltung von DSGVO, HmbDSG und BDSG sowie den Zugang zu amtlichen Informationen nach dem HmbTG.

Da es sich um Querschnittsgebiete handelt, sind häufig auch Spezialmaterien wie zum Beispiel Hochschulrecht, Polizeirecht, Sozialrecht, und Urheberrecht berührt. Zur Ausbildung des Referendars/der Referendarin gehören die selbstständige Bearbeitung von Eingaben Betroffener, Recherche von Literatur und Rechtsprechung, die Teilnahme an Besprechungen, die Erstellung von Gutachten und Vermerken sowie die Erstellung von Anordnungen und Bußgeldbescheiden und die Teilnahme an Verhandlungen vor den Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten, sowie in der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Bußgeldverfahren).

Die konkreten Inhalte hängen von der Wahl des jeweiligen Referats ab.

Ausbildungsstelle:	Senatskanzlei
Ausbildungsleitung:	Herr Wolfgang Grätz
Telefon, E-Mail, Fax:	428 31-2500, wolfgang.graetz@sk.hamburg.de 427 915-360,
Ausbildungskapazität:	16 Referendare
Rechtsgebiete:	Staatsrecht, Europarecht, Völkerrecht, Medienrecht, Ordnungsrecht und Regulierung von Telekommunikation und Post, Haushalts- und Zuwendungsrecht sowie (beim Planungsstab:) diverse Gebiete des Bundes- und Landesrechts

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Planungsstab (zwei Plätze)
- Staatsamt, Abteilung Protokoll (drei Plätze)
- Staatsamt, Abteilung Internationale Zusammenarbeit (drei Plätze)
- Staatsamt, Referat Europapolitik (2 Plätze) - zusätzlich drei Plätze beim Kooperationspartner IPE (INFO-POINT EUROPA) Hamburg
- Vertretung beim Bund (Berlin) (ein Platz)
- Büro II des Bevollmächtigten für deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit (zwei Plätze)

Ausbildungsinhalte:

- Beteiligung an Abstimmungen zu Senatsdrucksachen
- norddeutsche Zusammenarbeit (*Koordinierung und vertragliche Regelungen*)
- Konsularangelegenheiten (*Betreuung der Konsulate und des Konsularkorps*)
- Gestaltung der internationalen Handlungsfelder des Senats
- europapolitische Fragestellungen mit juristischen Bezügen
- Angelegenheiten der medienrechtlichen Staatsverträge und der Rechtsaufsicht (*öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Medienanstalt*)
- Wirtschaftsförderung im IT- und Telekommunikationssektor
- Wahrnehmung von Hamburger Interessen bei der Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung und an der Rechtsetzung der Europäischen Union
- Zusammenarbeit der Länder im Bereich der deutsch-französischen kulturellen Angelegenheiten

Das „Büro II“ unterstützt den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg in seiner Funktion als Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit während seiner Amtszeit von 2015 bis 2018. Ziel der Zusammenarbeit ist es, den deutsch-französischen Dialog auf kultureller und bildungspolitischer Ebene zu pflegen und zu vertiefen.

Der Bevollmächtigte für deutsch-französisch kulturelle Zusammenarbeit (DFBV) wird von der Bundesregierung auf Vorschlag der Länder für vier Jahre bestellt. Er vertritt die Interessen der 16 Länder in bildungspolitischen und kulturellen Angelegenheiten gegenüber Frankreich. Rechtsgrundlage für die Bestellung des Bevollmächtigten und seine Tätigkeit ist die Bund-Länder-Vereinbarung zur Durchführung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Ansprechpartner auf französischer Seite sind die für Kultur und Bildung sowie die für deutsch-französische Beziehungen zuständigen Ministerien.

In der Wahrnehmung der kulturellen und bildungspolitischen Aufgaben wird DFBV durch das in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes angesiedelte „Büro I“ sowie durch das in der Senatskanzlei angesiedelte „Büro II“ unterstützt. Vertiefte Kenntnisse der französischen Sprache sind für die Tätigkeit erforderlich.

Ausbildungsstelle: **Personalamt**

- Justitiariat -

Ausbildungsleitung: Frau ORR'in Lynn Hammerich

Telefon, E-Mail, Fax: 428 31-1536

Lynn.Hammerich@personalamt.hamburg.de

Ausbildungskapazität: Zwei Referendare zugleich. Die Jahresausbildungskapazität ist demzufolge abhängig von der Dauer der jeweiligen Ausbildungszeit

Rechtsgebiete: Beamtenrecht mit Nebengebieten sowie das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes.

Im Einzelnen hat das Justitiariat folgende Aufgaben: Es nimmt die Funktion des Personalamtes als Widerspruchsbehörde/oberste Dienstbehörde wahr und führt beamtenrechtliche Gerichtsverfahren.

Des Weiteren führt es arbeitsrechtliche Prozesse bei Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für die FHH.

Es berät das Personalamt in allen Angelegenheiten eines allgemeinen Justitiariats sowie die Behörden und Ämter der Stadt und die Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg in personalrechtlichen Angelegenheiten.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- In den o.g. Rechtsgebieten
- Des Weiteren besteht die Möglichkeit, nach Absprache mit den jeweiligen Referenten der Grundsatzreferate Einblicke in die für das Beamten- und Tarifrecht zuständigen Bereiche zu erhalten.

Ausbildungsinhalte:

Entwerfen von beamtenrechtlichen Widerspruchsbescheiden sowie von Schriftsätzen an Gerichte. Prüfung von rechtlichen Einzelfragen.

Ausbildungsstelle: **Personalamt**
Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste

Ausbildungsleitung: Frau Dr. Cathleen Severin

Telefon: 428 05 14 24

E-Mail: cathleen.severin@zpd.hamburg.de

Ausbildungskapazität: 1-2 Referendare zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, Beihilferecht der Beamten (Widerspruchsverfahren), Gerichtsverfahren der Familienkasse, Gebührenrecht, Zivilrecht, Vertragsrecht, Arbeitsrecht, Versorgungsausgleichsverfahren, Gehaltspfändung,

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:
Im Justizariat

Ausbildungsinhalte:

Der Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste (ZPD) ist eine wirtschaftlich selbstständige Einrichtung im Personalamt der Freien und Hansestadt Hamburg. Wir unterstützen die Personalverwaltungen mit IT-Verfahren für die Personaladministration und führen die Abrechnung der Bezüge sowie die Festsetzung der beamtenrechtlichen Beihilfe und die Kindergeldsachbearbeitung für sämtliche Beschäftigte und Versorgungsempfänger der FHH durch.

Wir bieten Ihnen einen unmittelbaren Einblick in die Verwaltungspraxis mit dem Schwerpunkt Personalwirtschaft. Durch eine direkte Einbindung in die hier geführten Widerspruchs- und Gerichtsverfahren unterstützen wir Sie dabei, Ihre praxis- und prüfungsbezogenen Kenntnisse aufzubauen und zu vertiefen.

Ein Schwerpunkt der Ausbildung liegt in der Fertigung von Rechtsaufklärungsschreiben, Widerspruchsbescheiden und gerichtlichen Schriftsätzen in Beihilfeangelegenheiten und ggf. anschließenden Gebührenverfahren. Dazu fertigen Sie gerichtliche Schriftsätze und Anträge in Kindergeldsachen, Versorgungsausgleichs- und Arbeitsgerichtsverfahren. Ferner begleiten Sie rechtliche Auseinandersetzungen des ZPD als Drittschuldner im Falle von Gehaltspfändungen bei FHH-Beschäftigten.

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**
Amt für Justizvollzug und Recht
Abteilung Justizvollzug (inkl. Justizvollzugsanstalten)
- Ausbildungsleitung: Die Ausbildungsleitung übernimmt die jeweilige Anstaltsleitung, Leitung der Rechtsabteilung oder ein/e Volljurist/in der Aufsichtsbehörde. Ihre fachliche und persönliche Betreuung in der Anstalt wird regelmäßig von einer Beamtin oder einem Beamten des gehobenen Vollzugsdienstes übernommen
- Telefon, E-Mail, Fax: Die Vergabe der Ausbildungsplätze in den Hamburger Justizvollzugsanstalten erfolgt zentral über die Justizbehörde. Bitte wenden Sie sich an Frau Brigitte Günzel (Referat J12/22),
Telefon: 42843-4329
E-Mail: brigitte.guenzel@justiz.hamburg.de
- Ausbildungskapazität: jeweils ein/e Referendar/in
- Rechtsgebiete: Strafrecht, Strafprozessrecht, Justizvollzugsrecht, Verwaltungsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- JVA Billwerder
- JVA Fuhlsbüttel
- JVA Hahnöfersand
- JVA Glasmoor
- Sozialtherapeutische Anstalt
- Untersuchungshaftanstalt

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung in den Justizvollzugsanstalten umfasst beispielsweise das Fertigen von Beschwerdebescheiden, Stellungnahmen zu (Eil-) Anträgen von Gefangenen und zur vorzeitigen Entlassung gemäß § 57 StGB. Außerdem nehmen die Referendarinnen und Referendare an Besprechungen und Konferenzen unterschiedlicher Berufsgruppen und Zuständigkeitsbereiche innerhalb der Anstalt teil und werden in deren Arbeit mit den Gefangenen eingebunden.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**
Amt für Justizvollzug und Recht
Abteilung Strafrecht

Ausbildungsleitung: Frau Julia Fischer (J 24)

Telefon, E-Mail, Fax: 428 43-1218
julia.fischer@justiz.hamburg.de

Ausbildungskapazität: Jeweils 1-2 Referendarinnen/Referendare

Rechtsgebiete: Strafrecht, Jugendstrafrecht, Wirtschaftsstrafrecht, Strafvollzugsrecht, Strafprozessrecht, Gnadenangelegenheiten

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung ermöglicht einen umfassenden Einblick in die Aufgaben und Tätigkeiten einer Landesjustizverwaltung in den verschiedenen Bereichen des Strafrechts. Die Referendarinnen und Referendare unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung insbesondere durch Ausarbeitung von Gutachten und Stellungnahmen zu rechtlichen Fragen sowie zur Vorbereitung von rechtspolitischen Initiativen, der laufenden Gesetzgebungsverfahren des Bundesrates oder der Justizministerkonferenzen. Darüber hinaus nehmen sie an behördeninternen und behördenübergreifenden Besprechungen und Arbeitsgruppen teil.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**
Amt für Justizvollzug und Recht
Abteilung Zivilrecht, Öffentliches Recht und Rechtsprüfung

Ausbildungsleitung: Herr Jakob Nicolai (J 3)

Telefon, E-Mail, Fax: 428 43-3559
jakob.nicolai@justiz.hamburg.de,
427 943-089

Ausbildungskapazität: Jeweils 1-2 Referendarinnen/Referendare

Rechtsgebiete: Materielles Zivilrecht incl. Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht, Stiftungsrecht; Gerichtsverfahrens- und Gerichtsverfassungsrecht; Richterrecht; Juristenausbildung; Verfassungsrecht; Öffentliches Recht im übrigen

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung ermöglicht einen umfassenden Einblick in die rechtspolitischen Aufgaben und Tätigkeiten einer Landesjustizverwaltung. Insbesondere sind Bewertungen und Vermerke für die Behördenleitung, für die Vorbereitung der Justizministerkonferenzen und des Bundesrates sowie allgemein zu rechtspolitischen Fragestellungen zu erstellen, ferner ist Unterstützung bei der Bearbeitung parlamentarischer Anfragen zu leisten; auch die Erarbeitung von Gesetzentwürfen kommt in Betracht. Darüber hinaus nehmen die Referendarinnen und Referendare der Abteilung an Besprechungen und Arbeitsgruppen, z.T. auch länderübergreifend, teil.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**
Amt für Justizvollzug und Recht
Abteilung Stiftungsangelegenheiten und Justitiariat

Ausbildungsleitung: Frau Johanna Geuß (J 4)

Telefon, E-Mail, 428 43-5272
E-Fax: johanna.geuss@justiz.hamburg.de,
4279-43273

Ausbildungskapazität: 1 - 2 Referendarinnen bzw. Referendare

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, Zivilrecht, Arbeitsrecht, Stiftungsangelegenheiten

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung im Justitiariat ermöglicht einen umfassenden Einblick in die sehr vielseitige Rechtsberatung der unterschiedlichen Abteilungen der Behörde sowie die Prozessführung, insbesondere vor den ordentlichen Gerichten, den Verwaltungsgerichten und dem Arbeitsgericht und gibt die Möglichkeit, im Stiftungsreferat die Aufsicht über die privatrechtlichen Stiftungen kennen zu lernen. Die Referendarinnen und Referendare haben Gelegenheit zur eigenständigen Bearbeitung von Rechtsfragen und können u.a. an Besprechungen und Arbeitsgruppen teilnehmen.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Justiz und Verbraucherschutz -Amt für Verbraucherschutz -
Ausbildungsleitung:	Ansprechpersonen sind die jeweiligen Ausbilder/-innen
Telefon, E-Mail, Fax:	s.u.
Ausbildungskapazität:	s.u.
Rechtsgebiete:	<ul style="list-style-type: none">• Arbeitsschutzrecht und Technisches Verbraucherschutzrecht• Lebensmittelrecht, Tierseuchenrecht, Tierschutzrecht, tierärztliches Berufsrecht• Arzneimittel-, Apotheken-, Medizinprodukterecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

1. Abteilung: **Amt für Arbeitsschutz**

1a) Ministerialangelegenheiten,

Frau Ursula Höfer, Tel.: 428 37-3949, E-Mail: Ursula.Hoefer@justiz.hamburg.de

1b) Rechtsangelegenheiten,

Frau Frederike Köhler, Tel.: 428 37-3558, E-Mail: Frederike.Koehler@justiz.hamburg.de

2. Abteilung: **Pharmaziewesen und Medizinprodukte**

Frau Jessica Reimers, Tel.: 428 37-2660, E-Mail: Jessica.Reimers@justiz.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

1a) Abteilung: Amt für Arbeitsschutz, Ministerialangelegenheiten

Im Ministerialreferat „Sozialer Arbeitsschutz“ des Amtes für Arbeitsschutz bekommen Sie einen umfassenden Einblick in die Arbeit einer Ministerialabteilung einer Behörde.

Sie werden sich mit vielfältigen und unterschiedlichen Regelungen des Arbeitszeit-, Mutter-schutz-, Kinder- Jugendarbeitsschutzrechts befassen. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Regel im Arbeitszeitrecht einschließlich der stark durch europäisches Recht geprägten Lenk- und Ruhezeiten im Straßenverkehr. Sie werden daneben auch mit Angelegenheiten des allgemeinen Verwaltungsrechts, aber auch des eng mit dem öffentlich rechtlichen Arbeitszeitrecht verknüpften Tarifrechts befasst sein. Sie verfassen Kurzgutachten in Angelegenheiten, die die Aufgabenstellung des Sozialen Arbeitsschutzes betreffen, entwerfen selbstständig Stellungnahmen und bearbeiten Länderanfragen. Sie führen Informationsrecherchen zu relevanten Themen durch, verfassen Verwaltungsinformationen für andere Abteilungen und nehmen an allen internen und externen Besprechungen teil. Soweit möglich, erhalten Sie auch die Gelegenheit Widerspruchsbescheide zu verfassen.

1b) Abteilung: Amt für Arbeitsschutz, Rechtsangelegenheiten

Im Rechtsreferat der Ministerial- und Rechtsabteilung des Amtes für Arbeitsschutz lernen Sie das bunte Spektrum der Arbeitswelt aus der Sicht des Arbeitnehmerschutzes und die Produkt- und Anlagensicherheit kennen. Im Mittelpunkt der juristischen Tätigkeiten steht der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher – sowohl am Arbeitsplatz als auch zu Hause – vor gesundheitlichen Gefahren und Risiken.

Zu Ihren Aufgaben wird es hauptsächlich gehören, Widerspruchs- und Klageverfahren zu bearbeiten, in Grundsatz- und Vollzugsangelegenheiten zu beraten, Strafanzeigen zu fertigen und besonders schwierige Ordnungswidrigkeitenverfahren zu begleiten. Die Teilnahme an Sitzungen und Besprechungen ist obligatorisch.

Sie werden eng mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Vollzuges, die überwiegend über eine technische oder naturwissenschaftliche Ausbildung verfügen, zusammenarbeiten.

Aus der Fülle der anzuwendenden Vorschriften seien hier das Arbeitsschutz-, Arbeitssicherheits-, Chemikalien-, Sprengstoff-, Produktsicherheitsgesetz, die Gefahrstoff-, Arbeitsstätten-, Betriebssicherheits-, Strahlenschutzverordnung, die den besonderen Kündigungsschutz regelnden Vorschriften des Mutterschutz- und Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes und das Hamburgische Transparenzgesetz genannt.

Des Weiteren sind Regeln des Europa- und Technikrechts, des Polizei-, Verwaltungsvollstreckungs-, Gebühren-, Datenschutzrechts und, bedingt durch den vorgenannten Kündigungsschutz, des Arbeitsrechts anzuwenden.

Die Ausbildungskapazität ist grundsätzlich auf eine/n Referendar/in zurzeit begrenzt.

2. Abteilung: Pharmaziewesen und Medizinprodukte

Die Abteilung Pharmaziewesen und Medizinprodukte ist für die Arzneimittel- und Medizinprodukteüberwachung in Hamburg zuständig. Die Tätigkeit der Abteilung ist dabei sowohl von Vollzugsaufgaben als auch ministeriellen Aufgaben geprägt. Sie erhalten somit einen umfassenden Einblick in die vielfältigen Aufgaben einer Behörde und lernen insbesondere die Bereiche des Arzneimittel-, Apotheken- und Medizinprodukterechts kennen.

Zu Ihren Aufgaben wird die Beratung der Fachreferenten (im Wesentlichen Pharmazeuten/Apotheker/Medizin-Ingenieure) in allen anstehenden rechtlichen Fragestellungen sowohl vollzugsrechtlicher als auch grundsätzlicher Art gehören. Neben den bereits erwähnten Spezialgebieten sind dabei auch Fragen beispielsweise aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht, dem Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht und dem Gebührenrecht zu beantworten. Sie schreiben Stellungnahmen und Kurzgutachten und begleiten aktuelle Gesetzgebungsvorhaben auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Im Einzelfall kann im Zusammenhang mit den Vollzugsaufgaben der Abteilung auch die Bearbeitung von Ausgangs- und Widerspruchsbescheiden oder Klagverfahren anfallen. Selbstverständlich nehmen Sie an internen und externen Besprechungen teil.

Die Ausbildungskapazität ist auf eine/n Referendar/in zurzeit begrenzt.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Schule und Berufsbildung**

- Amt für Verwaltung -

Ausbildungsleitung: Herr Andreas Gleim

Telefon, E-Mail, Fax: 428 63-4303
andreas.gleim@bsb.hamburg.de
4273 13334

Ausbildungskapazität: Rechtsabteilung: drei Referendare zur gleichen Zeit;
Personalabteilung: zwei Referendare zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: insb. Schulrecht, Beamtenrecht, Arbeitsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsabteilung
- Personalabteilung

Ausbildungsinhalte:

Rechtsabteilung: Umfassende Rechtsberatung der Schulen und Fachämter; Durchführung von Widerspruchsverfahren und Betreuung von Klagverfahren vor dem Verwaltungsgericht und dem Obergericht; Vorbereitung von Rechtssetzungsmaßnahmen der FHH im Geschäftsbereich der BSB; Bearbeitung von Aufgaben aus dem Bereich des Gebührenrechts, von Schadensersatz- und Amtshaftungsangelegenheiten, soweit es sich um grundsätzliche Fragestellungen oder Fälle besonderer Schwierigkeit oder Gerichtsverfahren handelt.

Personalabteilung: Justitiarangelegenheiten auf dem Gebiet des Personalrechts, d.h. rechtliche Beratung und Unterstützung der ausführenden Personalverwaltung, der Referentinnen und Referenten und Amtsleiter der BSB in Einzelfällen auf den Gebieten des Arbeits- und Beamtenrechts, Mitwirkung in ministeriellen Angelegenheiten, Prüfung von Widersprüchen in beamtenrechtlichen Fragen, Vertretung der Behörde vor den Gerichten, Durchführung von Disziplinarverfahren, Anerkennung von Dienst- und Arbeitsunfällen, Durchführung personalvertretungsrechtlicher Mitbestimmungsverfahren insbesondere Schlichtungen und die Mitwirkung bei Einigungen, Beratung und Unterstützung der Ämter bei grundlegenden personalrechtlichen und personalpolitischen Themenstellungen

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke**

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Steffen Jänicke

Telefon, E-Mail, Fax: 040 428 63-3445

Steffen.Jaenicke@bwfgb.hamburg.de

040 4279-75199

Ausbildungskapazität: Kapazitäten bitte jeweils aktuell erfragen

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Grundsatzangelegenheiten Wissenschaft und Forschung
- Allgemeines Justizariat

1. Hochschulrecht und Hochschulpersonalrecht

Ausbilderin: Frau Kirsten Look, Tel. 428 63-2290, kirsten.look@bwfgb.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Der Grundsatzbereich Hochschulrecht ist verantwortlich für alle bundes- und landesrechtlichen Grundlagen des Hochschulrechts. Hierzu zählen u. a. Fragen der Hochschulorganisation, des Hochschulpersonal- und Hochschulbesoldungsrechts, der Lehrverpflichtung und des Hochschulzulassungsrechts. In diesem fachlichen Rahmen entwerfen und gestalten Sie neue Gesetze und Verordnungen mit und unterstützen die Behörde und die Hochschulverwaltungen in juristischen Grundsatzfragen.

Sie erhalten einen umfassenden Einblick, wie bundes- und landesrechtliche Bestimmungen entworfen, abgestimmt, beschlossen und umgesetzt werden. Neben der Prüfung rechtlicher Grundsatzfragen und der Bewertung von Gesetzgebungsvorhaben von Bund und Ländern besteht die Möglichkeit, durch eine juristische Aufbereitung dieser Themen zur Information der Behördenleitung und des Senats in Form von Vermerken oder Drucksachen die persönliche Fähigkeit zur Vermittlung komplexer Sachverhalte zu schärfen.

2. Europaangelegenheiten, Forschung, Technologietransfer

Ausbilder: Herr Klaus von Lepel, Tel. 428 63-4158, klaus.vonlepel@bwfgb.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Das Referat „Europa/Internationales, Forschung, Transfer“ ist zuständig für die strategische und konzeptionelle Positionierung der Behörde für Wissenschaft und Forschung in den Themenfeldern der Forschungs-, Innovations- und Technologietransferpolitik. Außerdem gehören zum Referatsportfolio alle Belange der europäischen Wissenschaftspolitik (8. EU-Forschungsrahmenprogramm HORIZON 2020, ERASMUS+, Europäischer Forschungsraum) sowie das Themenfeld der internationalen Wissenschaftskooperationen.

„Europa“ gewinnt zunehmend an Bedeutung für die Hamburger Wissenschaft. Dies betrifft sowohl die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, als auch den Senat. Als Querschnitts- und Grundsatzreferat koordiniert und positioniert die BWF sich zu zen-

tralen europapolitischen- und europarechtlichen Fragestellungen aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung. Zumeist ist eine Begleitung europarechtlicher Entscheidungsprozesse schon in einem frühen Stadium geboten.

Sie werden in diesem Referat mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Fragestellungen konfrontiert. So können Sie auf Themen treffen, die ein Spektrum von der europäischen Forschungsförderung bis zur Internetkriminalität ausfüllen. Sie werden Stellungnahmen für verschiedene Gremien (z. B. Kulturausschuss des Deutschen Bundesrates, Ausschüsse der Hamburger Bürgerschaft, Kultusministerkonferenz/KMK, Gemeinsame Wissenschaftskonferenz/GWK, etc.) zu Fragen in diesem Spektrum verfassen. Dabei wird Ihre Fähigkeit trainiert, sich in ganz unterschiedliche Themengebiete schnell einzuarbeiten und diese fundiert zu analysieren. Zugleich nehmen Sie an Behördenabstimmungen, Sitzungen, Workshops und Fortbildungsveranstaltungen teil. Sie unterstützen den Referatsleiter und seine Mitarbeiter bei der Betreuung von Forschungsprojekten der Hochschulen. Sie erleben die Universität aus einem ganz neuen Blickwinkel.

3. Hochschulbetreuung, Hochschulsteuerung und Rechtsauskunft

Ausbilderin: Frau Dr. Ute Reußow, Tel. 428 63-2725, ute.reussow@bwfgb.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Das Referat Hochschulen II ist zuständig für die Betreuung und Aufsicht über die Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Hochschule für Musik und Theater, die Hochschule für bildende Künste, die Hamburg Media School sowie sämtliche in Hamburg anerkannte private Hochschulen, wie z.B. die Bucerius Law School, die Kühne Logistics University, die Medical School Hamburg, die HSBA Hamburg School of Business Administration und die beiden Hamburger Fernhochschulen HFH und EuroFH. Weitere im Referat betreute Einrichtungen sind die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr, die Evangelische Hochschule für soziale Arbeit und Diakonie, die Berufsakademie Hamburg, der Kunst- und Medicampus sowie eine Stiftung auf dem Gebiet der Kunstförderung

Im Bereich der staatlichen Hochschulen nimmt die ministerielle Steuerung einen wichtigen Teil der Aufgaben ein. Hier besteht für Sie z.B. die Möglichkeit, in den Verfahren zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen, der Kennzahlenfestlegung bzw. dem unterjährigen Kennzahlencontrolling mitzuwirken. Daneben befasst sich das Referat mit den verschiedensten fachlichen und wissenschaftspolitischen Themenstellungen der Hochschulen auf den Gebieten der Lehre, der Forschung und der wissenschaftlichen Weiterbildung in Form von Stellungnahmen und der Beratung von Amts- bzw. Behördenleitung und prüft entsprechende hochschulrechtliche Fragestellungen.

Im Rahmen der Aufsicht über die privaten Hochschulen sind Sie eingebunden in die Begleitung der Akkreditierungsverfahren vor dem Wissenschaftsrat, geben Auskünfte zu den Anerkennungsvoraussetzungen nach dem Hochschulrecht, prüfen die Grund- und Prüfungsordnungen der Hochschulen und begleiten – sofern aktuell – neue Gründungsinitiativen bei der staatlichen Anerkennung als Hochschule.

4. Antidiskriminierung und LSBTI*

Ausbilderin: Frau Dorothee Bramlage, Tel. 42863-3993, Dorothee.Bramlage@bwfgb.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Das Referat ist zuständig für alle grundsätzlichen und übergreifenden ministeriellen Fragestellungen in den Bereichen Antidiskriminierung und LSBTI*. Die Ausbildungsstation zeichnet sich durch eine große Vielfalt an Themen und Aufgaben aus.

Sie bereiten u.a. die Themen in Form von Vermerken und Terminvorbereitungen für die Behördenleitung auf, verfassen Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen der Bundesregierung, erarbeiten Anträge für den Bundesrat, beantworten kleine und große schriftlichen Anfragen der Bürgerschaft, begleiten Projekte von der Initiierung bis hin zur Abwicklung, organisieren Veranstaltungen und nehmen an behördeninternen und -übergreifenden Besprechungen teil.

Aufgrund der Vielzahl von unterschiedlichen Fragestellungen können Sie hier Ihre Fähigkeit trainieren, sich schnell in neue Themenbereiche einzuarbeiten und komplexe Sachverhalte adressatengerecht zu vermitteln.

Die fachlichen Fragestellungen werden in der Regel auch durch politische Erwägungen ergänzt.

Das Referat eignet sich für die allgemeine Verwaltungsstation aber auch für die Wahlstation.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke / Amt Bezirksverwaltung
Ausbildungsleitung	Herr Dr. Jänicke
Ausbilderin:	Frau Birgit Danker
Telefon, E-Mail:	42823 – 4334, birgit.danker@bwfgeb.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	1 Referendarin oder Referendar zur gleichen Zeit
Rechtsgebiete:	Bezirksverwaltung, Bürgerbegehren und –Entscheide, Entschädigungsleistungen für Fraktionen und Mitglieder der Bezirksversammlungen, politische Werbung, Anliegerbeitragsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Referat Recht und Beiträge (B11) der Abteilung Bezirksangelegenheiten

Ausbildungsinhalte:

Abteilung für Bezirksangelegenheiten – Referat Recht und Beiträge:

Sie interessiert das Zusammenspiel von öffentlichem Recht und politischen Entscheidungsprozessen? Dann sind Sie im Referat Recht und Beiträge der Abteilung Bezirksangelegenheiten richtig! Wir sind zum einen die Aufsichtsbehörde über die sieben Hamburger Bezirksämter im Rahmen des § 43 Bezirksverwaltungsgesetz und zum anderen auch deren ministerielle Vertretung. Zu unseren fachlichen Zuständigkeiten gehören u. a. Bürgerbegehren und –Entscheide, politische Werbung auf öffentlichen Wegen, Entschädigungsleistungen für die Fraktionen und Mitglieder der Bezirksversammlungen und Widerspruchs- und Gerichtsverfahren im Anliegerbeitragsrecht. Zum anderen sorgt die Abteilung dafür, dass die praktischen Erfahrungen der bürgernahen Verwaltung der Bezirksämter in politische Entscheidungen auf Senatsebene einfließen.

Da die Bezirksämter mit Ausnahme der Politikbereiche Schule, Innere Sicherheit, Justiz und Hafen für fast alle Durchführungsaufgaben zuständig sind, ist die Palette der möglichen Themen der Abteilung breit. Sie erhalten die Gelegenheit, möglichst viele Aspekte dieser ministeriellen Querschnittsabteilung kennen zu lernen. Sie werden an Dienstbesprechungen des Referates und der Abteilungen teilnehmen und dabei auch erleben, wie Entscheidungen der Verwaltung politisch beeinflusst werden.

Aufgrund der Vielfalt der Themen sind in der Abteilung juristische Fragestellungen des gesamten öffentlichen Rechts zu bearbeiten. Einen Schwerpunkt bilden Auslegungsfragen zum Bezirksverwaltungsgesetz, dem Entschädigungsleistungsgesetz, dem Bezirksabstimmungsdurchführungsgesetz und dem Anliegerbeitragsrecht. Daneben sind Widerspruchsbescheide und Schriftsätze in Anliegerbeitragsangelegenheiten, Beiträge für Senatsdrucksachen, Parlamentarische Anfragen sowie Stellungnahmen für die Amts- und Behördenleitung zu fertigen.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Kultur und Medien**
Präsidialabteilung

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Claas Schüddekopf

Telefon, E-Mail, Fax: 428 24-210
claas.schueddekopf@bkm.hamburg.de
428 24-219

Ausbildungskapazität: Vier Referendare

Rechtsgebiete: Zivilrecht, öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Rechtsreferat, zuständig für alle rechtlichen Angelegenheiten der Behörde für Kultur und Medien.

Ausbildungsinhalte:

Als Referendarin bzw. Referendar des Rechtsreferats der Behörde für Kultur und Medien erwarten Sie abwechslungsreiche rechtliche Fragestellungen aus den verschiedenen Fachämtern der Behörde für Kultur und Medien. Wir betreuen sowohl Rechtsangelegenheiten der Behördenleitung, der Ämter Kultur, Staatsarchiv und Behördenmanagement, als auch der verselbstständigten Kultureinrichtungen insbesondere im Rahmen der Rechtsaufsicht. In unserem Referat werden Sie mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Fragestellungen konfrontiert und können sich mit vielfältigen und unterschiedlichen Rechtsgebieten befassen. Dies sind unter anderem:

- Widerspruchs- und Klageverfahren im Denkmalschutzrecht
- Rechtliche Beratung der verschiedenen Fachreferate für Kultur
- Rechtliche Beratung der Behördenleitung bei der Umsetzung kulturpolitischer Projekte
- Angelegenheiten des Zuwendungsrechts
- Auswertung komplexer Provenienzrecherche in Restitutionsangelegenheiten
- Angelegenheiten der Rechtsaufsicht verselbstständigter Kultureinrichtungen
- Betreuung arbeitsrechtlicher Verfahren
- Fragen zum Geltungsbereich des Informationsfreiheitsrechts
- Datenschutzrechtliche Fragestellungen

Als Teil eines kulturbegeisterten Teams erhalten Sie Gelegenheit zum Verfassen von Widerspruchsbescheiden, behördlichen Vermerken und prozessualen Schriftsätzen. Zugleich werden Sie an Besprechungen und Sitzungen teilnehmen können.

Wir freuen uns auf engagierte Referendarinnen und Referendare mit Interesse für den kulturellen Bereich.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Kultur und Medien**
Amt Medien

Ausbildungsleitung: Melanie Hönig d'Orville

Telefon, E-Mail, Fax: 428 31-1671
melanie.hoenig-dorville@bkm.hamburg.de
Fax: 427 915-671

Ausbildungskapazität: 1-2 Referendare

Rechtsgebiete: Öffentliches Recht, Medienrecht und Rundfunkrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Das Amt Medien betreut alle Themen der Medienpolitik und ist damit erster Ansprechpartner für die Medien-, IT- und Werbewirtschaft. Die Abteilung Medienrecht und Rundfunk ist zuständig für die Pflege und Fortentwicklung des Medienrechts, für die Begleitung der Rundfunkkommission der Länder und weiterer medienpolitischer Angelegenheiten. Zudem ist sie für die Medienaufsicht sowie für die Branchenbetreuung im Bereich Radio und Fernsehen zuständig.

Ausbildungsinhalte:

Die Bearbeitung ausgewählter Fälle zu den folgenden Bereichen gehört zum Aufgabenbereich der Abteilung:

- Angelegenheiten der medienrechtlichen Staatsverträge
- Angelegenheiten der Rechtsaufsicht (Medienanstalt, öffentlich-rechtlicher Rundfunk)
- Bearbeitung von Bürgeranfragen, Eingaben und Kleinen Anfragen zum Medienbereich
- Stellungnahmen zu Bundesratsdrucksachen
- Europäische Medienangelegenheiten
- Fragen zur Fortentwicklung des Urheber- und Leistungsschutzrechts
- Presserechtliche Ordnungswidrigkeitenverfahren

Unser Ziel ist es, dass unsere Referendare bestmöglich in die Abläufe unserer Abteilung integriert werden, so dass Sie einen guten Einblick in die Verwaltung und die Tätigkeit im Amt Medien bekommen. Es besteht Gelegenheit zur Wahrnehmung von Terminen (Gremiensitzungen u.a.). Wenn Sie ein medienrechtliches Profil im Studium hatten, rundet eine Station bei uns im Amt Medien ihr Profil ab. Für alle die keine Vorkenntnisse haben, wartet eine spannende und vielfältige Tätigkeit. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration (Sozialbehörde) – Amt für Zentrale Dienste – Rechtsabteilung
Ausbildungsleitung:	Frau Susanne Nicolaus
Telefon, E-Mail	040 428 63-3015, susanne.nicolaus@soziales.hamburg.de
Ansprechpartnerin:	Frau Stephanie Gerdts-Lüer
Telefon, E-Mail:	040 428 63-3088, stephanie.gerds-lueer@soziales.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	3 Referendare/innen zur gleichen Zeit
Rechtsgebiete:	Jugendhilferecht, Personalrecht, Schwerbehindertenrecht, Sozialhilferecht, Verfassungsrecht, Vergaberecht, Verwaltungsrecht, Zivilrecht, Zuwendungsrecht etc.

Ausbilder/innen sind die Rechtsreferenten/-innen.

Ausbildungsinhalte:

Bei uns erwartet Sie eine "klassische" Rechtsabteilung.

Wir beraten die Ämter der Behörde in allen rechtlichen Fragestellungen, führen Prozesse vor den Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten, entscheiden über Widersprüche, nehmen zu Gesetzes- und Verordnungsgebungen Stellung, werten Urteile aus und fördern den rechtlichen Austausch zwischen der Fachbehörde und den Rechtsämtern der Bezirke auf den Gebieten des Sozial-, Jugendhilfe- und Gesundheitsrechts.

Wir vermitteln Ihnen einen Einblick in die unterschiedlichen Tätigkeiten der Rechtsabteilung in einer Fachbehörde und haben den Anspruch, Sie mit möglichst vielfältigen Rechtsgebieten und Aufgabenstellungen zu betrauen. Damit Sie Gelegenheit haben, den Arbeitsalltag eines/einer Verwaltungsjuristen/in möglichst umfassend kennenzulernen, unterstützen wir Sie in einer selbständigen Erledigung der übertragenen Aufgaben, geben Ihnen die Gelegenheit Gerichtstermine wahrzunehmen sowie verwaltungsinterne und –externen Termine zu begleiten. Als Ausbilder/innen schätzen wir einen engen Austausch mit „unseren“ Referendar/innen.

Die Rechtsabteilung eignet sich für die allgemeine Verwaltungsstation und für das Wahlfach Arbeits- und Sozialrecht.

Ausbildungsstelle: Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Zentrale Dienste
Rechtsangelegenheiten Z 5
Hamburger Straße 47
22083 Hamburg

Ausbildungsstelle:	Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) – Amt für Arbeit und Integration, Abteilung Integration, Zivilgesellschaft, Opferschutz
Ausbildungsleitung:	Frau Isabel Said
Telefon, E-Mail:	040/428 63 4007, isabel.said@soziales.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	1 - 2 Referendar/innen zur gleichen Zeit
Rechtsgebiete:	Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Vertragsrecht, Datenschutzrecht, Vergaberecht, Arbeits- und Sozialrecht, Ausländerrecht, Öffentliches Recht.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Die Abteilung Integration, Zivilgesellschaft, Opferschutz befasst sich in fünf Referaten mit folgenden Themen

- Integration von Zuwanderern,
- Prävention von Rechtsextremismus, religiös begründetem Extremismus und linker Militanz,
- Opferschutz,
- freiwilligem Engagement sowie
- der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes.

Ausbildungsinhalte:

Sie bekommen einen umfassenden Einblick in die Arbeit der Abteilung und werden in den verschiedenen Referaten eingesetzt. Geben Sie gern Ihre Wünsche an, in welchen Referaten/Themen Sie bevorzugt mitarbeiten möchten. Wir werden dies nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Arbeit in den verschiedenen Referaten ist sehr vielfältig. Sie können u.a. bei der Erstellung von Konzepten, Stellungnahmen zu Gesetzen, Ausschreibungsverfahren und Gestaltung von Verträgen mitwirken.

Sie lernen auch die verschiedenen fachlichen Aufgaben der Abteilung kennen, wie z.B. die Umsetzung des Hamburger Integrationskonzeptes, der Umsetzung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, die Umsetzung des Hamburger Opferschutzkonzeptes, das Tätigkeitsfeld des Hamburgischen Opferbeauftragten für Opfer von Terror und Großschadensereignissen, Fachaufgaben der Engagementförderung und Grundsatzaufgaben zum Thema Sexarbeit/Prostitution.

Weiterhin haben Sie die Möglichkeit an Terminen und Sitzungen teilzunehmen, um Einblicke in die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Akteur_innen der Zivilgesellschaft zu erhalten. Dies umfasst beispielsweise eine Teilnahme an Sitzungen des Integrationsbeirates, des Beratungsnetzwerks Prävention und Deradikalisierung, dem Runden Tisch Menschenhandel oder dem Runden Tisch Prostitution.

Darüber hinaus lernen Sie die verschiedenen ministeriellen Aufgaben der Abteilung kennen und werden in die Erstellung von Stellungnahmen für den Bundesrat, die Beantwortung schriftlicher kleiner Anfragen der Bürgerschaft sowie die Vorbereitung von Ausschusssitzungen eingebunden.

Ausbildungsstelle: Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Arbeit und Integration
Adolph-Schönfelder-Str. 5
22083 Hamburg

Ausbildungsstelle:	Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) – Amt für Arbeit und Integration, Referat Grundsatzfragen der Arbeitsmarktpolitik und Steuerung Jobcenter (AI 31)
Ausbildungsleitung:	Frau Hanne Stiefvater
Telefon, E-Mail:	428 63-3244, hanne.stiefvater@soziales.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit
Rechtsgebiete:	Grundsätzliche und ministerielle Aufgaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Aufsicht über das Jobcenter team.arbeit.hamburg. Sozialrecht, Verwaltungsrecht, Zivilrecht

Ausbildungsinhalte:

Zuständigkeit für Fragen des Arbeitsrechts u. a. für den Themenkomplex Gute Arbeit, d.h. z.B. Mindestlohn, Leiharbeit und Kurzarbeitergeld sowie Fragestellungen, die sich aus der Digitalisierung der Arbeitswelt ergeben. Stellungnahmen für Fachministerkonferenzen und den Bundesrat sind Teil der Aufgabe. Zu den wichtigsten Aufgaben des Referates gehört außerdem:

- Aufsicht über das Jobcenter team.arbeit.hamburg (t.a.h), u. a. hinsichtlich der operativen Umsetzung von Rahmenvorgaben, Entscheidung über grundsätzliche Fragen zu Personal und Organisation sowie zur programmatischen Ausrichtung einschließlich Vorbereitung und Umsetzung von Beschlüssen der SGB II-Gremien (Bund-Länder-Ausschuss und -Arbeitsgruppen, Kooperationsausschuss und Trägerversammlung)
- Entwicklung und Controlling arbeitsmarktpolitischer Handlungskonzepte und Programme, Abschluss und Nachhaltung von Zielvereinbarungen und -vorgaben sowie das Haushaltscontrolling für die Abteilung
- Fachaufsicht über die Hamburger Arbeit und Steuerung der kommunaler Eingliederungsleistungen Schuldner- und Lebenslagenberatung inklusive Ausschreibung der Beratungsleitung.

Ausbildungsstelle: Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Arbeit und Integration
Hamburger Str. 47
22083 Hamburg

Ausbildungsstelle:	Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) – Amt für Arbeit und Integration, Referat Arbeitsmarktpolitik, ESF-Verwaltungsbehörde, Steuerung team.arbeit.hamburg (AI 32)
Telefon, E-Mail, Fax:	428 63-5048 barbara.schurig@soziales.hamburg.de 427 961-490
Ausbildungskapazität:	Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit. Ausbildungsmöglichkeit besteht zeitweise, Interessenten können sich gerne melden.
Rechtsgebiete:	Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Vergaberecht, Datenschutzrecht, Vertragsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:
Referat Grundsatzfragen SGB II, Fachaufsicht und Steuerung

Ausbildungsinhalte:

- Fachaufgaben der Arbeitsmarktpolitik
- Kennenlernen der Verfahren und Methoden der konzeptionellen Gestaltung der Hamburger Arbeitsmarktpolitik
- Einblicke in das Kooperationsgeflecht der verschiedenen Akteure der Arbeitsmarktpolitik
- Kennenlernen von Ministerialaufgaben (u.a. Stellungnahmen für den Bundesrat)
- Umgang mit dem gesetzlichen Regelwerk der Arbeitsmarktpolitik sowie Befassung mit einer Vielzahl aktueller arbeitsmarktpolitischer Fragestellungen

Ausbildungsstelle: Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Arbeit und Integration
Hamburger Str. 47
22083 Hamburg

Ausbildungsstelle:	Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) – Amt für Arbeit und Integration, Referat Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete und Zuwanderer (AI 34)
Ausbilderin:	Frau Birte Steller
Telefon, E-Mail:	428 63-3246 birte.steller@soziales.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit.
Rechtsgebiete:	Recht der Arbeitsförderung (Schwerpunkt: SGB II, III), Migrationsrecht (EU-Richtlinien, Aufenthaltsgesetz), Verwaltungsrecht, Vergabe- und Zuwendungsrecht

Ausbildungsinhalte:

Das Referat AI 34 ist ministeriell für die Fachkräftesicherung durch Zuwanderung sowie die Arbeitsmarktintegration von Zuwandernden zuständig und kooperiert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung insbesondere eng mit der Behörde für Inneres und Sport (dort dem Amt für Migration und dem Amt für Grundsatzangelegenheiten) sowie der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter team.arbeit.hamburg. Daneben plant das Referat bedarfsbezogen ergänzende Maßnahmen für migrationspezifische berufliche Weiterbildung und Qualifizierung, um die Wirkung gesetzlicher Regelförderungsmöglichkeiten für die Zielgruppe zu optimieren und zu verstärken.

Das Referat steuert in diesem Zusammenhang mit den genannten Partnern auch das Hamburg Welcome Center und ist dort für mehrere Dienstleistungsangebote wie den Neubürgerservice, die ausländerrechtliche Beratung und den Unternehmensservice Fachkräfte verantwortlich zuständig. Dazu zählen darüber hinaus auch Dienstleistungsangebote beauftragter kommunaler Träger als Anbieter von Beratungsangeboten sowie eine Vielzahl von Kooperationspartnern aus dem Bereich der Wirtschaft (Handels- und Handwerkskammer, Unternehmensverbände, Innungen). In diesem Zusammenhang ist auch das Vergabe – und Zuwendungsrecht relevant.

Ausbildungsstelle: Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Arbeit und Integration
Hamburger Str. 47
22083 Hamburg

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) - Amt für Familie - Referat Erziehungshilfen und Schutz junger Menschen**
- Ausbildungsleitung: Frau Janne Marei Westermann, Herr Florian Rodenberg
- Telefon, E-Mail: 428 63-3732, jannemarei.westermann@soziales.hamburg.de
428 63-3923, florian.rodenberg@soziales.hamburg.de
- Ausbildungskapazität: Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit.
- Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, Jugendhilferecht und angrenzende Rechtsgebiete

Ausbildungsinhalte:

Das Referat Kinderschutz und Erziehungshilfen bietet interessierten und engagierten Referendarinnen und Referendaren eine Ausbildungsmöglichkeit in der Verwaltungsstation. Das Referat ist gehört zur Abteilung FS 2 „Gestaltung der Jugendhilfe“. Die Abteilung ist ministeriell und fachbehördlich u.a. zuständig für die Gestaltung von Vereinbarungen über Leistungsangebote, Entgelte und Qualitätsentwicklungen, die Trägersaufsicht und –Beratung sowie die Gesamtsteuerung der für Hilfen zur Erziehung (HzE) eingesetzten Ressourcen. Weiterhin wird hier die fachliche Steuerung der Bezirksämter wahrgenommen hinsichtlich ihrer Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) wie auch der Gewährung und Gestaltung von HzE und infrastrukturellen Angeboten für Kinder Jugendliche und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Die Angelegenheiten des Kinderschutzes umfassen die ministerielle Steuerung der freien Träger und der Bezirke. Zu den ministeriellen Aufgaben gehört die Beantwortung parlamentarischer Anfragen und bürgerschaftlicher Ersuchen, die Analyse und Bewertung von Gesetzesinitiativen des Bundes und der Länder sowie die Politikberatung. Auch Leistungsvereinbarungen nach § 77 SGB VIII werden geschaffen und weiterentwickelt. Es werden fachliche Stellungnahmen und rechtliche Einschätzung zu Fragestellungen erarbeitet und juristische Bewertungen von Grundsatzfragen, die den Kinderschutz betreffen, vorgenommen. Im Rahmen der fachlichen Steuerung gehört die Vorgaben von Rahmenbedingungen, die Kooperation mit den Behörden für Justiz und Verbraucherschutz, für Inneres und Sport, der Schulbehörde sowie die Qualitätsentwicklung im Kinderschutz (Überprüfung und Weiterentwicklung der Kooperationsvereinbarung mit dem Institut für Rechtsmedizin und dem ASD) zu den Aufgaben. Dazu gehören auch die Teilnahme am Runden Tisch „Female Genital Mutilation“ (FGM, Genitalverstümmelung), am Arbeitskreis „Inklusiver Kinderschutz“ und in der Arbeitsgemeinschaft „Kinderschutz an Schulen“.

Haben die beschriebenen Rechts- und Aufgabengebiete ihr persönliches Interesse geweckt und verfügen Sie über grundlegende Kenntnisse in der Anwendung öffentlichen Rechts? Dann senden Sie bitte Ihre schriftliche Bewerbung mit einem aussagekräftige Anschreiben, einem tabellarischen Lebenslauf und einer Kopie Ihres ersten Staatsexamens an die o. g. Adresse.

Ausbildungsstelle: Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Familie
Konzeptionelle Leitung Kinderschutz –FS 231-
Hamburger Straße 37
22083 Hamburg

Ausbildungsstelle: **Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) - Amt für Familie - Jugendschutz und Straffälligenhilfe**

Ausbildungsleiterin: Herr Florian Rodenberg

Telefon, E-Mail, Fax: 428 63-3923
florian.rodenberg@soziales.hamburg.de
427 9- 61713

Ausbildungskapazität: Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit.

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, Jugendhilferecht und angrenzende Rechtsgebiete

Ausbildungsinhalte:

Das Referat Jugendschutz und Straffälligenhilfe bietet interessierten und engagierten Referendarinnen und Referendaren eine Ausbildungsmöglichkeit in der Verwaltungsstation. Der Bereich ist ministeriell und fachbehördlich zuständig für allgemeine Fragestellungen der Kinder- und Jugenddelinquenz, Gewaltprävention im Kindesalter sowie die Angebotsentwicklung für delinquente Kinder- und Jugendliche und den gesetzlichen Jugendschutz. Außerdem wird die Fachaufsicht über das Familieninterventionsteam (Jugendamt für delinquente Kinder- und Jugendliche) und das Fachamt Straffälligen- und Gerichtshilfe des Bezirksamtes Eimsbüttel wahrgenommen. Die Aufgaben sind geprägt durch eine intensive Zusammenarbeit insbesondere mit den bezirklichen Jugendämtern, der Schulbehörde, der Behörde für Inneres, der Polizei und der Justizbehörde sowie freien Trägern und Verbänden.

Sie befassen sich im Referat mit verschiedensten Rechtsfragen. Dabei geht es einerseits um Rechtsgestaltung, z. B. die Prüfung und Bewertung jugendhilferechtlicher Gesetzgebungsvorhaben samt angrenzender Rechtsbereiche, andererseits auch um die rechtliche Beurteilung einzelner Sachverhalte im Bereich der Jugendhilfe, verbunden mit der Entwicklung von Lösungsvorschlägen. Schwerpunkte können im Leistungsrecht nach dem SGB VIII, im Bereich der Jugenddelinquenz oder in Bezug auf die Lebenslagen junger Menschen generell gesetzt werden. Außerdem geht es im Bereich der Straffälligenhilfe um das Arbeitsfeld einer guten Resozialisierung, um straffällige gewordenen Jugendlichen und Erwachsenen eine Rückkehr in ein straffreies Leben zu erleichtern.

Sie werden in die Erstellung von Rechtsgutachten, die Gestaltung und Überprüfung von Verträgen, die Erarbeitung von Konzepten sowie die Erstellung von fachlichen Vorgaben für die Durchführungseinheiten einbezogen. Daneben bieten wir die Gelegenheit, an Bundesratsinitiativen oder Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben des Bundes mitzuwirken.

Haben die beschriebenen Rechts- und Aufgabengebiete ihr persönliches Interesse geweckt und verfügen Sie über grundlegende Kenntnisse in der Anwendung öffentlichen Rechts? Dann senden Sie bitte Ihre schriftliche Bewerbung mit einem aussagekräftigen Anschreiben, einem tabellarischen Lebenslauf und einer Kopie Ihres ersten Staatsexamens an die o. g. Adresse.

Ausbildungsstelle: Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Familie
Referatsleitung Jugendschutz und Straffälligenhilfe –FS 24-
Hamburger Straße 37
22083 Hamburg

Ausbildungsstelle: **Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) - Amt für Familie - FS 3 Familie und Kindertagesbetreuung Referat Familienpolitik**

Ausbildungsleitung: N.N.

Ausbilder Herr Jeremy Gerbi

Telefon, E-Mail, Fax: 428 63-2470
jeremy.gerbi@soziales.hamburg.de

Ausbildungskapazität: Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit.

Rechtsgebiete: Sozialrecht, Haushaltsrecht, Vergaberecht, Datenschutzrecht, Vertragsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Referat Familienpolitik (u. a. Elterngeld, Unterhaltsvorschussgesetz, familiengerichtliche Verfahren, Einrichtungen der Familienförderung)

Ausbildungsinhalte:

Kennenlernen der Verfahren und Methoden der konzeptionellen Gestaltung der Hamburger Familienpolitik, Einblicke in das Kooperationsgeflecht der verschiedenen Akteure der Jugendhilfe, Kennenlernen von Ministerialaufgaben (u.a. Stellungnahmen für den Bundesrat), Umgang mit dem gesetzlichen Regelwerk der Familienpolitik (insbesondere SGB VIII und BGB) sowie Befassung mit einer Vielzahl aktueller familienpolitischer Fragestellungen.

Ausbildungsstelle:

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Familie
Hamburger Straße 37
22083 Hamburg

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) - Amt für Familie -**
- Ausbildungsleitung: Herr Immo Schulz
- Telefon, E-Mail, Fax: 428 63-2910, immo.schulz@soziales.hamburg.de
427 961-104
- Ausbildungskapazität: Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit.
- Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht; Sozialverfahrensrecht
- Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:
- Abteilung für Soziale Entschädigung
 - Referat Widerspruchs- und Gerichtsverfahren

Ausbildungsinhalte:

Das **Versorgungsamt**, ist zuständig für:

- die Feststellung einer Behinderung nach SGB IX,
- die Kriegsopferversorgung und -fürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG),
- die Anwendung der Gesetze des Sozialen Entschädigungsrechts
- (insbesondere Opferentschädigungsgesetz - OEG), sowie
- das Vertriebenenrecht (BVFG).

Für diese Aufgaben (mit Ausnahme der Kriegsopferversorgung) besteht in der Abteilung ein eigenes Rechtsreferat, das **Referat für Widerspruchs- und Gerichtsverfahren**.

Als Referendarin/Referendar erhalten Sie einen Einblick in die juristische Tätigkeit in der Sozialverwaltung. Schwerpunkt der Tätigkeit sind Widerspruchs- und Klagverfahren im Schwerbehindertenrecht und im Sozialen Entschädigungsrecht, wichtigste Verfahrensordnungen sind das SGB (1. und 10. Buch) und die Sozialgerichtsordnung. Im Rahmen des Opferentschädigungsrechts sind auch strafrechtliche Kenntnisse relevant. Das Referat führt zudem Regressverfahren aus übergegangenem Schadensersatzrecht durch, hier erwarten Sie zivilrechtliche, zivilprozessrechtliche und vollstreckungsrechtliche Aufgaben

Im Rahmen der Ausbildung erhalten Sie Gelegenheit zum Verfassen von Widerspruchsbescheiden und Klagewiderungen sowie anderen prozessualen Schriftsätzen. Sie können Verfahren - nach entsprechender Einarbeitung - weitgehend eigenverantwortlich bearbeiten.

Das Referat Widerspruchs- und Gerichtsverfahren eignet sich für die allgemeine Verwaltungsstation und für die Wahlstation im Schwerpunkt "Arbeits- und Sozialrecht". Im Rahmen der Station können Sie sich sowohl durch das Verfassen von Widerspruchsbescheiden auf die Klausuren als auch durch Aktenvorträge auf die mündliche Prüfung vorbereiten.

Das **Versorgungsamt** ist gerne bereit, sich auf die besonderen Bedingungen behinderter Referendarinnen und Referendare einzustellen.

Ausbildungsstelle:
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Familie
Versorgungsamt Hamburg
Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten
Adolph-Schönfelder-Straße 5
22083 Hamburg

Ausbildungsstelle: **Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) – Amt für Gesundheit, Abteilung Drogen und Sucht (G22)**

Ausbilderin Frau Maryam von Drachenfels

Telefon, E-Mail: 428 37-2439
maryam.vondrachenfels@soziales.hamburg.de

Ausbildungskapazität: Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit.

Rechtsgebiete: Zuwendungsrecht, Sozialhilferecht

Ausbildungsinhalte:

In der Abteilung Drogen und Sucht haben Sie die Chance, neben der juristischen Tätigkeit in einer Fachabteilung auch deren Verwaltungstätigkeit und Aufgaben kennen zu lernen.

Wir arbeiten daran für suchtkranke Menschen geeignete Hilfen zu entwickeln, zur Verfügung zu stellen sowie Präventionsmaßnahmen zu konzipieren und in die Praxis umzusetzen. Die Fachabteilung Drogen und Sucht entwickelt und plant dafür Hilfen für Abhängige von illegalen Drogen und legalen Suchtmitteln und steuert deren Umsetzung insbesondere durch zuwendungsfinanzierte freie Träger und durch Einzelfallbewilligungen im Rahmen der Eingliederungshilfe. Das Suchthilfesystem bezogen auf verschiedene Zielgruppen soll so weiterentwickelt werden. Im Wesentlichen werden hier Grundsatz- und Einzelangelegenheiten aus den Bereichen Zuwendungs- und Sozialhilferecht zu bearbeiten sein. Die Fachabteilung Drogen und Sucht ist für die allgemeine Verwaltungsstation geeignet.

Ausbildungsstelle: Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Amt für Gesundheit
Billstr. 84
20539 Hamburg

Ausbildungsstelle:	Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) - Amt für Soziales -
Ausbildungsleiter	Herr Michael Klahn
Telefon, E-Mail, Fax:	428 63-2800 michael.klahn@soziales.hamburg.de, 427 31-3016
Ausbildungskapazität:	Vier Referendar/in zur gleichen Zeit.
Rechtsgebiete:	Sozialrecht, Verwaltungsrecht, Zivilrecht

Das Amt für Soziales ist oberste Landesbehörde für den Bereich Soziales in Hamburg. Es nimmt vornehmlich Grundsatzaufgaben wahr und ist für die Gestaltung der sozialen Hilfen zuständig. Hierzu gehören insbesondere das SGB II, das SGB XII (z.B. Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung, Kranken- und Gesundheitshilfen, Wohnungslosenhilfe und öffentliche Unterbringung, Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten), das SGB IX (Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung) sowie das Asylbewerberleistungsgesetz.

Weiterhin ist das Amt für Soziales für die Steuerung von Fachaufgaben und Ressourcen der ausführenden Dienststellen der Sozialverwaltung und der Träger sozialer Einrichtungen zuständig. Hierzu werden insbesondere fachliche Vorgaben (Fachanweisungen, Arbeitshilfen) für die Durchführungseinheiten (hauptsächlich die bezirklichen Sozialdienststellen und Jobcenter team.arbeit.hamburg) erarbeitet, Verträge verhandelt und abgeschlossen sowie neue Konzepte entwickelt.

Es werden zudem rechtliche und fachliche Themen zur Information der Behördenleitung und des Senats der FHH in Form von Vermerken, Entscheidungsvorlagen oder Senatsdrucksachen aufbereitet und Einzelfälle von herausragender oder grundsätzlicher Bedeutung bearbeitet.

Die Referendarinnen und Referendare werden in die Erstellung von Rechtsgutachten, die Gestaltung und Überprüfung von Verträgen, die Erarbeitung von Konzepten sowie die Erstellung von fachlichen Vorgaben für die Durchführungseinheiten einbezogen. Daneben bietet sich die Gelegenheit, an Bundesratsinitiativen oder Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben des Bundes mitzuwirken.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Referat Steuerung der Hilfen zum Lebensunterhalt und Kosten der Unterkunft, Grundsatzangelegenheiten (SI 21)

Ausbilderin: Frau Dr. Stephanie Kahle Tel.: 428 63-2808 stephanie.kahle@soziales.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Die juristische Tätigkeit im Referat „Steuerung der Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsatzangelegenheiten“ umfasst insbesondere die Prüfung sozialrechtlicher Grundsatzfragen und die Bewertung sozialrechtlicher Gesetzgebungsvorhaben, vorrangig solcher des SGB XII, des SGB II und des RBEG sowie die Bearbeitung administrativer Querschnittsaufgaben.

Das Referat ist zuständig für Leistungen zur Existenzsicherung. Diese umfassen die Regelbedarfe und die Mehrbedarfe nach dem SGB XII sowie die Kosten der Unterkunft, die Bildungs- und Teilhabeleistungen und die einmaligen Hilfen im Rahmen des SGB XII und SGB II. Weiterhin entwickelt und steuert das Grundsatzreferat einzelne sozialpolitische Projekte und ist für den Sozialrabatt für die vergünstigte Nutzung des Hamburger Verkehrsverbundes zuständig.

Referat Steuerung der Leistungen nach dem AsylbLG, der Hilfen zur Gesundheit und flankierender Leistungen (SI 22)

Ausbilderin: Frau Lena Schultz Tel.: 428 63-3344 lena.schultz@soziales.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Das Referat ist zum einen zuständig für die Steuerung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sowie der Hilfen für Ausländer (§ 23 SGB XII, EU-Recht). Zum anderen wird die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Leistungsberechtigten nach dem SGB XII und AsylbLG gesteuert. Hierzu werden sowohl Fachanweisungen und Arbeitshilfen erstellt als auch Einzelanfragen aus den bezirklichen Sozialdienststellen und dem Amt für Migration in der Innenbehörde bearbeitet. Die Auswertung aktueller Rechtsprechung und neuester Fachliteratur ist für diese von der politischen Dynamik stark betroffenen Rechtsbereiche besonders wichtig. Die Tätigkeit bietet auf Grund verschiedener Bezüge zum Aufenthalts- und Ausländerrecht zusätzlich einen guten Einblick in die Zusammenarbeit mit der Innenbehörde. Daneben ist das Referat ministeriell zuständig für die Sozialbestattungen, die Heranziehung zum Unterhalt sowie die Steuerung des Einsatzes von Einkommen und Vermögen in der Sozialhilfe.

Referat Grundsatzfragen der Eingliederungshilfe SGB IX (SI 41)

Ausbilderin: Frau Gesche Emme Tel.: 428 63-3516 gesche.emme@soziales.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Das Referat nimmt ministerielle Aufgaben und die Regelung von Grundsatzangelegenheiten des Eingliederungshilfeträgers für alle Eingliederungshilfeleistungen SGB IX für Menschen mit Behinderungen wahr. Dazu gehört die Fachaufsicht bei der Umsetzung der genannten bundesrechtlichen Regelungen, der Erlass und die fachliche Kontrolle entsprechender landesrechtlicher Bestimmungen sowie die fachliche Steuerung des Durchführungsbereichs (das Fachamt Eingliederungshilfe des Bezirkes Wandsbek), insbesondere durch Fachanweisungen. In dem Referat werden darüber hinaus Vereinbarungen mit den Leistungserbringern geschlossen.

Referat Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, Vertragsrecht und Steuerung (SI 42)

Ausbilderin: Frau Sarah Mania Tel.: 428 63-2701 sarah.mania@soziales.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Das Referat setzt sich für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ein – eine wichtige Querschnittsaufgabe innerhalb der Hamburger Verwaltung. Dazu gehört auch die Verantwortung dafür, dass die UN-Behindertenrechtskonvention und das Hamburgische Behindertengleichstellungsgesetz in allen Behörden umgesetzt werden. Daher wird das Referat z.B. bei allen Gesetzesentwürfen mit Inklusions-Bezug beteiligt. Außerdem ist das Referat landes- und bundesweit in einem engen Austausch mit Akteuren aus Verwaltung und Zivilgesellschaft, um gemeinsam Ziele und Maßnahmen für den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erarbeiten. Zudem liegt in dem Referat die ministerielle Zuständigkeit für weitere Leistungen für Menschen mit Behinderung (Blindengeld, Soziales Entschädigungsrecht, Leistungen des Integrationsamtes). Ein weiteres Sachgebiet des Referats übernimmt sämtliche Aufgaben des Haushalts, des Vertragsrechts und des Controllings für die Abteilung SI 4.

Referat Integrationsamt (SI 44)

Ausbilderin: Frau Susanne Hüchtebrock, Tel.: 428 63-2832 susanne.huechtebrock@soziales.hamburg.de

Ausbildungsinhalte:

Die primäre Aufgabe des Integrationsamtes ergibt sich aus dem gesetzlichen Auftrag des SGB IX. Demnach nimmt das Integrationsamt insbesondere die Aufgaben der Förderung und Sicherung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben wahr. Dazu gehören neben den Leistungen an Arbeitgeber und schwerbehinderte Menschen, weitere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben, Leistungen an Integrationsfachdienste, Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen, Leistungen an Einrichtungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie Leistungen zur Durchführung von Forschungs- und Modellvorhaben zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben.

Die finanzielle Sicherstellung dieser Leistungen erfolgt ausschließlich aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe, das aus der vereinnahmten Ausgleichsabgabe gem. §§ 154, 155 i. V. m. § 160 SGB IX besteht und vom Integrationsamt bewirtschaftet wird.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration - Landesbetrieb Erziehung und Beratung Rechtsreferat
Ausbildungsleitung	Sybille Engler
Telefon, E-Mail:	42815-3072 Sybille.Engler@leb.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	Ein/e Referendar/in zur gleichen Zeit.
Rechtsgebiete:	Sozial- und Verwaltungsrecht, Datenschutzrecht, Zivilrecht, Personalrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen: Referat für Rechtsangelegenheiten

Der Landesbetrieb Erziehung und Beratung (LEB) ist der kommunale Jugendhilfeträger in Hamburg mit einer Vielzahl von stationären und ambulanten Angeboten. Unter anderem zählt auch der Kinder- und Jugendnotdienst dazu, welcher erste Hilfe für Kinder und Jugendliche in akuten sozialen Krisen leistet und hierbei auch jugendamtliche Aufgaben wahrnimmt.

Die Ausbildung im Rechtsreferat des LEB ermöglicht Ihnen einen detaillierten Einblick in die tägliche Arbeit von Juristinnen und Juristen eines staatlichen Jugendhilfeträgers. Hier sind vielfältige Aufgaben aus unterschiedlichen Rechtsgebieten zu bewältigen. Insbesondere der Sozialdatenschutz spielt in der juristischen Praxis eine erhebliche Rolle, daneben sind aber auch sozial- und verwaltungsrechtliche sowie eine Vielzahl an zivilrechtlichen Fragestellungen (u.a. aus dem Mietrecht, Schadensrecht und dem Personalrecht) zu bearbeiten.

Sie würden im Rahmen der stationären Ausbildung verschiedene Einzelfälle zur Bearbeitung erhalten, in denen u.a. Gutachten, behördeninterne Vermerke oder gerichtliche und außergerichtliche Schriftsätze zu entwerfen wären. Daneben würden Sie mit diversen Grundsatzangelegenheiten betraut werden. Auf diese Weise lernen Sie den Tätigkeitsbereich des hiesigen Rechtsreferats kennen

Ausbildungsstelle:
Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Landesbetrieb Erziehung und Beratung
Conventstraße 14
22089 Hamburg

Ausbildungsstelle: **Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft**

Ausbildungsleitung: Frau Dr. Nadine Bräuninger
(Amtsleitung Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen)

Telefon, E-Mail: 428 40-3010
nadine.braeuninger@bukea.hamburg

Referendarbetreuung: Frau Hilke Lutz
428 40-2788
hilke.lutz@bukea.hamburg.de

Ausbildungskapazität: Vier bis fünf Referendarinnen bzw. Referendare zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: s. u.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Amt Zentrale Aufgaben, Recht und Beteiligungen:

- ***Bundes- und Europaangelegenheiten***
 - Bundesratsverfahren und weitere Bundesangelegenheiten
 - überregionale Ministerkonferenzen sowie informelle Bund-Länder Zusammenarbeit
 - EU-Rechtssetzung einschließlich Subsidiaritätsverfahren
 - EU-Förderprogramme
 - Internationales einschließlich Städtepartnerschaften
- ***Umweltrecht***
 - Abfallrecht
 - Abwasserrecht
 - Agrarrecht
 - Bodenschutzrecht
 - Chemikalienrecht
 - Grünanlagenrecht
 - Gentechnikrecht
 - Immissionsschutzrecht
 - Naturschutzrecht
 - Schornsteinfegerrecht
 - Wasserrecht
 - fachübergreifendes Umweltrecht

Amt Energie und Klima:

- ***Energierrecht und städtische Energiepolitik***
 - Energiepolitik und Grundsatzaufgaben / ministerielle Angelegenheiten im Bereich Energie und Klima
 - Landesrechtssetzung im Bereich Energie- und Klima
 - Mitwirkung an der Rechtsetzung des Bundes und der EU im Bereich Energie- und Klima;
 - Energie- und klimaschutzrechtliche Beratung (intern), u.a.
 - Hamburgisches Klimaschutzgesetz
 - Energiewirtschaftsrecht

-
- Erneuerbare Energien Gesetz
 - Gebäudeenergierecht
 - Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz und Energieverbrauchsrelevante Produkte Gesetz
 - Energieregulierung- und –aufsicht (Landesenergieregulierungsbehörde)
 - Förderprogramme im Bereich Energie und Klima

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung der Referendarinnen und Referendare umfasst die Erarbeitung rechtlicher Stellungnahmen zu Einzelfällen der Fachbehörde, Organisationstätigkeiten, Recherche und adressatengereichte Aufbereitung von Themen, die Bereitstellung von Informationen als Grundlage für Entscheidungen und Beratung der Behördenleitung und Fachämter sowie für die Zusammenarbeit mit anderen Hamburger Behörden und überregionalen Einrichtungen, Institutionen und Organisationen. Dies kann insbesondere im Kontext mit der Bearbeitung von Senats- und Bürgerschaftsdrucksachen, parlamentarischen Anfragen sowie Bundes- und Europaangelegenheiten (Bundesratsverfahren und weitere Bundesangelegenheiten; insbesondere Ministerkonferenzen und Bund-Länder-Gremien einschließlich der politischen Abstimmung) stehen.

Sie lernen dabei die vielfältigen Strukturen der Verwaltung auf Hamburger sowie auf Bundes- und Europaebene kennen und gewinnen Einblicke in aktuelle Themen und Aufgaben des Umwelt- und Klimaschutzes sowie des Energie- und Agrarrechts.

Sie lernen - abhängig von der jeweiligen Geschäftslage - Gesetzgebungsverfahren aus dem Zuständigkeitsbereich der Ausbildungsstelle kennen und wirken bei der rechtlichen Beratung, der ministeriellen Aufgabenbewältigung des Amtes und in Einzelfällen auch bei dem Erlass von Verwaltungsakten und bei der Bearbeitung von Widersprüchen gegen Verwaltungsakte der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) sowie bei der Vertretung der Behörde vor Gericht sowie ggf. bei der Rechtsaufsicht mit.

Sonstiges:

Für den gesamten Ausbildungszeitraum werden Sie einer Abteilung und dort in der Regel einer Ausbilderin bzw. einem Ausbilder zugewiesen. Sie haben die Möglichkeit, u.a. in den Datenbanken von Juris und Beck-online zu recherchieren. Außerdem steht Ihnen eine an den Aufgaben der BUKEA orientierte, gut sortierte Bibliothek zur Verfügung.

Von Bewerberinnen und Bewerbern erwarten wir ein vertieftes Interesse an den inhaltlichen Aufgabenstellungen und an der Lösung anspruchsvoller juristischer Aufgaben. Eigeninitiative sowie Fähigkeit und Neigung, die zu beurteilenden Sachverhalte selbst zu recherchieren, setzen wir voraus.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Ausbildungsleitung:	Dr. Friederike Mechel, LL.M. (Leiterin des Bereiches Recht im Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen)
Telefon:	428 40-3013
E-Mail:	friederike.mechel@bsw.hamburg.de
Referendarbetreuung:	Frau Hilke Lutz 428 40-2788 hilke.lutz@bukea.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	variabel
Rechtsgebiete	s. u.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Amt für Verwaltung, Recht und Beteiligungen:

- ***Bauordnung und Städtebau***

Bauordnungsrecht; Recht der Bauleit- und Landschaftsplanung; Kataster- und Vermessungsrecht; Personalrecht; Verfassungsrecht; Verwaltungsorganisations- und allgemeines Verwaltungsrecht; BID-Gesetz; Marktüberwachung von Bau- und energieverbrauchsrelevanten Produkten; Transparenzrecht

- ***Integrierte Stadtteilentwicklung***

Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung / Städtebauförderung und besonderes Städtebaurecht: Sanierung, Erhebung von sanierungsbedingten Ausgleichsbeträgen, Stadtumbau, Soziale Stadt, Städtebauliche Gebote, Soziale Erhaltungsverordnung.

- ***Bodenordnung***

Bodenordnung durch Umlegung und vereinfachte Umlegung einschließlich zivilrechtlicher Vertragsangelegenheiten, Besonderes Städtebaurecht: Vorbereitende Untersuchungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, Rechtsfragen rund um das Thema Bodenpolitik.

Ausbildungsinhalte:

Die Ausbildung der Referendarinnen und Referendare umfasst die Erarbeitung rechtlicher Stellungnahmen zu Einzelfällen aus der Praxis der Fachbehörde und der Bezirksverwaltungen, Organisationstätigkeiten, Recherche und Aufbereitung von Themen, die Bereitstellung von Informationen als Grundlage für Entscheidungen und Beratung der Behördenleitung und Fachämter sowie für die Zusammenarbeit mit anderen Hamburger Behörden und überregionalen Einrichtungen, Institutionen und Organisationen. Sie lernen dabei die vielfältigen Strukturen der Verwaltung auf Hamburger, auf Bundes- und Europaebene kennen und gewinnen Einblicke in aktuelle Themen und Aufgaben der Stadtentwicklung in Hamburg und überregional.

Sie lernen - abhängig von der jeweiligen Geschäftslage - Gesetzgebungsverfahren aus dem Zuständigkeitsbereich der Ausbildungsstelle kennen und wirken bei der rechtlichen Beratung, der ministeriellen Aufgabenbewältigung des Amtes und in Einzelfällen auch bei dem Erlass von Verwaltungsakten und bei der Bearbeitung von Widersprüchen gegen Verwaltungsakte

der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) sowie bei der Vertretung der Behörde vor Gericht sowie ggf. bei der Rechtsaufsicht mit.

Sonstiges:

Für den gesamten Ausbildungszeitraum werden Sie einer Abteilung und dort in der Regel einer Ausbilderin bzw. einem Ausbilder zugewiesen. Sie haben die Möglichkeit, u.a. in den Datenbanken von Juris und Beck-online zu recherchieren. Außerdem steht Ihnen eine an den Aufgaben der BSW orientierte, gut sortierte Bibliothek zur Verfügung.

Von Bewerberinnen und Bewerbern erwarten wir ein vertieftes Interesse an den inhaltlichen Aufgabenstellungen und an der Lösung anspruchsvoller juristischer Aufgaben. Eigeninitiative sowie Fähigkeit und Neigung, die zu beurteilenden Sachverhalte selbst zu recherchieren, setzen wir voraus.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Wirtschaft und Innovation	
	Amt W	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft
	WA 1	Außenwirtschaft
Ausbilderin:	Frau Britta Puchert	
Telefon:	428 41-2225 (bevorzugt per E-Mail)	
E-Mail:	britta.puchert@bwi.hamburg.de	
Fax:	427 941-361	
Ausbildungsleitung:	Herr Klebe	Tel. 428 41-1807
Referendarbetreuung	Frau Fahrenkrog	Tel. 428 41-3065
Ausbildungskapazität:	ein - zwei Referendare/-innen	
Rechtsgebiete:	Außenwirtschaftsrecht, internationale Wirtschaftsbeziehungen	

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

s. o.

Ausbildungsinhalte:

- Recht internationaler Organisationen
- Außenwirtschaftsrecht
- Ausländerrecht (geringer Umfang)
- Protokollaufgaben, wie z. B. die Vorbereitung und Begleitung von ausländischen Besucherdelegationen, Senatsempfängen, internationalen Wirtschaftstagen.
- Fertigung von Entscheidungsvorlagen und Redeentwürfen für die politische Leitung.
- Mitarbeit an der Planung von Reisen der politischen Leitung.

Unabdingbar erforderlich sind profunde Kenntnisse der englischen Sprache.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Wirtschaft und Innovation	
	Amt W	Amt Wirtschaftsförderung, Norddeutsche Zusammenarbeit, Außen-, Agrar- und Tourismuswirtschaft Abteilung Internationale Wirtschaftsbeziehungen
	WA 2	Europäische Union
Ausbilderin:	Frau Messerschmidt	
Telefon:	428 41-1441	
E-Mail:	Carolin.Messerschmidt@bwi.hamburg.de	
Raum:	B 1.038	
Ausbildungsleitung:	Herr Klebe	Tel. 428 41-1807
Referendarbetreuung	Frau Fahrenkrog	Tel. 428 41-3065
Ausbildungskapazität:	ein - zwei Referendare/-innen	
Rechtsgebiete:	EU-Fragen mit Wirtschaftsbezug	

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Europarechtsfragen einschließlich Fragen des gemeinschaftlichen Beihilfenrechts
- EU-Verkehrs- und Hafensfragen
- EU-Fördermittel
- Zollpolitik und Zollrecht

Ausbildungsinhalte:

s. o.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Wirtschaft und Innovation Amt I Hafen und Innovation
	IT3 Umweltbezogene Wirtschaftspolitik und alternative Antriebe
Ausbilder:	Frau Nele Lisa Saupe
Telefon:	428 41-1749
E-Mail:	It3@bwi.hamburg.de
Raum:	B.5.020
Ausbildungsleitung:	Herr Klebe Tel. 428 41-1807
Referendarbetreuung	Frau Fahrenkrog Tel. 428 41-3065
Ausbildungskapazität:	ein - zwei Referendare/-innen
Rechtsgebiete:	Umweltrecht (insbesondere Abfall-, Wasser-, Immissionsschutzrecht), Energierecht, Klimaschutz, technischer Arbeitsschutz (Chemikalienrecht, Arbeitsschutzrecht) auf EU-, Bundes- und Landesebene, Fragen rund um die Themen Wasserstoff sowie alternative Antriebe und Kraftstoffe, hier u.a. Rechtsfragen der Elektromobilität.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

siehe Rechtsgebiete

Ausbildungsinhalte:

- Fertigung von Gutachten und Stellungnahmen in den oben genannten Rechtsgebieten
- Mitwirkung an der Gesetzgebung durch das Erstellen von Stellungnahmen und Anträgen, Bearbeitung von Senats- und Bundesratsdrucksachen
- Mitwirkung an der Schnittstelle Wirtschaft, Politik und Verwaltung, Beratung von Verbänden und Unternehmen
- Bearbeitung von aktuellen Themen der Umwelt- und Energiepolitik, Fertigung von Gesprächsvorbereitungen und Reden für die Behördenleitung
- Vorbereitung von und Teilnahme an Besprechungen mit anderen Dienststellen und Unternehmen
- Einblick in ministerielle Tätigkeiten; keine eigenständigen Verwaltungsakte oder Widerspruchsverfahren

Bei Interesse melden Sie sich gern per E-Mail oder telefonisch.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Wirtschaft und Innovation Amt V Verkehr und Straßenwesen
	<i>VM 2 Luftverkehrsreferat</i>
Ausbilder:	Frau Dr. Judith Reuter
Telefon:	428 41-3650
E-Mail:	judith.reuter@bwi.hamburg.de
E-Fax:	4279-41239
Ausbildungsleitung:	Herr Klebe Tel. 428 41-1807
Referendarbetreuung	Frau Fahrenkrog Tel. 428 41-3065
Ausbildungskapazität:	ein - zwei Referendare/-innen
Rechtsgebiete:	Luftverkehrsrecht, Planfeststellungs- und Plangenehmigungsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Europarecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Die Referendarausbildung erfolgt in allen das Luftverkehrsreferat betreffenden Aufgabenfeldern, d. h. dem Planungsrecht, den luftverkehrsrechtlichen Genehmigungsverfahren, den sicherheitsrechtlichen Verfahren etc.

Die Referendarinnen und Referendare werden dem Bereich Luftverkehrsrecht zugeordnet und vom Referatsleiter ausgebildet.

Ausbildungsinhalte:

Neben den fachlichen Aufgaben des Luftverkehrsreferates erhalten die Referendarinnen und Referendare Einblick in die ministerielle Arbeit wie z. B. Rechtssetzungsangelegenheiten, die Er- und Bearbeitung von Senats- und Bundesratsdrucksachen etc. Zudem nehmen sie im Rahmen ihrer Aufgaben u.a. an Terminen am Flughafen oder dem Werksflugplatz Finkenwerder teil.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Innovation**
Amt I Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen
IH 41 Schiffahrt

Ausbilderin: Frau Felicitas Hofmann-Ivens
Telefon: 428 41-1850
E-Mail: Felicitas.Hofmann-Ivens@bwi.hamburg.de
E-Fax: 427 941-887
Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 428 41-1807
Referendarbetreuung: Frau Fahrenkrog Tel. 428 41-3065
Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in
Rechtsgebiete: Rechtsfragen im Bereich Hafen- und Schifffahrtsrecht, EU-Recht, internationales Schifffahrts- und Seerecht und Konventionen (IMO, UNO).

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

siehe Rechtsgebiete

Ausbildungsinhalte:

Neben den fachlichen Aufgaben erhalten die Referendarinnen und Referendare Einblick in die ministerielle Arbeit wie z. B. Rechtssetzungsangelegenheiten, die Er- und Bearbeitung von Senats- und Bundesratsdrucksachen etc. Zudem wird den Referendarinnen und Referendaren Gelegenheit gegeben, an Gesprächen und Terminen teilzunehmen, um so einen Einblick in die Praxis der Verwaltung zu bekommen.

Ausbildungsstelle:	Behörde für Wirtschaft und Innovation Stabsstelle Wasserstoffwirtschaft
	<i>Referat SW 1: Stabsstelle Wasserstoffwirtschaft</i>
Ausbilder:	Herr Rüdiger Hintze
Telefon:	428 41-1861
E-Mail:	ruediger.hintze@bwi.hamburg.de
E-Fax:	+49 40 4279-41806
Ausbildungsleitung:	Herr Klebe Tel. 428 41-1807
Referendarbetreuung	Frau Fahrenkrog Tel. 428 41-3065
Ausbildungskapazität:	2 - 3 Referendar*innen
Rechtsgebiete:	<ul style="list-style-type: none">• Rechtssetzungen, die für die Industrie oder für einzelne Industrien (s.u. Ausbildungsinhalte) relevant sind• Rechtsfragen im Rahmen der Gestaltung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften und Netzwerken• Vertragsbeziehungen zu privaten Dienstleistern• Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht, Beihilfe- und Vergaberecht, Zivilrecht, insbes. Unternehmensrecht

Ausbildungsinhalte:

Aufgabe der Stabsstelle Wasserstoffwirtschaft ist es, den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft in Hamburg zu unterstützen. Eine sich selbst tragende Wasserstoffwirtschaft ist notwendig zur Dekarbonisierung von Industrie, Schwerlastverkehren und des Hafens. Ein Überblick über die Aufgaben der Stabsstelle findet sich hier: [Stabsstelle Wasserstoffwirtschaft - hamburg.de](https://www.bwi.hamburg.de/stabsstelle-wasserstoffwirtschaft-hamburg).

Die Stabsstelle vernetzt sowohl innerhalb des Senats und zu Landes- und zur Bundesregierung. Die Stabsstelle vernetzt aber auch Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft, auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Sie begleitet große vernetzte Projekte von Hamburger Partner*innen.

Die Verwaltungsstation ist geprägt vom Tagesgeschäft der Stabsstelle, das sich auf alle Instrumente einer modernen, vernetzt agierenden Verwaltung bezieht. Rechtsfragen stellen sich insofern nicht nur aus dem Verwaltungsrecht, sondern aus allen Rechtsgebieten, die die Partner Hamburgs beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft betreffen.

Sonstiges: Wegen der Spezifika der Verwaltungsstation bei uns hat sich ein vorheriges persönliches Gespräch im beiderseitigen Interesse sehr bewährt. Ich freue mich auf Ihre Kontaktaufnahme.

Ausbildungsstelle: **Behörde für Wirtschaft und Innovation**
Amt R Rechtsamt

RO *Wirtschaftsordnung, Berufszugangsrecht, Mess- und Eichwesen*

Ausbilderin: Frau Dorothea Werk-Dorenkamp
Telefon: 428 41-1379
E-Mail: dorothea.werk-dorenkamp@bwi.hamburg.de
Fax: 428 41-1598
Ausbildungsleitung: Herr Klebe Tel. 428 41-1807
Referendarbetreuung: Frau Fahrenkrog Tel. 428 41-3065
Ausbildungskapazität: ein - zwei Referendare/-innen
Rechtsgebiete: Gewerbe-, Handwerksrecht, Ladenschlussrecht, Industrie- und Handelskammerrecht; Mess- und Eichwesen; Bekämpfung Schwarzarbeit

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

verfahrenstypische Aktivitäten außer Widerspruchsbescheiden in o.g. Gebieten

Ausbildungsinhalte:

- Mitwirkung an Gesetzgebungsprozessen auf den o.g. Rechtsgebieten sowie deren Entscheidungsfindung in Bund und Ländern;
- Steuerung des Verwaltungsvollzugs in Hamburg auf o.g. Gebieten;
- Umsetzung Rechtsaufsicht über Handels- und Handwerkskammer Hamburg

Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres und Sport**
- Amt für Innere Verwaltung und Planung -
*Abteilung A 2 - Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten,
Landeswahlamt*

Ausbildungsleitung: Frau Dr. Maike Steenbock

Telefon: 040 428 39-4820
E-Mail: maike.steenbock@bis.hamburg.de

Ausbildungskapazität: Ein/e Referendar/in

Rechtsgebiete: Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten sowie Grundsatzangelegenheiten des Waffenrechts, der Statistik, der Glücksspielaufsicht, des Melde-, Pass- und Personalausweisrechts, des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts, des Datenschutzrechts und des Wahlrechts

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Referat A 22 – Einwohner- und Personenstandswesen
Referat A 23 – Landeswahlamt
Referat A 24 – Allgemeines Justitiariat, Glücksspielaufsicht
Referat A 25 – Grundsatzangelegenheiten des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts
Fachliche Leitstelle – Nationales Waffenregister (FL NWR)

Ausbildungsinhalte:

- Unterstützung bei Stellungnahmen zu Rechtsetzungsvorhaben des Bundes, der Länder und anderer Behörden
- Erstellung von Antwortentwürfen zu Parlamentarischen Anfragen, Stellungnahmen zu Eingaben an die Bürgerschaft
- Bearbeiten von rechtlichen Grundsatzfragen
- Erstellung von Entscheidungsvorlagen und Info-Vermerke an die Behördenleitung
- Teilnahme an behördeninternen Besprechungen
- ggf. in Teilbereichen auch die Durchführung von Widerspruchsverfahren und die Begleitung von Klageverfahren.
- und vieles mehr...

Hinweis: Es besteht auch die Möglichkeit, die Verwaltungsstation referatsübergreifend nach individueller Absprache zu gestalten.

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres und Sport**
- Amt für Innere Verwaltung und Planung -
Grundsatzangelegenheiten der Straßenverkehrs-Ordnung, der Verkehrssicherheit und –Überwachung
Referat: Straßenverkehrsordnung
- Ausbildungsleitung: Herr Matthias Dummer
- Telefon, E-Mail, Fax: 428 39-2866
- Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in
- Rechtsgebiete: Straßenverkehrsrecht, insbesondere StVO

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- StVO
- Allgemeines Verwaltungsrecht
- tlw. OWiG, FeV, StGB, StVZO, FahrIG, BImSchG

Ausbildungsinhalte:

- Ministerielle und Grundsatzangelegenheiten der StVO und straßenverkehrsbehördlichen Arbeit einschließlich der Auswirkungen der Umweltschutzgesetzgebung auf den Straßenverkehr
- Verfolgung des ministeriellen Schriftverkehrs, Erarbeitung der Position Hamburgs
- Teilnahme an der Rechtsetzung und Rechtsfortbildung durch eigene Gesetzes- oder Verordnungsvorschläge oder Begleitung fremder Initiativen
- Erfahrungsaustausch mit Bund und Ländern und Umsetzung von Rechtsänderungen sowie Inanspruchnahme der Kompetenzen als oberste Landesbehörde im Wege von Weisungen, Zustimmungen oder Genehmigungen zur Gewährleistung einer einheitlichen fachlichen Arbeit und Rechtsanwendung
- Erarbeitung von behördeneigenen Zielen, Initiativen, Planungen oder Handlungsvorschlägen zur Verkehrsgestaltung bzw. Mitarbeit an solchen Aktivitäten, die von anderen Behörden ausgehen
- Stellungnahme zu Beratungspunkten von Senat, Bürgerschaft, Senatskommissionen und Fachministerkonferenzen
- Stellungnahme zu BR- und Senatsdrucksachen
- Antwortentwürfe zu Großen und Kleinen Anfragen, Stellungnahme zu Eingaben an die Bürgerschaft, Beantwortung von Anfragen/Stellungnahme zu Anfragen aus der Bezirksverwaltung
- Bearbeiten von Eingaben und Beschwerden zu grundsätzlichen Fragen und Problemen
- Entscheidungsvorlagen und Info-Vermerke an die Behördenleitung
- Begleitung herausragender Einzelplanungen auf dem Gebiete des Straßenverkehrs, Vertretung der Behörde in Planungen bzw. Planverfahren von besonderer Bedeutung einschließlich Koordinierung der Belange anderer Ämter

- Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres und Sport**
- Amt für Innere Verwaltung und Planung -
Abteilung für Öffentliche Sicherheit, Brand- und Bevölkerungsschutz
Referat: Gesetzgebung, Rechts- und Grundsatzangelegenheiten
- Ausbildungsleitung: Frau Cornelia Schroeder-Piller
- Telefon, E-Mail, Fax: 428 39-3768
cornelia.schroeder-piller@bis.hamburg.de
4279-39268
- Ausbildungskapazität: zwei Referendare zur gleichen Zeit
- Rechtsgebiete: Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Vereins- und Versammlungsrecht, Recht der Feuerwehr und des Rettungsdienstes, Katastrophenschutzrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Grundsätzlich in allen o.g. Rechtsgebieten. In der Regel wird eine Beschränkung auf ein einzelnes Gebiet nicht möglich sein

Ausbildungsinhalte:

1. Aufgaben im Bereich justizieller Aufgabenerledigung:

- Rechtliche Beratung der Polizei und der Feuerwehr in Einzelfällen
- Rechtliche Beratung und Vorlagen für die Amts- und Behördenleitung
- Bearbeitung von Bürgeranfragen
- Durchführung von Widerspruchsverfahren
- Unterstützung bei der Führung von Prozessen
- Bearbeitung von Schadensersatz-, Entschädigungs- und Regressansprüchen
- Erstellung, Prüfung und Abstimmung von Vertragsentwürfen und von Verträgen

2. Aufgaben im Bereich ministerieller Aufgabenerledigung:

- Unterstützung bei Stellungnahmen zu Rechtsetzungsvorhaben des Bundes (Bundestag, Bundesregierung), der Länder (insb. Bundesrat) und anderer Behörden
- Unterstützung bei Erstellung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen der Behörde für Inneres und Sport
- Unterstützung bei Stellungnahmen zu rechtlichen Grundsatzfragen gegenüber Bund und Ländern sowie bei Vorbereitung von Sitzungen und Besprechungen länderübergreifender Gremien, insb. für die Innenministerkonferenz und ihre Arbeitskreise

3. Sonstiges:

- Möglichkeit zu beobachtender Teilnahme im Zuständigkeitsbereich, insbesondere der wahrzunehmenden Aufgaben des Referats (Teilnahme an Besprechungen), des Rettungsdienstes (Hospitation auf einem Rettungswagen) sowie der Entscheidungsprozesse der Behördenleitung (Teilnahme an Sitzungen der Deputation und des Innenausschusses der Bürgerschaft).

Ausbildungsstelle: **Behörde für Inneres und Sport**
- Polizei -
Justizariat / J

Ausbildungsleiter: Leiter Justiziariats: Herr Ralf Ackermann
Anschrift: Polizei Hamburg
Justizariat / J
Herrn Ralf Ackermann
Bruno-Georges-Platz 1
22297 Hamburg

Tel.: 4286-69300
Fax: 4286-69309
E-Mail: justizariat@polizei.hamburg.de

Ausbildungsbereiche:

J 11: Hochschul-, Prüfungs-, Laufbahn- und Dienstunfallrecht

J 12: Öffentliches Dienstrecht (Arbeits-, Beamten-, Disziplinar- und Schadensersatzrecht)

J 131: Straßenverkehrs-, Vergabe- und Zivilrecht

J 132: Öffentliches Recht (insb. Gebühren und Kosten, Türöffnungen und Strafanträge)

J 21: Strafrecht, Versammlungsrecht, Gefahrenabwehr

J 22: Datenschutzrecht, Erkennungsdienstliche Behandlung

J 23: Hafen-, Schifffahrts-, Fahrgut- und Ordnungswidrigkeitenrecht

J 4: Waffenrechtliche Angelegenheiten, zentrales Waffenregister

Das Justizariat der Polizei bildet jährlich zwischen 12 und 15 Referendarinnen und Referendare im Rahmen von Verwaltungs-, Vertiefungs- und Wahlstationen aus.

Neben der rein juristischen Ausbildung besteht die Möglichkeit, den polizeilichen Alltag im Rahmen einer jeweils eintägigen Hospitation bei einigen anderen Dienststellen kennen zu lernen.

Ausbildungsstelle:	Finanzbehörde (ohne Steuerverwaltung) Interner Service und Steuerung, Personalabteilung
Ausbildungsleitung:	Frau Kerstin Clausen
Telefon, E-Mail, E-Fax:	428 23-2523 kerstin.clausen@fb.hamburg.de 4279-23458
Bewerbungen an:	fbpraktika@fb.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	Ca. 16 Ausbildungsplätze pro Jahr
Rechtsgebiete:	Je nach Einsatzbereich: Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsvollstreckungsrecht, Vergaberecht, Enteignungsrecht, Beitrags- und Gebührenrecht, Organisationsrecht, Liegenschaftsrecht, Versicherungsrecht, Verwaltungsorganisationsrecht, Arbeits- und Personalvertretungsrecht, Haushaltsrecht, Gesellschaftsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- I. Interner Service und Steuerung, Rechtsabteilung
- II. Grundsatzangelegenheiten der Organisation, Verwaltungsmodernisierung
- III. Grundsatzangelegenheiten für Vergaberecht und Gebühren, Vergabekammer, Enteignungsbehörde
- IV. Vermögens- und Beteiligungsmanagement
- V. Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen
- VI. Haushalt und Aufgabenplanung, Haushaltsrecht

Ausbildungsinhalte:

Die Finanzbehörde bildet Referendarinnen und Referendare vor allem in der Verwaltungs-, Vertiefungs- und Wahlstation des juristischen Vorbereitungsdienstes aus.

Unter den elf hamburgischen Fachbehörden hat die Finanzbehörde aufgrund ihrer Querschnittsfunktion besondere Bedeutung. U. a. stellt sie für die Stadt den Haushalts- und den Finanzplan auf, beaufsichtigt die öffentlichen Unternehmen und managt den städtischen Grundbesitz. Als oberste Landesfinanzbehörde ist sie direkt an der gesamten Steuergesetzgebung beteiligt. Darüber hinaus nimmt sie verschiedene Serviceaufgaben für die gesamte hamburgische Verwaltung wahr (z. B. Vollstreckungszentrale, Zentraler Einkauf). Im Prozess der Verwaltungsmodernisierung hat die Finanzbehörde eine Schlüsselfunktion.

Sie werden Gelegenheit haben, neben Ihrem konkreten Einsatzbereich auch andere Ämter der Finanzbehörde kennenzulernen, an Besprechungen und Sitzungen (u.a. der Kommission für Bodenordnung und der Enteignungsbehörde) teilzunehmen und Aktenvorträge zu halten. Sie erwarten sehr gute Arbeitsbedingungen. Die Bücherei der Finanzbehörde ist mit umfassender juristischer Literatur ausgestattet. Ein Bildschirmarbeitsplatz nebst Zugang zu juristischen Datenbanken steht Ihnen regelmäßig zur Verfügung. Gesucht werden potentielle Nachwuchskräfte, die angesichts der vielfältigen Aufgaben der Finanzbehörde gern herausgefordert sind, sich in immer neue Rechtsgebiete einzuarbeiten und für die überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft selbstverständlich ist.

Die Ausbildungsmöglichkeiten der Steuerverwaltung werden in einer gesonderten Übersicht dargestellt.

I. Interner Service und Steuerung, Rechtsabteilung:

In der Rechtsabteilung erwarten Sie wegen des Querschnittcharakters der Finanzbehörde sehr abwechslungsreiche Tätigkeiten quer durch alle Rechtsdisziplinen.

Die Rechtsabteilung berät die einzelnen Fachbereiche sowie die Behördenleitung in allgemeinen Rechtsfragen, vertritt die Finanzbehörde vor den Gerichten und übt die Rechtsaufsicht über die Kasse.Hamburg aus. Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit werden vergabe- und vollstreckungsrechtliche sowie personal- und personalvertretungsrechtliche Fragestellungen sein.

Bei Interesse können Sie sich auch darin üben, Widerspruchsbescheide zu entwerfen.

II. Grundsatzangelegenheiten der Organisation, Verwaltungsmodernisierung

Die Abteilung bietet vielseitige behördenübergreifende Aufgabenstellungen zur Aufbau- und Ablauforganisation, zum Organisationsrecht, sowie zum inneren Dienstbetrieb. Aber auch viele Themen der Verwaltungsmodernisierung und des Bürokratieabbaus sind neben betriebswirtschaftlichen Grundsatzfragen weitere Schwerpunkte. Mit zwei hier verankerten Hamburg weiten Projekten werden Optimierungspotentiale der Stadt gehoben: Das Projekt zur Konzentration des Einkaufs hat mit einer neuen Einkaufsstruktur und dem Angebot eines Webshops die Beschaffungsvorgänge stark vereinfacht; die Standards eines einheitlichen und professionellen Projektmanagements werden im Projekt Wissenscenter mit zahlreichen Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen in alle Behörden der Stadt vermittelt. Der Einkauf und die Organisation von behördenübergreifenden Post- sowie Reisedienstleistungen sowie die Förderung der E-Mobilität werden neben dem Betrieblichen Vorschlagswesen federführend betreut. Schließlich werden auch Themen wie z.B. Sponsoring, Behördenfinder, Telearbeit und die Nutzung von Dienstfahrzeugen hier fachlich verantwortet. In diesem breiten Themenspektrum ist die Abteilung in die Bearbeitung von Senatsdrucksachen und Schriftlichen Kleinen oder Großen Anfragen eingebunden und kann breite Einsicht in die Themenvielfalt der öffentlichen Verwaltung bieten.

III. Vergaberecht, Gebühren, Vergabekammer, Enteignungsbehörde

Zunächst ist die Abteilung ministeriell zuständig für das **Vergaberecht** und das **Gebührenrecht**. In dieser Funktion wirkt sie für die Freie und Hansestadt Hamburg an der Rechtsetzung des Bundes und der Europäischen Union mit und erarbeitet die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Landes in diesen Rechtsgebieten. Dadurch erhalten Sie Einblicke in das Zusammenspiel von EU-, Bundes- und Landesrecht. Als Grundsatzabteilung werden zudem Beratungsfunktionen gegenüber anderen Behörden in komplexen Rechtsfragen mit Hamburg weiter Bedeutung wahrgenommen, die Ihnen einen guten Überblick über das Verwaltungswesen bieten. Regelmäßig können Sie durch die Bearbeitung von Anfragen und Ersuchen der Bürgerschaft auch das Verhältnis von Exekutive und Legislative kennenlernen.

Darüber hinaus sind der Abteilung zwei gerichtsähnliche Spruchkörper zugeordnet, deren Mitglieder unabhängig und weisungsfrei entscheiden.

Die **Vergabekammer** ist die erste Rechtsinstanz für einen Bieter im Vergabeverfahren zur Geltendmachung behaupteter Vergaberechtsverletzungen. Als Referendarin/Referendar können Sie an einem laufenden Nachprüfungsverfahren aktiv

mitwirken, indem Sie etwa die Verhandlung anhand der Schriftsätze der Verfahrensbeteiligten vorbereiten, die Verfahrensleitung von der Ladung bis zur Akteneinsichtsgewährung begleiten, an der mündlichen Verhandlung teilnehmen und den Beschlussentwurf für die Kammer fertigen. Da der Sonderrechtsweg Aspekte des Zivil- und Verwaltungsprozesses mit dem Verwaltungsverfahren vereint, werden Ihnen die jeweiligen Gemeinsamkeiten und Unterschiede veranschaulicht.

Die **Enteignungsbehörde** wird für den Senat bei allen Enteignungen in Hamburg als ministerielle Instanz tätig und entscheidet auf Antrag des Begünstigten über Fragen der vorläufigen Besitzeinweisung, der Enteignung und der Entschädigungsleistung. Auch die Verfahren vor der Enteignungsbehörde sehen regelhaft eine mündliche Verhandlung und die Entscheidung durch Beschluss vor und bieten Ihnen vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten in dem gerichtähnlichen Verfahren rund um die enteignungs- und sachenrechtlichen materiellen Fragestellungen.

IV. Vermögens- und Beteiligungsmanagement:

Im Vermögens- und Beteiligungsmanagement werden Sie u.a. mit Angelegenheiten aus dem Gesellschaftsrecht (betreffend öffentliche Unternehmen sowohl in öffentlich-rechtlicher als auch in privater Rechtsform), Verfassungs- und Parlamentsrecht, Bilanz- und Haushaltsrecht, dem öffentlichen Organisationsrecht, Bankenrecht sowie mit europäischem Beihilfenrecht betraut.

In Hamburg arbeiten ca. 62.000 Menschen in öffentlichen Unternehmen, deren Umsätze zusammen rund 9,23 Mrd. Euro betragen und die über ein Eigenkapital von etwa 10 Mrd. Euro verfügen. Die Einflussnahme der FHH auf die Geschäftsführung und die Steuerung erfolgt primär über die Aufsichtsräte der Unternehmen, wobei zunächst nur die jeweils zuständige Fachbehörde im Rahmen des Verantwortungsmodells die mit der Beteiligung verfolgten Interessen konkretisiert, die Entwicklung der Unternehmen unter fachlichen wie wirtschaftlichen Aspekten verfolgt und den Mandatsträgern die Interessen der FHH aufgibt.

Die Finanzbehörde hat diese Fachbehörden-Funktion vor allem bei den Unternehmen der Kredit- und Immobilienwirtschaft, den Glücksspielunternehmen, bei der städtischen Konzernholding, der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) sowie bei der hsh finanzfonds AöR und der hsh portfoliomanagement AöR. Bei einigen wirtschaftlich bedeutenden Unternehmen besteht eine gemeinsame Steuerung durch Fachbehörde und Finanzbehörde (erweitertes Verantwortungsmodell).

Über diese „laufenden Angelegenheiten“ hinaus ist das Beteiligungsmanagement häufig mit der Optimierung des Beteiligungsportfolios betraut bzw. vielfach in Projekten engagiert. Hierzu zählen: Verselbstständigungen von Verwaltungseinheiten, Gründung neuer öffentlicher Unternehmen, teilweise oder vollständige Privatisierung, Fusionen mehrerer Unternehmen, Fortentwicklung von Geschäftsmodellen der Unternehmen. Die Finanzbehörde ist darüber hinaus Assistenzeinheit des Senats und formuliert insofern unternehmensübergreifend einheitliche Vorgaben für das Beteiligungsmanagement aller Behörden.

Kernaufgabe des Vermögensmanagements (Abteilung 33) ist es, den Liquiditätsbedarf der FHH zu marktgerechten Konditionen sicherzustellen und die Höhe der Zinsausgaben zu optimieren. Weiterhin hat die Abteilung folgende Aufgaben: Kredit- und Liquiditätsmanagement, Geld- und Kapitalmarkt, Derivate und Collateralmanagement, Finanzierungsberatung, Fiskuserbschaften, Darlehensverwaltung, Bürgschaften und Sicherheitsleistungen, Rechtsangelegenheiten des Vermögensmanagement.

V. Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen:

Der Landesbetrieb ist der zentrale Ansprechpartner bei der FHH, wenn es um Grundstücksangelegenheiten geht.

Die rechtlichen Einsatzgebiete sind sehr vielfältig und umfassen sowohl privates als auch öffentliches Recht: Sie können hier Gesetzgebungsverfahren mit liegenschaftlichem Bezug begleiten, an der rechtlichen Beratung beim Abschluss von Grundstücksverträgen und bei der Ausübung von gesetzlichen Vorkaufsrechten mitwirken, an Enteignungsverfahren als Antragsteller sowie an Entscheidungen über Planungsschäden teilnehmen. In praktischer Hinsicht gibt es sowohl klassische Verwaltungstätigkeiten, wie das Fertigen von Widerspruchsbescheiden und Führen von Gerichtsverfahren in denen Sie eingesetzt werden können, als

auch Beratung der Fachbereiche oder der Geschäftsführung in rechtlichen Angelegenheiten. Referendarinnen und Referendaren wird die Möglichkeit gegeben, schwerpunktmäßig in den Bereichen ihres Interesses tätig zu sein.

VI. Haushalt und Aufgabenplanung, Haushaltsrecht:

Das Amt Haushalt und Aufgabenplanung stellt den Haushaltsplan und den mittelfristigen Finanzplan der Freien und Hansestadt Hamburg auf und rechnet den Haushaltsplan ab (Haushaltsrechnung einschließlich Jahres- und Konzernabschluss). Zu den wichtigsten Aufgaben einer Juristin oder eines Juristen im Amt zählt die Beratung der die Einzelpläne der Behörden und Ämter betreuenden Referate und der anderen Grundsatzreferate in allen haushaltsrechtlichen Fragen. Dazu gehören die Anwendung der Landeshaushaltsordnung, der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Grundgesetzes und der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg, des Haushaltsgesetzes, des Finanz- und Personalstatistikgesetzes sowie der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Bezirksverwaltungsgesetzes. Da das Haushaltswesen der Freien und Hansestadt Hamburg seit dem Haushaltsjahr 2015 vollständig auf den sog. doppelten Produkthaushalt umgestellt ist, bilden Rechtsfragen zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen nach dem kaufmännischen Rechnungswesen des Handelsgesetzbuchs mittlerweile einen Schwerpunkt der Arbeit.

Als Referendarin oder Referendar sollten Sie Grundkenntnisse des kaufmännischen Rechnungswesens mitbringen. Sie erhalten dann einen Einblick in die Aufstellung und/oder Ausführung des Haushaltsplans eines Bundeslandes, das zugleich Großkommune ist und betrachten die Abläufe und Vorgehensweisen vor allem unter rechtlichen Gesichtspunkten. Daneben haben Sie aber auch Gelegenheit, die Finanzpolitik, die IT-Technik und die Kassenprozesse sowie die Arbeit einer Juristin bzw. eines Juristen in einem ministeriellen juristischen „Exotenbereich“ kennenzulernen. Ihre Aufgabe wird darin bestehen, zu Einzelfragen rechtliche Kurzgutachten in Form von Vermerken zu verfassen.

- Ausbildungsstelle: **Finanzbehörde**
- Steuerverwaltung –
Aus- und Fortbildungsreferat
(Die Ausbildung findet in einem von 12 Hamburger Finanzämtern oder der Finanzbehörde statt.)
- Ausbildungsleitung: Die Vorsteherin oder der Vorsteher Ihres Ausbildungs-Finanzamtes leiten Ihre Ausbildung. Ihre fachliche und persönliche Betreuung wird regelmäßig von einer Beamtin oder einem Beamten des höheren Dienstes übernommen.
- Telefon, E-Mail, Fax: Die Vergabe der Ausbildungsplätze in den Hamburger Finanzämtern erfolgt zentral über die Finanzbehörde Hamburg (Steuerverwaltung), Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg.
Telefonische Auskunft bei:
Frau Anne Bolzmann, 428 23-2363
(anne.bolzmann@fb.hamburg.de)
- Ausbildungskapazität: ca. 15 Ausbildungsplätze pro Jahr
- Rechtsgebiete: Im Rahmen der Ausbildung möchten wir Sie mit dem Berufsbild des Steuerverwaltungsjuristen vertraut machen. Neben der Auseinandersetzung mit verfahrens- und materiell-rechtlichen Fragen des Steuerrechts werden Ihnen die typischen Aufgaben und Arbeitsabläufe der Steuerverwaltung und insbesondere die Führungsfunktionen der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes vermittelt. Daneben stehen beim Finanzamt für Prüfungsdienste und Strafsachen typische Aufgaben und Arbeitsläufe der staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Tätigkeit im Mittelpunkt.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Regionalfinanzämter:

Altona	Am Tierpark	Barmbek-Uhlenhorst
Eimsbüttel	Hansa	
Harburg	Mitte	Nord
Oberalster	Ost	

- Spezialfinanzämter:
Finanzamt für Prüfungsdienste und Strafsachen
Finanzamt für Verkehrssteuern und Grundbesitz

Ausbildungsinhalte:

Finanzamt für Prüfungsdienste

- der Schwerpunkt liegt auf der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit:
 - verfahrensbegleitende Tätigkeiten (*auch Teilnahme an Gerichtsterminen*)
 - Verfassen von Strafbefehlen
 - gutachterliche Stellungnahmen
- kurze Einführung in die Abläufe und Strukturen eines Veranlagungsfinanzamtes
- Teilnahme an Sachgebiets- und Sachgebietsleiterbesprechungen sowie sonstigen Dienstbesprechungen
- Kennen lernen der Tätigkeit einer Sachgebietsleiterin bzw. eines Sachgebietsleiters

Regionalfinanzämter

- Tätigkeit in der Rechtsbehelfsstelle mit Teilnahme an Besprechungen und ggf. Gerichtsterminen; in diesem Bereich liegt der Schwerpunkt Ihrer juristischen Ausbildung
- Einführung in die Aufgaben in der Veranlagungsstelle mit selbständiger Bearbeitung von Einzelsachen
- Verfassen von Einspruchsentscheidungen/ Entscheidungsvorschlägen
- Ausbildung in der Vollstreckungsstelle
- bei vorhandenen Kenntnissen in der Buchführung ggf. auch Begleitung einer Betriebsprüferin oder eines Betriebsprüfers
- Teilnahme an Sachgebiets- und Sachgebietsleiterbesprechungen sowie sonstigen Dienstbesprechungen
- Kennen lernen der Tätigkeit einer Sachgebietsleiterin bzw. eines Sachgebietsleiters

Finanzamt für Verkehrssteuern und Grundbesitz

- Einführung in die Aufgaben in den Bereichen Rechtsbehelfsstelle, Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer
- Verfassen von Einspruchsentscheidungen/ Entscheidungsvorschlägen
- Teilnahme an Gerichtsterminen
- Teilnahme an Sachgebiets- und Sachgebietsleiterbesprechungen sowie sonstigen Dienstbesprechungen
- Kennen lernen der Tätigkeit einer Sachgebietsleiterin bzw. eines Sachgebietsleiters

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Hamburg-Mitte**

- Rechtsamt -

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Michael Schiwiek

Telefon, E-Mail, Fax: 428 54-3324

michael.schiwek@hamburg-mitte.hamburg.de

Fax: 4279-01645

Ausbildungskapazität: zwei Referendare/-innen

Rechtsgebiete: Öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in den folgenden Bereichen:

Bauordnungsrecht, Naturschutzrecht, Sozialrecht (Sozialhilfe, BAföG, Wohngeld, Elterngeld, AsylbLG), Ausländerrecht, Gewerberecht, Wohnraumschutz, Verbraucherschutz, allg. Ordnungsrecht

Ausbildungsinhalte:

Sie haben die Möglichkeit, bei uns die Verwaltungs- oder Wahlstation gem. §§ 41 Abs. 1 Ziffer 3, 42 HmbJAG zu absolvieren. In Ihrer Station bei uns möchten wir Ihnen die verschiedenen Aufgaben und Arbeitsfelder der Bezirksverwaltung näher bringen. Der Bezirk Hamburg-Mitte ist besonders bunt. Er umfasst das Stadtgebiet von Finkenwerder über die Innenstadt und die Hafencity bis nach Wilhelmsburg und Billstedt. Sogar die Insel Neuwerk gehört zum Bezirk. In unserem Bezirk sind Sie nah am politischen Stadtgeschehen und können Einblicke über die verwaltungsrechtliche Seite der Planung bedeutender Bauvorhaben, der Organisation von Großveranstaltungen oder die Herausforderungen des Tourismus in der Hansestadt gewinnen. Bei Ihrer Tätigkeit in unserem Rechtsamt werden Sie Ihre im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten durch die praktische Bearbeitung konkreter Fälle vertiefen. Sie bearbeiten dabei im Wesentlichen laufende Widerspruchsverfahren und verfassen Stellungnahmen für die Fachämter, die Behördenleitung oder die Gerichte. Sie begleiten die Referentinnen und Referenten des Rechtsamts zu interessanten Gerichtsterminen und vertreten die Freie und Hansestadt Hamburg ggf. auch selbst vor den Gerichten. Selbstverständlich nehmen Sie auch an Besprechungen zu aktuellen Themen teil und haben die Möglichkeit, eine Sitzung der Bezirksversammlung zu besuchen.

Ihre Wünsche im Hinblick auf den rechtlichen Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit versuchen wir dabei weitestgehend zu berücksichtigen. Während Ihrer Station bei uns werden Sie jedoch - unabhängig von dem von Ihnen im Wesentlichen bearbeiteten Rechtsgebiet - auch immer wieder die Gelegenheit haben, über den Tellerrand zu schauen und auch Aufgaben aus anderen Fachbereichen übernehmen können.

Senden Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen gerne per E-Mail. Wir freuen uns auf Ihre engagierte Mitarbeit als Teammitglied des Rechtsamtes!

Ausbildungsstelle:	Bezirksamt Altona - Rechtsamt -
Ausbildungsleitung:	Herr Björn Farries
Ausbildungsorganisation:	Frau Regina Peter
Telefon, E-Mail:	Tel.: 42811 1533 regina.peter@altona.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	Es stehen zeitgleich 2 Ausbildungsplätze zur Verfügung.
Rechtsgebiete:	Schwerpunktgebiete sind Baurecht, Sozialleistungs- und Ausländerrecht. Daneben besteht Gelegenheit zur Bearbeitung von Angelegenheiten auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Ordnungsrechts, des Umwelt- und Naturschutzrechts sowie des Kommunalverfassungsrechts, vereinzelt auch des Schadensersatz- sowie des Straßen- und Wegerechts.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- eigenständige Bearbeitung und Entscheidung von Widerspruchsverfahren aus der Praxis,
- Teilnahme an Gerichtsverhandlungen und eigenverantwortliche Prozessvertretung des Bezirksamts in geeigneten Fällen nach vorheriger gründlicher Einführung,
- Vorbereitung und Gestaltung von Besprechungsterminen mit Bürgern, Anwälten, Fachämtern und Dezernenten,
- Besuch von Sitzungen der Bezirksversammlung sowie ihrer Fachausschüsse.
- Tageweise Hospitationen in den Fachämtern.

Ausbildungsinhalte

Ihre solide Examensvorbereitung ist uns genauso wichtig wie die darüber hinausgehende Einführung in die Berufspraxis der Verwaltungsjuristen in einer modernen Kommunalverwaltung.

In diesem Rahmen fertigen Sie Entscheidungsentwürfe in Widerspruchssachen, entwerfen Schriftsätze in gerichtlichen Verfahren, prüfen oder gestalten Vertragsentwürfe und erarbeiten in selbstständigem Kontakt mit den Fachdienststellen des Bezirksamts Stellungnahmen oder Gutachten zu einzelnen Rechtsfragen oder Rechtssetzungsvorhaben des Senats. In Beratungsgesprächen mit Anwälten, Bürgern und Mitarbeitern der verschiedenen Fachämter lernen Sie, Ihre Arbeitsergebnisse praxisnah und adressatengerecht zu vermitteln.

Wir bieten Ihnen einen eigenen Arbeitsplatz und stehen Ihnen mit einem Team erfahrener Verwaltungsjuristinnen und -juristen zur Seite.

Sie haben ein besonderes Interesse am öffentlichen Recht und Ihre Rechtskenntnisse auf diesem Gebiet idealer Weise schon vertieft durch einen Wahlschwerpunkt im Studium bzw. eine wissenschaftliche Tätigkeit oder verfügen über anderweitige Vorerfahrungen in der Verwaltung.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns an - wir freuen uns auf Sie und Ihre engagierte Mitarbeit!

Ausbildungsstelle:	Bezirksamt Altona - Fachamt für Beratungen, Erlaubnisse und Anmeldungen nach dem Prostituiertenschutzgesetz – FA-BEA*Pro -
Ausbildungsleitung:	Frau Christine Faßhauer (Fachamtsleitung FA-BEA*Pro)
Telefon, Telefax, E-Mail:	Tel.: 428 11-1466 christine.fasshauer@altona.hamburg.de
Ausbildungskapazität:	1 Referendar/in zur Zeit Derzeit keine Ausbildungskapazitäten, Interessierte können sich aber melden.
Rechtsgebiete:	Prostituiertenschutzgesetz, Gewerberecht, Polizei- und Ordnungsrecht, Ordnungswidrigkeitenrecht, Strafrecht, Verwaltungszwangs- und Verwaltungsvollstreckungsrecht; Verwaltungsverfahrenrecht

Ausbildungsinhalte

Das Fachamt für Beratungen, Erlaubnisse und Anmeldungen nach dem Prostituiertenschutzgesetz (FA-BEA*Pro) im Bezirksamt Altona, ist ein im Aufbau befindliches neugegründetes Fachamt. FA-BEA*Pro ist als Schwerpunktfachamt in Hamburg für die Umsetzung des im Juli 2017 in Kraft getretenen Prostituiertenschutzgesetzes zuständig. Begleitet wird die Einrichtung des neuen Fachamtes während einer Projektphase durch einen Aufbaustab, in dem die ministeriellen als auch bezirklich-operativen Aufgaben aufeinander abgestimmt werden. Dies gibt den Referendarinnen und Referendaren Gelegenheit, neben der rechtlichen Bearbeitung von unterschiedlichen Fragestellungen zu Einzelthemen oder Einzelfällen, auch die konzeptionellen Vorgaben für die operativen Prozesse mit zu entwickeln und zu gestalten.

Den Referendarinnen und Referendaren wird eine interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit geboten, bei der sie durchaus auch Gestaltungsmöglichkeiten bei den vielschichtigen neuen Aufgaben zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Hamburg haben.

Sie werden eingebunden in das sog. Anmeldeverfahren von Prostituierten und arbeiten aktiv an der Fortschreibung eines für die Sachbearbeitung entwickelten Handlungsleitfadens. Im Rahmen des Erlaubnisverfahrens für das Prostitutionsgewerbe werden die Referendarinnen und Referendare an der Weiterentwicklung einer Handlungsanweisung arbeiten und die gesetzlichen Vorgaben für die Sachbearbeitung praxisgerecht aufbereiten.

Neben diesen Hauptaufgaben werden die Referendarinnen und Referendare auch mit der Beantwortung von Anfragen, Amtshilfeersuchen, Vorbereitung der Abhilfeprüfung im Widerspruchsverfahren, Einleitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren und speziellen Aufgaben im Rahmen der Überwachung und Kontrolle befasst.

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Eimsbüttel**
- Rechtsamt -
Ausbildungsleitung: Frau RD'in Gundi Waßmann
Telefon, E-Mail, Fax: 428 01-3783
gundi.wassmann@eimsbuettel.hamburg.de
Ausbildungskapazität: zwei Referendararbeitsplätze mit Telefon- und PC Ausstattung
(Zugang zu *Juris* und *beck-online*)
Rechtsgebiete: Öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Recht der Jugendhilfe, Sozialrecht, Ausländerrecht
- Baurecht, Naturschutzrecht, Wohnungspflegerecht
- Immissionsschutzrecht, Gesundheitsschutz, Wirtschafts- und Ordnungsrecht, Gewerbe-
recht

Ausbildungsinhalte:

Führen von Widerspruchsverfahren, Leitung von Widerspruchssitzungen, Absetzen der Widerspruchsbescheide, Führung von Prozessen in den genannten Rechtsbereichen vor den jeweils zuständigen Gerichten, Beratungstätigkeit für die Fachämter. Soweit gewünscht, kann bei einzelnen Fachdienststellen hospitiert werden.

- Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Hamburg-Nord**
- Rechtsamt -
- Ausbildungsleitung: Frau Patricia Kaiser
- Telefon, E-Mail, Fax: 428 04-2376
Patricia.Kaiser@hamburg-nord.hamburg.de
4279-09665
- Ausbildungskapazität: zwei Plätze
- Rechtsgebiete: Im Wesentlichen Bauplanungs- und Bauordnungsrecht; Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsrecht; Ausländerrecht; Jugendhilferecht; Zweckentfremdungs- und Wohnungspflegeangelegenheiten; Verbraucherschutzangelegenheiten; Gesundheitsangelegenheiten, Wohngeld-, Erziehungsgeld- und Unterhaltssicherungsangelegenheiten; Schadensersatzangelegenheiten; Personalangelegenheiten; Senatsdrucksachen- und Eingabenangelegenheiten; Dienstaufsichtsbeschwerdenangelegenheiten; Sonderaufgaben für den Bezirksamtsleiter oder Rechtsdezernenten

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- In den Referaten des Rechtsamts

Ausbildungsinhalte:

Die Referendarinnen und Referendare lernen die Bezirksverwaltung in ihrer unterschiedlichen fachlichen Ausprägung kennen. Ihre wesentliche Aufgabe besteht in der Fertigung von Widerspruchsentscheidungen und der Vertretung der FHH vor dem Verwaltungsgericht und Sozialgericht, aber auch vor der Zivilgerichtsbarkeit in 1. Instanz. Daneben stehen Rechtsprüfungen für die Bezirksamtsleitung und die Fachämter in Rede. Stellungnahmeentwürfe für den Bezirksamtsleiter zu Senatsdrucksachen und Eingaben an die Bürgerschaft gehören ebenso zum, wenn auch nicht täglichen Geschäft.

Ausbildungsstelle:	Bezirksamt Wandsbek - Rechtsamt -
Ausbildungsleitung:	Frau Katja Manhart
Telefon, E-Mail, Fax:	Geschäftsstelle: 428 81-3444/3443 rechtsamt@wandsbek.hamburg.de 427 905-540
Ausbildungskapazität:	drei Ausbildungsplätze (<i>Bewerbungen und Anfragen gern per E-Mail oder Telefon</i>)
Rechtsgebiete:	Öffentliches Recht (überwiegend), auch: Zivil- Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Das Rechtsamt berät die Bezirksamtsleitung sowie die Dezernate (D1, D2, D3 und D4) mit ihren Fachämtern in allen Rechtsangelegenheiten und Verfahrensfragen und führt Widerspruchs- und Gerichtsverfahren. Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen können in den folgenden dezernatsbezogenen Teams mitwirken:

- **D1-Team (Steuerung und Service)**
Zivilrechtliche Fragen zum Gebäudemanagement
- **D2-Team (Bürgerservice)**
Ausländerrecht
- **D3-Team (Soziales, Jugend und Gesundheit)**
Sozialrecht (insb. SGB XII), Wohngeld, Jugendhilfe, Elterngeld, Unterhaltsangelegenheiten
- **D4-Team (Wirtschaft, Bauen und Umwelt)**
Baurecht, Naturschutzrecht, Wegerecht, Schadensersatzangelegenheiten

Schwerpunkt der Ausbildung liegt im D3- oder D4-Team. In allen Teams können zusätzlich Sonderaufgaben und Einzelanfragen nach Absprache von den Referendaren und Referendarinnen übernommen werden.

Ausbildungsinhalte:

- Verfassen von Anhörungs- und Widerspruchsbescheiden,
- Verhandlungsführung bei Sitzungen, vor Ort und vor Gericht,
- Entscheidungsvorbereitungen,
- Beratung der Fachämter,
- Mitarbeit im Team,
- Teilnahme an Dienstbesprechungen sowie
- Besuch eines bezirklichen Gremiums.

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Bergedorf**

- Rechtsamt -

Ausbildungsleitung: Herr Holger Henning

Telefon, E-Mail, Fax: 428 91-3043
rechtsamt@bergedorf.hamburg.de

428 91-2237

Ausbildungskapazität: vier gleichzeitig

Rechtsgebiete: Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, Landschafts- und Naturschutzrecht, Städtebauförderung, Tiefbauangelegenheiten, Verbraucherschutz- und Gewerberecht, Grundsicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Wohnungsangelegenheiten, Melderecht, Schadenersatzrecht, Personalrecht, Ausländerrecht, Ordnungswidrigkeiten

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Rechtsamt

Ausbildungsinhalte:

Überwiegend Widerspruchsverfahren im Recht der Leistungs- und Ordnungsverwaltung;
seltener: Owi-Verfahren, Schadensersatz- und Vertragsrecht

Ausbildungsstelle: **Bezirksamt Harburg**
- Rechtsamt -

Ausbildungsleitung: Herr Mathias Koch (Rechtsamtsleiter)
428 71-3561 / -3518

Telefon, E-Mail, Fax: mathias.koch@harburg.hamburg.de
428 71-2672

Ausbildungskapazität zwei Ausbildungsplätze (max.)

Rechtsgebiete: Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, Landschafts- und Naturschutzrecht, Städtebauförderung, Tiefbauangelegenheiten, Verbraucherschutz- und Gewerberecht, Grundsicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Wohnungsangelegenheiten, Melderecht, Schadenersatzrecht, Personalrecht, Ausländerrecht, Ordnungswidrigkeiten

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

s.o.

Ausbildungsinhalte:

Durchführung von Rechtsprüfungen, Korrespondenz mit Rechtsanwälten, Gerichten und Bürgern, Anfertigung von Widerspruchsbescheiden, Wahrnehmung von Gerichtsterminen, Leitung von Widerspruchsausschuss-Sitzungen.

Ausbildungsstelle: **Hamburg Port Authority (HPA)**
Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Ausbildungsleitung: Herr Hendrik Doobe
Frau Stephanie Wegener

Telefon, E-Mail: 428 47-5051
hendrik.doobe@hpa.hamburg.de
428 47-2919
stephanie.wegener@hpa.hamburg.de

Ausbildungskapazität: Zeitgleich zwei Referendarinnen/Referendare

Rechtsgebiete: Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Hafenplanungsrecht, Umweltrecht, Wasserrecht, Hafenverkehrsrecht, Wegerecht, allgemeines Ordnungsrecht, öffentliches und privates Baurecht, Vergaberecht, Vertragsrecht, Schadensrecht, Immobilienrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Schifffahrtsrecht, Eisenbahnrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Für Rechtsreferendare in den o.g. Rechtsgebieten.

Ausbildungsinhalte:

- Rechtliche Begleitung und Betreuung der Geschäftsbereiche der Hamburg Port Authority (insbesondere Planung, Instandhaltung, Neubau und Betrieb der baulichen Anlagen und Wasserflächen des Hamburger Hafens, der Wasserstraßen und Verkehrsanlagen wie Eisenbahn, Straßen, Schleusen, Brücken, Hafenverkehrsbehörde und anderer hoheitlicher Dienststellen sowie der Hafensliegenschaften)
- Rechtliche Begleitung und Betreuung der Geschäftsbereiche der Hamburg Port Authority im Rahmen der sie betreffenden ministeriellen Aufgaben der Behörde für Wirtschaft und Innovation als Aufsichtsbehörde (insbesondere Rechtsetzung)
- Prozessführung
- Kennen lernen von Dienststellen der Hamburg Port Authority außerhalb der Rechtsabteilung
- Teilnahme an Besprechungen sowie Ortsbesichtigungen im Hamburger Hafen

Ausbildungsstelle: **Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg**

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Thomas Ledermann
Herr Sven Marxsen

Telefon, E-Mail, Fax: 040 361302-0
s.marxsen@boersenag.de,
040 361302-23

Ausbildungskapazität: eine Stelle

Rechtsgebiete: Kapitalmarktrecht, Gesellschaftsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Kapitalmarktrecht
- Gesellschaftsrecht
- Privatrecht (eingeschränkt)

Ausbildungsinhalte:

Die Hanseatische Wertpapierbörse ist die älteste in Deutschland betriebene Wertpapierbörse, deren Trägergesellschaft, die BÖAG Börsen AG, zudem die Wertpapierbörse in Hannover betreibt. Neben dem klassischen Handel von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren wird unter der Marke der Fondsbörse Deutschland auch der Handel von offenen und geschlossenen Fonds angeboten.

Der Schwerpunkt liegt in der Bearbeitung allgemeiner börsen- und aktienrechtlichen Fragestellungen. Hinzu kommen sämtliche unternehmenstypischen Aspekte, die in der Vergangenheit insbesondere im Bereich des Gesellschafts-, Vereins- sowie Markenrechts lagen. Darüber hinaus sind ggf. Aspekte aktueller kapitalmarktrelevanter Gesetzgebungsvorhaben zu beleuchten. Dies betrifft sowohl europäische als auch nationale Gesetzgebungsiniciativen.

Ausbildungsstelle:	Ärztammer Hamburg Körperschaft des Öffentlichen Rechts Rechtsabteilung
Ausbildungsleitung:	Frau Gabriela Luth (Justitiarin)
Telefon, E-Mail, Fax:	040 202299-150 recht@aekeh.de 040 202299-400
Ausbildungskapazität:	ein/e Referendar/-in
Rechtsgebiete:	Allgemeines Verwaltungsrecht/Verwaltungsprozessrecht, Recht der ärztlichen Weiterbildung, Ärztliches Berufsrecht einschl. Disziplinarrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Rechtsabteilung

Ausbildungsinhalte: siehe Rechtsgebiete. Arzthaftungsrecht zählt **nicht** zu den Aufgaben der Ärztekammer

Die Ausbildungsinhalte ergeben sich aus den Aufgaben der Kammern gem. § 6 des Hamburgischen Kammergesetzes für die Heilberufe (HmbKGGH) vom 14.12.2005. Die Aufgaben der Kammern sind:

Es ist Aufgabe der Kammern:

1. die Erfüllung der Berufspflichten der Kammermitglieder, einschließlich des Vorliegens einer Berufshaftpflicht im Sinne von § 27 Absatz 3, zu überwachen, soweit nicht bei öffentlich Bediensteten die Zuständigkeit der Dienstvorgesetzten gegeben ist. Die Aufsichtsbehörde kann allgemein oder im Einzelfall anordnen oder zulassen, dass sich die Überwachungspflicht ganz oder teilweise auch auf die Erfüllung der Berufspflichten innerhalb von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst erstreckt,
2. die beruflichen Belange der Gesamtheit der Kammermitglieder wahrzunehmen,
3. die Qualitätssicherung sowie die Fortbildung der Kammermitglieder zu gestalten und zu fördern, sowie die Weiterbildung nach Maßgabe dieses Gesetzes zu regeln,
4. den öffentlichen Gesundheitsdienst und das öffentliche Veterinärwesen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben – insbesondere nach Maßgabe der Bestimmungen des Hamburgischen Gesundheitsdienstgesetzes – zu unterstützen,
5. auf Verlangen der zuständigen Behörden und Gerichte in den Angelegenheiten des jeweiligen Berufs Stellungnahmen abzugeben und Sachverständige zur Erstattung von Gutachten zu benennen,
6. für ein gedeihliches Verhältnis der Kammermitglieder untereinander zu sorgen,
7. sich bei Streitigkeiten, die aus der Berufsausübung entstanden sind, um Schlichtung zu bemühen,
8. durch Rechtsvorschrift oder im Einvernehmen mit den Kammern durch den Senat besonders übertragene Aufgaben durchzuführen (*staatliche Auftragsangelegenheiten*).

Ausbildungsstelle: **Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft**

Dienststelle Schiffssicherheit

Ausbildungsleitung: Sara Vatankhah

Telefon, E-Mail: 040 36137-200

sara.vatankhah@bg-verkehr.de

Ausbildungskapazität: 2 Referendare zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: öffentliches Seerecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Rechtsangelegenheiten der Dienststelle Schiffssicherheit werden zentral in einem Fachreferat bearbeitet. Referendare werden mit allen Aufgaben befasst, die in diesem Bereich anfallen.

Ausbildungsinhalte:

Die Dienststelle Schiffssicherheit ist eine Einrichtung, die sich wesentlich mit der technischen Prüfung von Seeschiffen befasst.

Dabei geht es vor allem darum, die Einhaltung der wichtigsten internationalen Übereinkommen zu überwachen, die die Standards für Sicherheit an Bord und den Umweltschutz auf den Weltmeeren garantieren sollen. Der Meeresumweltschutz umfasst die technischen Schutzmaßnahmen zur Verhütung der Verschmutzung der Meere durch Öl, Chemikalien, Schiffsabwasser, Schiffsmüll und die Vermeidung der Luftverschmutzung durch Schiffsabgase.

Den Rahmen hierfür bietet das Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt, durch das die BG Verkehr der Sache nach die Stellung einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesverkehrsministeriums erhält. Die Dienststelle ist zuständig für alle Seeschiffe unter deutscher Flagge und für die Kontrolle von Schiffen unter fremder Flagge, die deutsche Häfen anlaufen.

Das Rechtsreferat hat die Funktion eines zentralen Grundsatzreferats, das zugleich die Aufgaben eines Justizariats wahrnimmt. Hier sind auch die ordnungsbehördlichen Überwachungsaufgaben angesiedelt. Die juristische Arbeit in der Dienststelle Schiffssicherheit beinhaltet deshalb neben typischen polizeilichen Vollzugsaufgaben auch in erheblichem Umfang Tätigkeiten, die der Erfüllung oder Unterstützung von Regierungsfunktionen dienen. Dazu zählen insbesondere die Realisierung von politischen Zielen, Schwerpunkten und Programmen, die internationale Zusammenarbeit und die Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren.

Referendare bei der Dienststelle Schiffssicherheit lernen diesen interessanten Teilbereich des öffentlichen Seerechts in Theorie und Praxis kennen. Und Praxis bedeutet nicht nur Rechtspraxis. Wer möchte, kann auch unsere Besichtigter an Bord begleiten.

Ausbildungsstelle:	Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation
Ausbildungsleitung:	Stefan Höppner, Mitglied der Geschäftsführung Konrad Kraft, Rechtsreferent
Telefon, E-Mail:	040 3980 – 1151 stefan.hoepfner@bg-verkehr.de 040 3980 – 1186 konrad.kraft@bg-verkehr.de
Ausbildungskapazität:	Eine Referendarin bzw. ein Referendar
Rechtsgebiete:	Sozialrecht, allgemeines Verwaltungsrecht, Arbeitsrecht, Zivilrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgendem Bereich:

- Dezernat der Geschäftsführung

Ausbildungsinhalte:

- Bearbeitung allgemeiner Rechtsfragen
- Verfassen von juristischen Stellungnahmen und Rechtsgutachten zu aktuellen
- Problemstellungen (Verwaltungs-, Arbeits-, Zivil-, Prozessrecht)
- Erstellung von Schriftsätzen in sozial- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren
- Vertragsgestaltung und -überarbeitung

Die Geschäftsführung der BG Verkehr führt hauptamtlich die laufenden Verwaltungsgeschäfte unserer Berufsgenossenschaft und vertritt sie insoweit gerichtlich und außergerichtlich. Sie setzt sich dabei fortlaufend mit aktuellen Angelegenheiten des öffentlichen- und des Zivilrechts sowie rechtlichen Grundsatzfragen im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung auseinander.

Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, im Personalbereich Themen aus den Rechtsgebieten Arbeitsrecht, Dienstrecht, Personalvertretungsrecht und Tarifrecht zu bearbeiten und die für diesen Bereich tätigen Volljuristen zu unterstützen.

Bei Ihrer Ausbildung erhalten Sie einen umfassenden Einblick in diverse juristische Themen aus den unterschiedlichen Rechtsgebieten (Schwerpunkt Sozial- und Verwaltungsrecht sowie Arbeitsrecht) und arbeiten dabei eng mit der Geschäftsführung sowie den Fachreferenten zusammen. Sie erwarten eine interessante und vielseitige Tätigkeit in einer modernen Verwaltung. Weitere Informationen zu unserer Berufsgenossenschaft erhalten Sie unter www.bgverkehr.de.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ausbildungsstelle: **Verwaltungs-Berufsgenossenschaft**
Zentrales Justitiariat

Ausbildungsleitung: Herr Rüdiger Siem

Telefon, E-Mail, Fax: 040 5146- 2159
ruediger.siem@VBG.de
040 5146-2022

Ausbildungskapazität: ein Referendar/-in zzt.

Rechtsgebiete: Öffentliches Recht, Zivilrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Zentrales Justitiariat
- Rehabilitation
- Beitragseinzug

Ausbildungsinhalte:

Für das Zentrale Justitiariat:

- Bearbeitung von allgemeinen Rechtsfragen
- Gutachten zu aktuellen Problemen (Verwaltungs-, Zivil-, Prozessrecht)
- Erstellung v. Schriftsätzen in sozialgerichtlichen Verfahren.

Wir bieten neben der rein juristischen Ausbildung eine Einbindung in ein diskussionsfreudiges kleines Team, in dem Sie wegen Ihrer Examensnähe einerseits und des fast völligen Fehlens von Routineaufgaben auch für uns andererseits für die Dauer Ihrer Anwesenheit eine (fast) gleichberechtigte Stellung einnehmen werden.

Wir freuen uns, Sie in einem Vorstellungsgespräch kennen zu lernen!

Ausbildungsstelle:	Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege - Widerspruchsverfahren - Klage- und Sozialgerichtsverfahren
Ausbildungsleitungen:	Frau Nina Voigt Frau Susanne Ritz
Kontakt/Bewerbungen an:	Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, Bezirksverwaltung Hamburg, z.Hd. Nina Voigt
Telefon, E-Mail, Fax:	040 4125 3335 Nina.Voigt@bgw-online.de
Ausbildungskapazität:	Zwei Referendar:innen zur gleichen Zeit.
Rechtsgebiete:	Sozialversicherungsrecht, Verwaltungsverfahren

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Bezirksverwaltung Hamburg

Ausbildungsinhalte:

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Sie ist die gesetzliche Unfallversicherung für nichtstaatliche Einrichtungen im Gesundheitsdienst und in der Wohlfahrtspflege. Ihre gesetzlich übertragenen Aufgaben führt sie in eigener Verantwortung unter staatlicher Aufsicht durch.

Die Bezirksverwaltung Hamburg sorgt für die Rehabilitation, wenn ein Versicherungsfall eingetreten ist und kümmert sich in diesen Fällen auch um die Entschädigung der Versicherten.

Versicherungsfälle sind Berufskrankheiten, Arbeits- und Wegeunfälle. Die Entschädigung umfasst Kosten für medizinische Rehabilitation, berufliche Wiedereingliederung, Sach- und Geldleistungen (zum Beispiel Verletztengeld), Verletztenrenten bei bleibenden Schäden und anderes.

- Bearbeiten der leistungsrechtlichen Widerspruchsverfahren, v.a. aus dem Bereich der Berufskrankheiten
- Fertigen von Widerspruchsbescheidentwürfen zur Beschlussvorlage in den Widerspruchsausschüssen
- Bearbeiten von sozialgerichtlichen Verfahren vor dem Sozialgericht und dem Landessozialgericht in Norddeutschland
- Wahrnehmung von Terminen zur mündlichen Verhandlung vor Sozial- und Landessozialgerichten in Norddeutschland

Während Ihrer Ausbildung arbeiten Sie eng mit der juristischen Referentin der Bezirksverwaltung sowie der Bereichsleiterin des Bereiches Berufskrankheiten zusammen und erhalten so einen vertieften Einblick in anfallende juristische Fragestellungen innerhalb der Bezirksverwaltung. Neben dem Sozialversicherungsrecht spielen auch arbeitsrechtliche, beamtenrechtliche und datenschutzrechtliche Fragen eine Rolle im Arbeitsalltag.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ausbildungsstelle:	Hamburger Stadtentwässerung (HSE) ein Unternehmen von HAMBURG WASSER
Ausbildungsleitung:	Frau Sabine Sornkhom
Telefon, E-Mail:	040 – 7888 86137 sabine.sornkhom@hamburgwasser.de
Ausbildungskapazität:	je nach Bedarf, aber nur einen zur Zeit
Rechtsgebiete:	Öffentliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Justitiariat, Personalbetreuung (Wahlstation)

Derzeit bis 30.06.2022 keine Ausbildungsmöglichkeit. Interessenten können sich gerne melden.

Ausbildungsinhalte:

allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht, Wasserrecht, Wegerecht, Abgabenrecht, Vergaberecht, Baurecht, Umweltrecht, Staatshaftungsrecht, Kommunalabgabenrecht, Energierecht
Schadensersatzrecht, Grundstücksrecht, Vertragsrecht, Versicherungsrecht, Haftungsrecht, Gesellschaftsrecht

Die Kernaufgabe der Hamburger Stadtentwässerung AöR ist die Beseitigung des in Hamburg und im Umland anfallenden Abwassers. Über Hausanschlussleitungen fließt das Abwasser in ein unterirdisches 5.400 Kilometer langes Kanalnetz – in Hamburg Sielnetz genannt.

Rund um die Erledigung dieser Kernaufgabe fallen im Justitiariat eine Reihe von Aufgaben an, bei denen Sie unterstützen können:

- Verfassen von Gebühren- und Widerspruchsbescheiden sowie Klageerwiderungen
- Formulieren juristischer Stellungnahmen und Gutachten in verschiedenen Rechtsgebieten
- Vertragsgestaltung, -überarbeitung, -anpassung
- Bearbeitung von Regressforderungen und Versicherungsfällen
- Korrespondenz und Sachverhaltsklärung in verschiedenen Rechtsgebieten

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, im Personalbereich Themen aus den Rechtsgebieten Arbeitsrecht, Personalvertretungsrecht, Betriebsverfassungsrecht, Tarifrecht und Sozialversicherungsrecht zu bearbeiten und die dort tätige Volljuristin zu unterstützen.

Alle Aufgaben und Rechtsgebiete können sowohl als Verwaltungsstation wie auch im Rahmen einer Wahlstation wahrgenommen werden.

Weitere Informationen zum Unternehmen finden Sie unter www.hamburgwasser.de.

Ausbildungsstelle: **Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH)**

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Wolfgang Bauchrowitz
(Stv. Direktor und Justitiar)

Telefon, E-Mail, Fax: 040 369005-14
zogs@ma-hsh.de
040 369005-55

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in zur Zeit

Rechtsgebiete: Medien- und Rundfunkrecht, Telemedienrecht, Verwaltungs(verfahrens)recht, Telekommunikationsrecht, Gesellschaftsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Justizariat (d.h. Rechtsbereich)

Ausbildungsinhalte:

Wahrnehmung der Aufgaben der Landesmedienanstalten

Schwerpunkte der MA HSH sind:

- Entscheidungen über die Zulassung von Hörfunk- und TV-Programmen
- Entscheidung über die Verbreitung in- und ausländischer Programme in Hamburger bzw. Schleswig-Holsteinischen Kabelnetzen
- Aufsicht über unzulässige Angebote und den Jugendschutz nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
- Beurteilung und Kontrolle der von der MA HSH lizenzierten Programme, insbesondere hinsichtlich ihres Beitrages zur Förderung der Programmvielfalt und der Einhaltung der werberechtlichen Anforderungen
- Aussicht über Telemedien (insb. im Bereich Jugendmedienschutz, Werbung und Informationspflichten)
- Beratung von Medienunternehmen und Bürgern
- Mitwirkung bei der Umstellung von der analogen auf die digitale Übertragungstechnik
- Information der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Publikationen sowie
- Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten zur Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben nach dem Rundfunkstaatsvertrag.

Ausbildungsstelle: **Hamburgische Architektenkammer**

Ausbildungsleitung: Frau Sinah Marx (Rechtsreferentin)
Frau Eva-Maria Linz (Rechtsreferentin)

Telefon, E-Mail, Fax: 040 441841-0
info@akhh.de
040 441841-44

Ausbildungskapazität: max. vier Referendarstellen pro Jahr

Rechtsgebiete: Berufsrecht der Architekten und Ingenieure, Honorarrecht, sonstiges privates Baurecht (z. B. Werkvertragsrecht, VOB/B), Vergaberecht, öffentliches Baurecht, Wettbewerbsrecht, Arbeitsrecht, Gesellschaftsrecht.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Justitiariat

Ausbildungsinhalte:

Einführung in die Aufgaben, rechtlichen Grundlagen und Betätigungsfelder der Hamburgischen Architektenkammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Einführung in die Tätigkeit einer Juristin bzw. eines Juristen in einer derartigen Körperschaft.

Mögliche Referendartätigkeit:

- Bearbeitung von Akten in Form gutachterlicher Stellungnahmen,
- Entwurf erforderlicher Schriftsätze,
- Recherche zu kammerspezifischen Rechtsfragen,
- Begleitung und eigenständige Durchführung von Beratungsgesprächen für Mitglieder,
- Teilnahme an Besprechungen,
- Teilnahme an Sitzungen der Organe, Ausschüsse und Arbeitskreise der Kammer, z. B. der Kammerversammlung, des Vorstandes, des Wettbewerbsausschusses, des Eintragungsausschusses, des Schlichtungsausschusses,
- Teilnahme an Veranstaltungen der Kammer insbesondere der kammereigenen Fortbildungsakademie,
- vergleichende Betrachtungen zur Hamburgischen Ingenieurkammer-Bau, mit der die Hamburgische Architektenkammer kooperiert und für die der Justitiar in selber Funktion tätig ist, und dem insoweit zugrunde liegenden Recht.

Ausbildungsstelle:	Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB)
Ausbildungsleitung:	Frau Dorothee Heider
Telefon, E-Mail, Fax:	040 24846-241 D.Heider@ifbhh.de 040 2484656-240
Ausbildungskapazität:	Bislang werden pro Jahr ca. zwei-drei Referendare ausgebildet
Rechtsgebiete:	Verwaltungsrecht, Zivilrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Rechtsabteilung

Die Hamburgische Investitions- und Förderbank ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und zugleich Kreditinstitut i.S. des KWG. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB-Gesetz), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 503, 529). Anstaltsträger und zugleich Anstaltseigner ist die Freie und Hansestadt Hamburg. Die Investitions- und Förderbank ist ihr zentrales Förderinstitut. Aufgaben sind insbesondere die Wohnraumförderung, die Städtebauförderung, die Förderung des Umweltschutzes, die Mittelstandsförderung sowie die Technologie- und Innovationsförderung nach näherer Regelung durch den Senat. Die Förderung erfolgt insbesondere durch die Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie die Übernahme von Sicherheitsleistungen (Weitere Information auf der Internetseite www.ifbhh.de).

Ausbildungsinhalte:

Vorangehende Generaleinweisung in die Tätigkeit des Hauses und speziell der Rechtsabteilung.

Schwerpunkte der Verwaltungsstation:

1. Besonderes Verwaltungsrecht (entspricht den materiell-rechtlichen Förderungsvoraussetzungen)
 - Hamburgisches Wohnraumförderungsgesetz sowie die Vorgängervorschriften und ergänzende Regelungen (Zweites Wohnungsbaugesetz, Hamburgisches Wohnungsbindungsgesetz, Zweite Berechnungsverordnung, Neubaumietenverordnung)
 - Baugesetzbuch
 - IFB-Gesetz
 - Europäisches Beihilferecht
 - Richtlinien zu allen Förderungsarten

Hinweis: Alle vorgenannten Bestimmungen kommen in der Ausbildung in der Regel jeweils nur hinsichtlich weniger, schnell zu erfassender Einzelregelungen zur Anwendung.

2. Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsverfahren (im Wesentlichen HmbVwVfG und VwGO)

Hier liegt ein besonderer Schwerpunkt der Ausbildung: Insbesondere werden Fragen zur Ausübung von Ermessen unter Berücksichtigung von Vertrauensschutzgesichtspunkten bei Widerruf und Rücknahme, Abgrenzung zu unbestimmten Rechtsbegriffen, Ermittlung der maßgeblichen Verwaltungsübung, Zulässigkeit und Rechtsnatur von Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten zu bearbeiten sein. Daneben besteht aber auch die Möglichkeit, an der Gestaltung von Förderzusagen und öffentlich-rechtlichen Verträgen mitzuwirken. Auch wird die Klärung materiell-rechtlicher Förderungsvoraussetzungen bei fast allen in der Station anzufertigenden schriftlichen Arbeiten (gutachterliche Stellungnahmen, Rücknahme-, Widerrufs-, Leistungs- und Widerspruchsbescheide, Klagschriften bzw. Klagerwiderungen) und ebenso in den mündlichen Erörterungen und bei Kurzvorträgen eine zentrale Rolle spielen.

3. Weitere mögliche Ausbildungsinhalte

Entsprechend der regelmäßig „2-stufigen“ Gewährung von Förderungsmitteln haben die Referendare – je nach Interesse – auch die Möglichkeit, ihre Kenntnisse zu vielfältigen zivilrechtlichen (insbesondere schuld- und sachenrechtlichen) aber auch vollstreckungsrechtlichen Fragestellungen bis hin zu Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung zu vertiefen und auch an Zwangsversteigerungsterminen teilzunehmen.“

Ausbildungsstelle:	Handelskammer Hamburg
Ausbildungsleitung:	Herr Oliver Laue
Telefon, E-Mail, Fax:	040 36138-342
Ausbildungskapazität:	zwei Referendare 3-Monats-Station!
Rechtsgebiete:	Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht

Bewerbung:

Die vollständigen Bewerbungsunterlagen (Anschreiben, Lebenslauf, Kopie der Ernennungs-
urkunde, Kopie des 1. Staatsexamens, weitere Zeugnisse von Praktika, sofern vorhanden)
nimmt die Handelskammer Hamburg elektronisch über ihr Bewerberportal entgegenen:

<https://www.hk24.de/ueber-uns/stellenangebote-1140700>

Für Fragen steht Ihnen das Sekretariat der Rechtsabteilung der Handelskammer zur Verfü-
gung.

Telefon: 040 36138-342

Fax: 040 36138-533

E-Mail: recht@hk24.de"

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht
- Handels- und Zivilrecht
- Arbeitsrecht
- Berufsbildungsrecht
- Recht und Praxis der außergerichtlichen Streitbeilegung

Ausschnitte aus evtl. Abteilungsstationen:

- Steuerrecht
- Umweltrecht
- Markenrecht
- Recht der Finanzdienstleistungen
- Verkehrsrecht

Ausbildungsinhalte:

- Erstellung von Widerspruchsbescheiden und Klagerwiderungen
- Entwürfe und Überarbeitung von Verträgen
- Entwürfe von Merkblättern zu rechtlichen Themen
- Erstellung von Gutachten
- Teilnahme an Sitzungen, deren Vorbereitung und Nachbereitung (*Protokolle*)
- Vorbereitung rechtspolitischer Stellungnahmen
- teilw. Einstiegsberatung von Kammerzugehörigen

Ausbildungsstelle:	Handwerkskammer Hamburg Abteilung Betriebsberatung und Recht
Ausbildungsleitung:	Frau Kerstin Kolb
Ausbildende:	Frau Kerstin Kolb und Herr Jens Kreft
Telefon, E-Mail, Fax:	040 35 905-397, kerstin.kolb@hwk-hamburg.de , 040 35 905-397 040 35 905-237, jens.kreft@hwk-hamburg.de , 040 35 905-363
Ausbildungskapazität:	k.A.
Rechtsgebiete:	k.A.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Verwaltungsprozessrecht, Verwaltungsverfahrenrecht
- Handwerksrecht (Gewerbe-, Berufszulassungs-, Beitrags-, Prüfungs-, Satzungsrecht),
- Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Wettbewerbsrecht
- Werkvertragsrecht, Mietrecht
- privates Baurecht, Arbeitsrecht

Ausbildungsinhalte:

Die Handwerkskammer Hamburg sucht regelmäßig Referendarinnen / Referendare, die ihre Verwaltungsstation / Wahlstation in der Rechtsabteilung absolvieren möchten.

Die Tätigkeit erfordert neben verwaltungsrechtlichem Wissen (*Verwaltungsprozessrecht, Verwaltungsverfahrenrecht*) insbesondere auch Kenntnisse im Zivilrecht und im Wirtschaftsrecht. Es besteht jedoch die Wahlmöglichkeit zwischen zivilrechtlichem oder öffentlich-rechtlichem Schwerpunkt.

Schwerpunkt Zivilrecht	Schwerpunkt Öffentliches Recht
<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht • Wettbewerbsrecht • Werkvertragsrecht, Mietrecht • privates Baurecht • Arbeitsrecht • EU-Recht, internationale Verträge, internationale Aspekte der Umsatzsteuer <p>Die rechtliche Beratung umfasst Aufgaben, die einer lebhaften Rechtsanwaltskanzlei entsprechen. Neben vielfältigen Rechtsaus-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerberecht • Berufszulassungsrecht • Satzungsrecht • Beitragsrecht • Prüfungsrecht • Datenschutz <p>Im Rahmen Ihrer Referendarstation werden Sie betraut sein mit der Erstellung von Bescheiden, wie Ausgangs-, Abhilfe- und Widerspruchsbescheide.</p>

künften an Handwerker werden Vermittlungsgespräche zwischen Handwerksbetrieben und Verbrauchern geführt.

Ferner finden Beratungsgespräche im Insolvenzrecht und im Bereich Außenwirtschaft mit Handwerkern statt. Betriebswirtschaftliche und rechtliche Fragen der Handwerker werden in Zusammenarbeit mit den Betriebsberatern erörtert.

Für den Bereich der Außenwirtschaft sind Fremdsprachenkenntnisse (*Englisch, Polnisch etc.*) vorteilhaft.

Weiterhin sind gutachterliche Stellungnahmen zu ausgewählten Rechtsfragen aus dem Handwerksrecht zu erbringen.

Neben diesen Tätigkeiten werden Sie auch an der Vorbereitung von verwaltungsgerichtlichen Rechtsstreitigkeiten beteiligt sein.

Ausbildungsstelle: **Hanseatische Rechtsanwaltskammer**

(Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer ist die Berufsorganisation aller in Hamburg zugelassenen Rechtsanwälte. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Sie können sich über die Kammer im Internet unter der Adresse www.rak-hamburg.de ausführlich informieren.)

Ausbildungsleitung: Die Ausbildungsleiter sind die in der Kammer in der Geschäftsführung tätigen Rechtsanwälte Frau Juliane Kracht und Herr Dr. Henning Löwe.

Telefon, E-Mail, Fax: 040 357441-0
info@rak-hamburg.de
040 357441-41

Ausbildungskapazität: Es können maximal **zwei** Referendare zurzeit ausgebildet werden.

Rechtsgebiete: Anwaltliches Berufsrecht, Zulassungsfragen, Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht, allgemeine Rechtsangelegenheiten, Rechtsdienstleistungsgesetz und darauf bezogenes Wettbewerbsrecht.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in den oben genannten Bereichen.

Ausbildungsinhalte:

Die Referendare sind in das Tagesgeschäft der Kammer eingebunden. Sie bearbeiten alle hier vorkommenden Rechtsangelegenheiten je nach Fertigkeiten möglichst selbstständig. Hierzu gehört: Beschlussvorlagen, Bescheide, Voten, Protokolle von Vorstands- und sonstigen Sitzungen, Gutachten.

Die Arbeit ist außerordentlich vielfältig.

Vorkenntnisse im Berufsrecht sind hilfreich, aber keine Voraussetzung.

Ausbildungsstelle:	Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein (KÖR) Kirchenkreisverwaltung – Abteilung Recht, Aufsicht und Gremien
Ausbildungsleitung:	Ass. iur. Kerstin Timmlau (Teamleitung der Abteilung Recht, Aufsicht und Gremien) Andreas Gogolin (Verwaltungsleiter)
Telefon, E-Mail:	040 558 220-303/-320 kerstin.timmlau@kirchenkreis-hhsh.de andreas.gogolin@kirchenkreis-hhsh.de
Ausbildungskapazität:	Ein/e Referendar:in zur Zeit
Rechtsgebiete:	Recht der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland (Kirchenrecht der Nordkirche), öffentliches Recht, Zivilrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Eine dreimonatige Ausbildungsmöglichkeit besteht ausschließlich in der Abteilung Recht, Aufsicht und Gremien (Verwaltungspflichtstation gemäß § 41 Abs. 1Nr. 3 HmbJAG oder Wahlstation gemäß § 42 HmbJAG).

Ausbildungsinhalte:

Der Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein ist einer der größten Kirchenkreise der Nordkirche mit Sitz in Hamburg-Niendorf. Ihm gehören 55 Kirchengemeinden mit 76 Kirchen, über 80 Kindertagesstätten und zahlreiche sozialdiakonische Einrichtungen sowie Bildungseinrichtungen an. Die Kirchenkreisverwaltung ist eine Einrichtung des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-West/Südholstein. Entscheidungen und Maßnahmen des Kirchenkreises zur Erfüllung des kirchlichen Auftrags werden hier vorbereitet und ausgeführt. Die Kirchenkreisverwaltung nimmt die ihr durch Kirchengesetz oder aufgrund eines Kirchengesetzes zugewiesenen Aufgaben für den Kirchenkreis und für die Kirchengemeinden wahr.

Zu den Aufgaben in der Abteilung Recht, Aufsicht und Gremien zählen insbesondere:

- Die Prüfung von rechtlichen Fragestellungen in einzelnen Bereichen und Abläufen anhand einschlägiger Regelwerke,
- das Fertigen von gutachterlichen Stellungnahmen und Widerspruchsbescheiden und
- die Teilnahme an Sitzungen der leitenden Gremien und Ausschüsse inkl. Vor- und Nachbereitung (Erstellen von Bescheiden zu kirchenaufsichtlichen Genehmigungen).

Nach dem Kirchenkreisverwaltungsgesetz müssen Kirchengemeinden in Rechtsfragen für alle Verwaltungsbereiche eine Erstberatung durch die Kirchenkreisverwaltung in Anspruch nehmen. Den Referendar:innen werden vor allem in folgenden Bereichen vertiefte Rechtskenntnisse vermittelt:

- Kirchliches Verfassungsrecht (z.B. Verfassung der Nordkirche, Kirchenkreisverwaltungsgesetz, Kirchengemeindeordnung, kirchliches Wahlrecht, Verwaltungsverfahren- und Zustellungsgesetz EKD, Siegelgesetz)
- EKD-Datenschutzgesetz
- Kirchbaurecht
- Friedhofswesen (z.B. Friedhofsverwaltungsvorschrift) und Liegenschaftsverwaltung (z.B. Grundstücksrechtsverordnung)

Weitere Informationen über den Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein erhalten Sie unter <https://www.kirche-hamburg.de/wir-ueber-uns/kirchenkreis-hamburg-west-suedholstein.html>.

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung!

Ausbildungsstelle: **Erzbistum Hamburg**
Abteilung Recht

Ausbildungsleitung: Herr Karl Schmiemann
(Justitiar des Erzbistums Hamburg und Leiter der Abteilung Recht)

Telefon, E-Mail, Fax: 040 24877-231/-241
schmiemann@egv-erzbistum-hh.de
040 24877-288

Ausbildungskapazität: eine/e Referendar/in zur Zeit

Rechtsgebiete: Zivilrecht, Öffentliches Recht, Kirchliches Recht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Eine Ausbildungsmöglichkeit besteht ausschließlich in der Rechtsabteilung unter der Leitung des Justitiars.

Ausbildungsinhalte:

- Zivilrecht (z. B. Vereins- und Stiftungsrecht, allgemeines Vertragswesen, Bau-, Architekten- und Werkvertragsrecht, Medien- und Urheberrecht, Grundstücksrecht)
- Öffentliches Recht (z. B. Denkmalschutz, Baurecht, staatskirchenrechtliche Fragestellungen)
- Kirchliches Recht (z. B. kirchliche Gesetzgebung, kirchliches Vermögensrecht, kirchliches Datenschutzrecht, kirchliche Vereins- und Stiftungsaufsicht)

Ausbildungsstelle: **Techniker Krankenkasse**
- Fachzentrum Widersprüche -
Klage- und Sozialgerichtsverfahren

Ausbildungsleitung: Herr Frank Schlüter
Herr Sven Tönnemann

Kontakt/Bewerbun-
gen an: Frau Sabine Anthofer, Assistenz der Zentrumsleitung

Telefon, E-Mail, Fax: 040 6909-23 44
sabine.anthofer@tk.de

Ausbildungskapazität: zwei

Rechtsgebiete: Sozialversicherungsrecht, Verwaltungsverfahrenrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Fachreferat mbA Widersprüche und Sozialgerichtsverfahren Leistungen (WSL)

Ausbildungsinhalte:

Die Techniker Krankenkasse ist eine bundesunmittelbare und rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mit über 8 Mio. Versicherten ist sie eine der großen deutschen Ersatzkassen. Die Hauptverwaltung hat ihren Sitz in Hamburg.

Seit dem Jahr 2000 bildet die Techniker Krankenkasse regelmäßig Referendare aus. Neben einem vertieften Einblick in die juristische Tätigkeit einer großen gesetzlichen Krankenversicherung, liegt der Aufgabenschwerpunkt der Ausbildung in der

- Prüfung der formellen und materiellen Verfahrensvoraussetzungen in Widerspruchsfällen aus dem Bereich des Leistungsrechts, einschl. des Führens des erforderlichen Schriftwechsels, und dem
- Erstellen der Widerspruchsbescheidentwürfe für die Widerspruchsausschüsse der Kasse; sowie dem
- Führen des Schriftwechsels in Sozialgerichtsverfahren der 1. und 2. Instanz, einschließlich der Wahrnehmung von Terminen zur mündlichen Verhandlung vor dem SG Hamburg und ggf. dem LSG Hamburg.
- Anfertigen von Gutachten zu Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung.

Unsere guten Erfahrungen mit den uns zugewiesenen Referendaren, die mit Freude und Engagement bei der Sache waren, ermutigt uns sehr diesen Weg weiterzugehen.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ausbildungsstelle: **Techniker Krankenkasse**
- Hauptverwaltung -

Ausbildungsleitung: Herr Florian von Stern

Telefon, E-Mail, Fax: 040 6909-1172
florian.von.stern@tk.de

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Sozialversicherungsrecht, Verwaltungsverfahrenrecht, Zivilrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Fachreferat Versorgungsmanagement und Innovationen (VM.1)

Ausbildungsinhalte:

Die Techniker Krankenkasse ist eine bundesunmittelbare und rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mit über acht Mio. Versicherten ist sie eine der großen deutschen Ersatzkassen. Die Hauptverwaltung hat ihren Sitz in Hamburg.

Seit dem Jahr 2000 bildet die Techniker Krankenkasse regelmäßig Referendare aus. Neben einem vertieften Einblick in die juristische Tätigkeit einer großen gesetzlichen Krankenversicherung, liegt der Aufgabenschwerpunkt der Ausbildung in der

- Prüfung der formellen und materiellen Vertragsvoraussetzungen individueller Versorgungsangebote einschl. der Führung des erforderlichen Schriftwechsels,
- Führung von gerichtlichen Streitigkeiten zur Frage der Rechtmäßigkeit einschließlich Terminvertretung im gesamten Bundesgebiet.
- Als Referendar/-in in VM.1 überarbeiten Sie ferner Musterverträge für die entsprechenden Versorgungsangebote und helfen bei der Umsetzung der vergaberechtlichen Obliegenheiten mit.
- Sie haben Interesse an kundenorientierter Umsetzung der sozialrechtlichen Handlungsräume und vertreten Ihre Positionen gerne vor Gericht.

Unsere guten Erfahrungen mit den uns zugewiesenen Referendaren, die mit Freude und Engagement bei der Sache waren, ermutigt uns sehr diesen Weg weiterzugehen.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ausbildungsstelle: **DAK-Gesundheit**

Ausbildungsleitung: Frau Dr. Katrin Hansen

Telefon, E-Mail, Fax: 040 64885-2181
katrin.hansen@dak.de

Ausbildungskapazität: max. vier ReferendarInnen

Rechtsgebiete: Gesellschaftsrecht, Zivilrecht, Wettbewerbsrecht, Medienrecht, Sozialversicherungs- und Verwaltungsverfahrenrecht, Krankenhausrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Grundsatzfragen/Justizariat
- Strategie und Konzepte Krankenhaus
- Widersprüche und Gerichtsverfahren

Ausbildungsinhalte:

Die DAK-Gesundheit ist eine bundesunmittelbare und rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Mit ca. 6,3 Mio. Versicherten ist sie die drittgrößte deutsche Krankenkasse. Die Zentrale hat ihren Sitz in Hamburg.

Das *Justizariat* ist eine Stabsstelle, die den Vorstand der DAK-Gesundheit in strategischen Unternehmensentscheidungen berät bzw. hierfür die Entscheidungsgrundlagen liefert. Hier werden Fragen von unternehmensstrategischer Bedeutung aus den unterschiedlichsten Rechtsgebieten bearbeitet, Grundsatzfragen geklärt und strategische Abstimmungsprozesse begleitet. Weiterhin werden z. B. Gesetzesvorhaben und Satzungsänderungen rechtlich bewertet und begleitet.

Die *Krankenhauskanzlei* der Gruppe *Strategie und Konzepte Krankenhaus* beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Bearbeitung von Klagefällen aller Instanzen zwischen der DAK-Gesundheit und Krankenhäusern, der Beurteilung von juristischen Fragestellungen aus dem Krankenhausvertrags- und Leistungsrecht, der Aus- und Bewertung aktueller Rechtsprechung und der internen Beratung in Fragen des Krankenhausrechts. Auf Wunsch besteht i.d.R. auch die Möglichkeit, an Gerichtsterminen vor den Sozialgerichten der 1. und 2. Instanz teilzunehmen bzw. diese allein wahrzunehmen.

In den *Bereichen Widersprüche und Gerichtsverfahren* werden Widersprüche aus dem Leistungs- und Beitragsrecht der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bearbeitet und hieraus resultierende Gerichtsverfahren sämtlicher Instanzen geführt. Es besteht i.d.R. die Möglichkeit, an Gerichtsterminen der 1. und 2. Instanz teilzunehmen bzw. diese wahrzunehmen. Des Weiteren werden Schadensersatzklagen vor den Amtsgerichten geführt und vor den Landgerichten, in denen die DAK-Gesundheit durch niedergelassene Rechtsanwälte vertreten wird, fachlich begleitet.

Weitere Informationen über die DAK-Gesundheit erhalten Sie im Internet unter www.dak.de. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Ausbildungsstelle: **BARMER**
Ausbildungsleitung: Thorsten Gramm
Telefon, E-Mail, Fax: 0800 333 004-620 115
thorsten.gramm@barmer.de,
0800 333 004-620 119
Ausbildungskapazität: ein ReferendarIn
Rechtsgebiete: Sozialrecht, speziell Krankenhausrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Rechtsabteilung als

- Verwaltungs-Pflichtstation über einen Zeitraum von drei Monaten (§ 41 Abs. 1 Nr. 3 HmbJAG)
- Wahlstation (§ 42 HmbJAG)

Ausbildungsinhalte:

- Anlegen von Klageakten
- Fertigen von Schriftsätzen
- Bearbeitung von vorgefertigten Rechtsfragen
- Erstellung von Kurzgutachten
- Auswertung von MDK- und Sachverständigengutachten
- Außergerichtliche Vergleichsverhandlungen
- Terminswahrnehmung vor Sozialgerichten
- Prüfung und Einlegen von Rechtsmitteln
- Prüfung und Bearbeitung von Kostennoten
- Führung und Pflege einer Klagedatenbank
- Digitalisierung von Klageakten

Ausbildungsstelle: **Norddeutscher Rundfunk (NDR)**
Hauptabteilung Personal/Personalwirtschaft

Ausbildungsleitung: Frau Yvonne Genth

Telefon, E-Mail, Fax: 040 4156-2787
y.genth@ndr.de
040 4156-3490

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Arbeitsrecht, Tarifrecht, Sozialrecht, Personalvertretungsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Abteilung Personalwirtschaft

Ausbildungsinhalte:

- Anstehende Fragen des Arbeits- und Tarifrechts
- Sozialrecht insbesondere im Zusammenhang mit der betrieblichen Altersversorgung
- Anstehende Fragen des Personalvertretungsrechts

Ausbildungsstelle: **Norddeutscher Rundfunk (NDR)**

Justizariat

Ausbildungsleitung: Herr Klaus Siekmann

Telefon, E-Mail, Fax: 040 4156-2234

k.siekmann@ndr.de

040 4156-3745

Ausbildungskapazität: zwei Plätze

Rechtsgebiete: Medienrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Justizariat

Ausbildungsinhalte:

Verwaltungs- oder Wahlstation I oder Wahlstation II

Tätigkeit umfasst alle Aufgabenbereiche, die im Justizariat einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt wahrgenommen werden (*u.a. Zivil- und Zivilprozessrecht, Rundfunkverfassungs-, organisations- und –gebührenrecht, Datenschutz- und Jugendschutzrecht, Strafrecht, Arbeitsrecht sowie Urheber-, Kartell-, Wettbewerbs- und Presserecht*). Zu der Tätigkeit gehört u.a. auch die Begleitung presserechtlicher Abnahmen von Sendungen wie z. B. „Panorama“ sowie die selbständige Wahrnehmung von Verwaltungsgerichtsterminen in Rundfunkgebührenverwaltungsstreitverfahren.

Ausbildungsstelle: **Norddeutscher Rundfunk (NDR)**
Revision

Ausbildungsleitung: Frau Cora Sternsdorff

Telefon, E-Mail, Fax: 040 4156-2071
c.sternsdorff@ndr.de
040 4156-2255

Ausbildungskapazität: 1 Referendar

Rechtsgebiete: Insbesondere Vergaberecht, Medienrecht, Urheberrecht, Strafrecht, Vertragsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Revision

Ausbildungsinhalte:

Die Tätigkeit umfasst alle Aufgabenbereiche mit juristischem Hintergrund, die in der Revision einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt wahrgenommen werden (*insbesondere die Einhaltung von Regelwerken und Gesetzen, aber auch Fragestellungen im Hinblick auf dolose Handlungen und Compliance*).

Prüfung von Ordnungsmäßigkeitsaspekten in einzelnen Bereichen und Abläufen anhand einschlägiger Regelwerke.

Prüfung von Beschaffungsvorgängen im NDR mit vergaberechtlichem Hintergrund.

Verwaltungsstation sowie Wahlstationen

Ausbildungsstelle: **Norddeutscher Rundfunk (NDR)**
Abteilung Lizenz- und Rechtemanagement

Ausbildungsleitung: Herr Immo Hofer

Telefon, E-Mail, Fax: 040 4156-5836
i.hofer@ndr.de
040 4156-7410

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Medienrecht, Urheberrecht, Vertragsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Abteilung Lizenz- und Rechtemanagement

Ausbildungsinhalte:

Die Tätigkeit umfasst alle Aufgabenbereiche, die in der Lizenzabteilung einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt wahrgenommen werden. Dieses sind insbesondere die Bearbeitung von Fragestellungen des Medien-, Urheber- und Vertragsrechts, wie z. B. die Erstellung von Verträgen, den Erwerb von Lizenzrechten, gutachterliche Stellungnahmen zu urheberrechtlichen Fragestellungen.

Verwaltungsstation sowie Wahlstationen

Ausbildungsstelle: **Stadtreinigung Hamburg (SRH)**
Anstalt des öffentlichen Rechts
Justitiariat

Ausbildungsleitung: Frau Laura Fliether

Telefon, E-Mail, Fax: 040 2576-1022
laura.fliether@stadtreinigung.hamburg
040 2576-1028

Ausbildungskapazität: Rechtsabteilung: eine Referendarin bzw. ein Referendar

Rechtsgebiete: z. B.: insb. Recht der Kreislaufwirtschaft, Gebührenrecht, Amtshaf-
tungsrecht, Vergaberecht, Arbeitsrecht, allgemeines Vertragsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsabteilung

Ausbildungsinhalte:

- Bearbeitung von Widerspruchsverfahren insbesondere im Zusammenhang mit der Durch-
setzung des Anschluss- und Benutzungszwanges sowie mit Gebührenbescheiden bis hin
zum Entwurf von Widerspruchsverfahren
- Betreuung von Verwaltungsgerichtsverfahren
- Rechtliche Beratung der Abteilungen der SRH in o.a. Rechtsgebieten in Form von Gut-
achten, Vermerken, Stellungnahmen, Schriftsätzen, Vertragsentwürfen etc.

- Ausbildungsstelle: **Steuerberaterkammer Hamburg**
Die Steuerberaterkammer Hamburg ist die Berufsorganisation aller in Hamburg zugelassenen Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie können sich über die Kammer im Internet unter der Adresse www.stbk-hamburg.de ausführlich informieren.
- Ausbildungsleitung: Die Ausbildungsleiter sind der Geschäftsführer Herr RA Philipp Seifert und die stellv. Geschäftsführerin Frau RA'in Monika Pläßmann.
- Telefon, E-Mail, Fax: 040 44 80 43-0
mail@stbk-hamburg.de
040 44 58 85
- Ausbildungskapazität: Es können bis zu zwei Referendare zurzeit ausgebildet werden.
- Rechtsgebiete: Berufsrecht der Steuerberater, allgemeine Rechtsangelegenheiten, Steuerberatung und darauf bezogenes Wettbewerbsrecht.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in den oben genannten Bereichen.

Ausbildungsinhalte in Stichworten:

- Fragen aus dem Bereich des Berufsrechts der Steuerberater (*Steuerberatungsgesetz, Berufsordnung der Steuerberater*).
- Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Bestellung von Steuerberatern und dem Widerruf der Bestellung bzw. der Anerkennung von Steuerberatungsgesellschaften und dem Widerruf der Anerkennung.
- Fragen aus dem Bereich des Zivilrechts, des Verwaltungsrechts und auch des Straf- und Prozessrechts im Allgemeinen.
- Gebührenrecht (*Steuerberatergebührenverordnung*)
- Rechtsfragen aus dem Bereich der Ausbildung von Steuerfachangestellten/innen und Steuerfachwirten/innen, sowie aus dem Prüfungsrecht.

Ausbildungsstelle: **Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) KdöR**

Ausbildungsleitung: Herr Ron Schumacher bzw. Frau Dr. Holke-Leonie Doench

Telefon, E-Mail: 7410 - 55395, sekretariat-recht@uke.de

Ausbildungskapazität: bis zu acht Referendare/innen pro Jahr

Rechtsgebiete: Arbeitsrecht, Medizin- und Gesundheitsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Geschäftsbereich Recht

Ausbildungsinhalte:

Wir bilden in einem medizin- oder arbeitsrechtlichen Schwerpunkt aus. Sie erhalten je nach Schwerpunkt einen umfassenden Einblick in den Gesamtbereich des Medizinrechts (insb. Krankenhausrecht, Vertragsarztrecht, Recht der Heilberufe, Arzthaftungsrecht, Medizinprodukte- und Arzneimittelrecht), das allgemeine Vertragsrecht, das (Hochschul-) Verwaltungsrecht sowie das Individual- und Kollektivarbeitsrecht.

Der Geschäftsbereich Recht des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) ermöglicht Einblicke in die Strukturen und Abläufe einer der größten Kliniken in Hamburg und einer der modernsten in Europa. Der UKE Konzern mit mehr als 10.000 Beschäftigten umfasst zudem 20 Tochter- und Enkelgesellschaften. Als Geschäftsbereich Recht des UKE verstehen wir uns als Dienstleister und beraten den Vorstand, die einzelnen Zentren und Kliniken, die Unternehmen im Konzernverbund sowie die Beschäftigten zu allen rechtlichen Fragestellungen.

Es erwartet Sie eine interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit in einem herausfordernden Umfeld. Wir sehen Sie als Teammitglied unseres Geschäftsbereiches und führen Sie an die selbständige Bearbeitung eigener Vorgänge heran.

Ihre Aufgaben:

- Erstellung von Rechtsgutachten zu anfallenden Rechtsfragen
- Vertragsgestaltung, Prüfung von Vertragsentwürfen, Erstellung von Musterverträgen
- Überprüfung von Verfahrensanweisungen
- Beantwortung von juristischen Anfragen (insb. aus den klinischen Bereichen)
- Vorbereitung von Maßnahmen im (Individual- und Kollektiv-) Arbeitsrecht, Teilnahme an Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht und mit den Personal- und Betriebsräten
- Vorbereitung rechtlicher Mitarbeiterschulungen

Ihr Kontakt für Rückfragen/Ihre Bewerbung:

Herr Ron Schumacher, **Arbeitsrecht**

Frau Dr. Holke-Leonie Doench, **Medizin- und Gesundheitsrecht**

Wir freuen uns auf Ihre Kurzbewerbung mit Lebenslauf per E-Mail (sekretariat-recht@uke.de). Bitte beachten Sie, dass unsere Ausbildungsplätze in der Regel mit einem Vorlauf von durchschnittlich sechs bis acht Monaten besetzt werden.

WICHTIG! Bitte beachten Sie:

Die Tätigkeit als Referendarin bzw. Referendar im UKE fällt in den Anwendungsbereich des Masernschutzgesetzes. Mithin ist zwingend ein geeigneter Nachweis über einen ausreichenden Impfschutz oder eine Immunität gegen Masern vorzuweisen, es sei denn, sie können aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden (medizinische Kontraindikation).

Wird kein entsprechender Nachweis, z.B. Kopie/Einsichtnahme des Impfpasses erbracht, ist eine Ausbildung im UKE nicht möglich.

Ausbildungsstelle: **Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie**

Ausbildungsleitung
Telefon, E-Mail, Fax:: Siehe unten

Ausbildungskoordination:
Herr Andreas Thomsen
andreas.thomsen@bsh.de

Ausbildungskapazität: Alle Bereiche: Ein bis zwei Referendare zu einer Zeit

Rechtsgebiete: Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsprozessrecht, Europarecht, Völkerrecht, Öffentliches Seerecht, insb. Internationale Haftungsübereinkommen, SOLAS, STCW etc.

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

(Z 11) - Referat für Rechtsangelegenheiten und Beschaffung

Ausbilder Frau Maike Selke, Tel.: 040 31 90 21 11,
maiken.selke@bsh.de

- Beantwortung von Anfragen an das Rechtsreferat aus verschiedensten Rechtsgebieten (*insb. auch Schuldrecht, Vertragsrecht, Vergaberecht*)
- Möglichkeit zur Mitarbeit und Prüfung einzelner Rechtsfragen im Rahmen von Verwaltungsverfahren zur Genehmigung von Offshore-Windenergieanlagen bzw. Raumordnungsverfahren in der deutschen AWZ der Nord- und Ostsee
- Möglichkeit zur Mitarbeit und Prüfung einzelner Rechtsfragen im Rahmen des Meeresumweltschutzes, insbesondere aus dem Bereich MARPOL und Ballastwasserübereinkommen
- Einführung in die Aufgaben des BSH
- Einführung in die Verwaltungsorganisation
- Einführung in den Arbeitsablauf eines von einem Juristen geleiteten Referats/Sachgebietes
- Selbständige Betreuung mindestens eines Vorgangs (*auch im Rahmen einer Dienstbesprechung*)

(S 41) Sachgebiet „Umweltschutz im Seeverkehr“, Referat S4

Ausbilderin Frau Dr. Susanne Heitmüller, Tel.: 040 3190-7417, Fax: -5000,
susanne.heimmueller@bsh.de

Ausbildungsinhalte:

- Bearbeitung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung internationaler Übereinkommen und Richtlinien der International Maritime Organisation (IMO) (z.B. MARPOL-Übereinkommen, Ballastwasserübereinkommen, Biofouling-Richtlinien) wie

auch europäischer Regelungen (z.B. Schwefel-Richtlinie) und regionaler Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt (HELCOM und OPSAR)

- Mitarbeit bei der internationalen Gremienarbeit (insbesondere IMO, HELCOM, OSPAR, EU)
- Bearbeitung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit den Ordnungswidrigkeitenverfahren bei Verstößen gegen die See-Umweltverhaltensverordnung (SeeUmwVerhV)
- Bearbeitung von Einsprüchen in Ordnungswidrigkeitenverfahren
- Mitarbeit in Zulassungs- und Anerkennungsverfahren für Ballastwasserbehandlungsanlagen für Schiffe
- Weitere rechtliche Fragestellungen (z.B. im Zusammenhang mit laufenden Projekten)

(S 42) - Sachgebiet „Abwehr äußerer Gefahren auf See“ Referat S4

Ausbilderin

Frau Sophia Katharina Menne, Tel.: 040 3190-7510, Fax: -5009,

sophiakatharina.menne@bsh.de

- Bearbeitung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung völkerrechtlicher (Kapitel Xi-2 SOLAS), europarechtlicher (Verordnung (EG) Nr. 725/2004) und nationaler (SeeEigensichV) Übereinkommen und Normen aus dem Bereich der Gefahrenabwehr auf See (auch Piraterie)
- Mitarbeit bei der Überarbeitung von Gesetzen und Verordnungen
- Unterstützung bei der Vorbereitung der internationalen, europäischen und nationalen Gremienarbeit (z.B. IMO, MARSEC (EU))
- Bearbeitung von verwaltungsrechtlichen Fragen
- Bearbeitung der Ordnungswidrigkeiten nach der SeeEigensichV
- Sonstige Rechtsangelegenheiten der laufenden juristischen Arbeit des Sachgebietes

(S43) - Schifffahrtsrecht, Internationale Haftungsübereinkommen, Querschnittsaufgaben

Ausbilder

Herr Dr. Dennis-N. Warman, Tel.: 040 3190-7452, Fax: -5008,

dennis-nils.warman@bsh.de

- Einführung in die Aufgaben des BSH als einer Bundesoberbehörde
- Prüfung von Rechtsfragen der Abteilung Schifffahrt; insbesondere aus dem Bereich Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsprozessrecht, Schifffahrtsrecht, Recht der Internationalen Haftungsübereinkommen, Europarecht, Völkerrecht, Subventionsrecht und Ordnungswidrigkeitsrecht.
- Dazu gehören das Erstellen von Gutachten und Stellungnahmen; Entwerfen von Schriftsätzen (Verwaltungsgerichtsverfahren), Widerspruchsbescheiden und Bußgeldbescheiden
- Mitarbeit bei Gesetz- und Verordnungsgebungsverfahren
- Einbindung in die europäische und internationale Gremienarbeit

Ausbildungsstelle:	Universität Hamburg Präsidialverwaltung
Ausbildungsleitung:	Frau Vanja-Christin Meyer
Telefon, E-Mail, Fax:	428 38-8903 vanja-christin.meyer@uni-hamburg.de oder katja.anacker@uni-hamburg.de 428 38-4883
Ausbildungskapazität:	Fünf
Rechtsgebiete:	Allgemeines Verwaltungsrecht, Verwaltungsverfahrenrecht, Hochschulrecht, Arbeits- und Dienstrecht, Zivilrecht (<i>Vertragsrecht, Haftungsrecht, Miet- und Gesellschaftsrecht</i>)

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Abteilung Studium, Lehre und studentische Angelegenheiten
 - Referat für Rechtsangelegenheiten in Studium und Lehre
AP: Vanja-Christin Meyer
Max. zwei Referendarinnen bzw. Referendare zur gleichen Zeit
- Abteilung Recht, Personal und Organisation mit:
 - Rechtsreferat (Justitiariat der UH);
AP: Herr ORR Michael Drexler, -5544
michael.drexler@uni-hamburg.de
- Referat für Berufungen und Allgemeine Verwaltung
 - AP: N.N., -7652

Ausbildungsinhalte:

Im Rahmen der Tätigkeitsbereiche der Präsidialverwaltung können von den Referendarinnen und Referendaren Schwerpunkte gesetzt werden. Bei Interesse kann auch überwiegend in den Bereichen Zivil- oder Arbeitsrecht gearbeitet werden. Die Möglichkeit der Gestaltung der Ausbildung nach den eigenen Interessen kann nach vorheriger Absprache ermöglicht werden.

Fertigung von Hochschulsatzungen und Überprüfung von Kooperationsvereinbarungen, Widerspruchs- und verwaltungsgerichtliche Verfahren in Studien- und Prüfungsangelegenheiten, gebührenrechtliche Fragestellungen im Bereich Studium und Lehre, sowie Prüfung von Rechtsfragen zu hochschulrechtlichen Fragestellungen.

Gutachterliche Stellungnahmen zu arbeits- und dienstrechtlichen Fragen des technischen Verwaltungs- und des wissenschaftlichen Personals, zu Fragen des Datenschutzrechts oder der Selbstverwaltung, einschließlich der Vorbereitung und Durchführung von Gerichtsverfahren.

Gutachterliche Stellungnahmen zu besoldungsrechtlichen Fragestellungen (*W-Besoldung*) und zum Berufungsverfahren; Entwerfen von Richtlinien oder Leitfäden für die Präsidialverwaltung. Auf Wunsch besteht die Möglichkeit, auch im Rahmen der Analyse und Optimierung von Geschäftsprozessen (*Change Management*) tätig zu sein.

Ausbildungsstelle: **Hochschule für Musik und Theater Hamburg (HfMT)**

Ausbildungsleitung: Frau Dr. Bilinc Ercan-Catanzaro

Telefon, E-Mail: 428 48-2587

Bilinc.ercan-catanzaro@hfmt.hamburg.de

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Hochschulrecht, Arbeitsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Urheberrecht, Datenschutzrecht, Beamtenrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Referat für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten

Ausbildungsinhalte:

Anfertigung von Rechtsgutachten, Erstellen von Widerspruchsbescheiden und Schriftsätzen, Leitung einer mündlichen Verhandlung des Widerspruchsausschusses, Konzeption von Satzungen, Teilnahme an den Hochschulsensatssitzungen und anderen Besprechungen

Ausbildungsstelle: **HafenCity Universität Hamburg (HCU)**

Ausbildungsleitung: Frau Dr. Stephanie Weitendorf (Justizariat)

Telefon, Fax, E-Mail: 428 27-5207, 4279-77172

stephanie.weitendorf@vw.hcu-hamburg.de

Ausbildungskapazität: ein/e Referendar/-in

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, insbes. Hochschulrecht, Personalrecht, Vergabe- und Haushaltsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

Justizariat der HCU

Ausbildungsinhalte:

Organisation:

Erarbeitung von Entwürfen für Studien-, Prüfungs-, Promotionsordnungen und Satzungen, Zulassungsbedingungen, Ablehnungsbescheide, Widerspruchsverfahren, Studiengebührenverfahren, Gremienzusammensetzungen, Gremienbefugnisse

Wirtschaftliche Verwaltung:

Entwürfe für Kooperationsverträge, Gesellschaftsbeteiligungen, Vergaberecht, Haushaltsrecht

Personal:

Anstellungen, Arbeitsvertragsgestaltung, Kündigungen, Eingruppierungen, Berufungsverfahren, Ziel-Leistungs-Vereinbarungen, Dienst- und Besoldungsrecht

Ausbildungsstelle: **Helmut-Schmidt-Universität
Universität der Bundeswehr Hamburg**

Ausbildungsleitung: Herr Dr. Torsten Breder

Telefon, E-Mail: 040 6541-3530
torsten.breder@hsu-hh.de

Alternativ: Herr Puckhaber (Kanzler)
040 6541-2202
kanzler@hsu-hh.de

Ausbildungskapazität: Rechtsabteilung: zwei Referendarinnen bzw. Referendare
zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: Verwaltungsverfahrensrecht, Verwaltungsprozessrecht, Verwaltungs-
organisationsrecht, Hochschulrecht, Prüfungsrecht, Dienstrecht sowie
Urheberrecht, Datenschutzrecht, Arbeitsrecht, Vertragsrecht

Ausbildungsmöglichkeiten bestehen in folgenden Bereichen:

- Rechtsabteilung

Ausbildungsinhalte:

- Recherchetätigkeiten und Verfassen von Gutachten / Stellungnahmen zu Problematiken
in den o.g. Rechtsgebieten
- Gegebenenfalls Verfassen von Widerspruchsbescheiden/Klageerwiderungen o.ä.
Schriftsätzen in den o.g. Rechtsgebieten

Ausbildungsstelle: **Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft**

Ausbildungsleitung: Frau Alexandra Malcha

Telefon, E-Mail: Alexandra Malcha, Ass. iur., Leiterin Senatsbüro

Alexandra.Malcha@law-school.de

040 30706-102

Ausbildungskapazität: max. zwei Referendarinnen bzw. Referendare zur gleichen Zeit

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, Hochschulrecht, Zivilrecht

Ausbildungsmöglichkeit besteht im folgenden Bereich:

- Hochschulverwaltung (Senatsbüro)

Ausbildungsinhalte:

Die Referendare beschäftigen sich mit typischen Fragestellungen einer Hochschulverwaltung, wie den aktuellen Entwicklungen im Hochschulrecht, Studiengebühren, Bologna-Prozess, BA-föG, Prüfungsrecht, staatliche Anerkennung privater Hochschulen, Akkreditierungsverfahren etc.. Zusätzlich haben sie Gelegenheit, die aktuellen Entwicklungen in der Juristenausbildung zu verfolgen und bei der Umsetzung anstehender Veränderungen innerhalb der Hochschule mitzuwirken. Sie erhalten zudem einen Einblick in die Tätigkeit der verschiedenen Referate des Hochschulmanagements der Bucerius Law School.

Von den Referendaren sind i.d.R. Entscheidungen, Schriftsätze und auch umfänglichere Schreiben (Gutachten, Anträge) zu verfassen und zu präsentieren. Beispielsweise müssen Paragraphen der Prüfungs-, Studien-, Auslands-, Promotionsordnungen- und Habilitationsordnung neu entwickelt oder überarbeitet werden. Insgesamt erfolgt eine enge Einbindung in die laufenden Prozesse des Hochschulalltags, dazu gehört z. B. die Mitwirkung an Sitzungen des akademischen Senats.

Ausbildungsstelle: **Akademie der Polizei Hamburg – Fachhochschulbereich
(Behörde für Inneres und Sport)**

Ausbildungsleitung: ORR Prof. Eike Richter (Dekan)

Telefon, E-Mail: Tel.: 040 428 6-24410
dekanatHH@poladium.de

Ausbildungskapazität: ein bis zwei Referendare

Rechtsgebiete: Verwaltungsrecht, insbes. Hochschul- und Wissenschaftsrecht, Prüfungsrecht, Beamtenrecht und Polizeirecht

Ausbildungsmöglichkeit besteht im folgenden Bereich:

- Hochschulverwaltung (Dekanat oder Studienmanagement und Prüfungsamt)

Ausbildungsinhalte:

Die Referendarinnen und Referendare beschäftigen sich mit typischen Fragestellungen einer Hochschulverwaltung, wie den aktuellen Entwicklungen im Hochschulrecht, Bologna-Prozess, Prüfungsrecht, Lehrverpflichtung, Leistungsbezüge, Akkreditierungsverfahren, Rechten und Pflichten der Selbstverwaltungsorgane (Dekan(in), Fachbereichsrat, Prüfungsausschuss etc.). Aufgrund der fachlichen Ausrichtung der Hochschule kommen Fragen des Polizeirechts hinzu.

Von den Referendarinnen und Referendaren sind i.d.R. Entscheidungen, Schriftsätze und auch umfänglichere Schreiben (Gutachten, Anträge) zu verfassen und zu präsentieren. Beispielsweise müssen Satzungen und Ordnungen im Bereich der akademischen Selbstverwaltung entwickelt oder überarbeitet werden. Insgesamt erfolgt eine enge Einbindung in die laufenden Prozesse des Hochschulalltags, dazu gehört z. B. die Teilnahme und Vorbereitung der Sitzungen des Fachbereichsrates, des Dekanats oder der Gremien der Polizeiakademie.